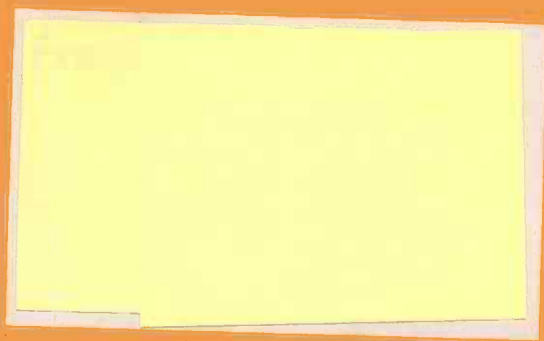


Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al femminile

1/92



Katrin Holenstein, Elisabeth Ryter: Abschied vom 8. März? Adieu au 8 mars?	3-6 7-10
Elisabeth Freivogel: Folgerungen aus den drei Studien im Bericht "Juristische Auswirkungen des neuen Eherechts"	11-13
Thomas Geiser: Die goldenen Fesseln der Ehescheidung und Altersvorsorge	14-21
Laura Cardia-Vonèche, Benoit Bastard: La médiation familiale: un meilleur divorce, mais à quel prix pour les femmes?	22-26
Jutta Bahr-Jendges: Gleichberechtigung und Kindeswohl - ein Widerspruch?	27-34
Peter Balscheit: Kinderzuteilung und gemeinsames Sorgerecht - aus der Sicht eines das GSRG praktizierenden Schweizer Richters	35-36
Vier Stellungnahmen zum künftigen Scheidungsrecht Ruth Reusser, Cyril Hegnauer, Ursula Nordmann-Zimmermann, Verena Bräm	37-43
Kinder- und Jugendmedienpreis "ROTE ZORA 1991"	46-48
Die Tätigkeit der Eidg. Kommission für Frauenfragen im Jahre 1991 Les activités de la Commission fédérale pour des questions féminines en 1991 Le attività della Commissione federale per i problemi della donna nel 1991	49-52 53-56 57-60
Publikationen der Eidg. Kommission für Frauenfragen Publications de la Commission fédérale pour les questions féminines	61 62
Publikationen des Eidg. Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann Publications de Bureau fédérale de l'égalité entre femmes et hommes	63 64
Elisabeth Kästli: Chronik der laufenden Ereignisse, Oktober 1991-Februar 1992	65-68
Brigitte Mantilleri: Chronique des événements au féminin, octobre 1991 à février 1992	69-72
Uebersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale	73-80
Passagen: Brigitte Schär: 'Auf dem hohen Seil', cFeF-Verlag Zürich, 1991	44-45

Frauenfragen
 Questions au féminin
 Problemi al femminile



15. Jahrgang Nr. 1
 April 1992

Herausgegeben von der Eidg. Kommission für
 Frauenfragen, Bundesamt für Kultur, Eigerplatz 5,
 Postfach, 3000 Bern 6, 031/61 92 75/76

Redaktion: Katharina Belser, Elisabeth Keller,
 Verena Laedrach-Feller
 Weitere Mitarbeiterin dieser Nummer:
 Claudia Kaufmann

Die in diesem Heft erscheinenden Beiträge sollen unterschiedliche Meinungen zum Ausdruck bringen, die zu kennen und zu diskutieren sich lohnt, die sich aber nicht mit jenen der Eidg. Kommission für Frauenfragen zu decken brauchen.

Abdruck der Beiträge nach Rücksprache mit der Redaktion und unter genauer Quellenangabe erwünscht. Belegsexemplare sind willkommen.

Wenn die erste Ausgabe des F-Frauenfragen in diesem Jahr erscheint, liegt ein wichtiges Datum bereits hinter uns: der Internationale Frauentag am 8. März, der in vielen Ländern mit Diskussionen, Demonstrationen, Veranstaltungen und Festen begangen wird. In der Schweiz findet dieses Jahr keine nationale Demonstration statt. Bedeutet dies den "Abschied vom 8. März"?

Das neue Eherecht, welches am 1. Januar 1988 in Kraft getreten ist, stellt - neben der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts 1971 und der Aufnahme des Gleichberechtigungsartikels in die Bundesverfassung 1981 - einen der entscheidenden rechtlichen Schritte zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann dar. Seine Einführung war mit grossen Erwartungen, namentlich von Seiten der Frauen verbunden. Sie waren es, die mit einem 61%-Anteil an Ja-Stimmen bei der Volksabstimmung dem neuen Recht zum Durchbruch verhelfen.

Eine erste Zwischenbilanz zeigt, dass die neuen Bestimmungen, welche die Situation der Frauen verbessern sollten, in der Praxis teilweise gar nicht oder nur

selten angewendet werden. Bei Eheschutz- und Scheidungsverfahren erfolgt die Umsetzung des neuen Rechts zu wenig konsequent und wirkt sich eher zum Nachteil der Frauen aus. Erste Folgerung: Eine rein formale rechtliche Gleichstellung reicht zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frau und Mann nicht aus. Zweite Folgerung: Flankierende Rechte wie das Steuer-, Renten- und Versicherungsrecht, die nach wie vor nach patriarchalischem Muster strukturiert sind (sowie fehlende Rahmenbedingungen), be- und verhindern eine wirkungsvolle Umsetzung des neuen Eherechts.

Dies trifft auch für das Scheidungsrecht zu, das noch aus dem ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts stammt. In diesem Frühjahr soll nun das Vernehmlassungsverfahren zu seiner Revision eröffnet werden. Eine weitere Gesetzesrevision, die wichtige Weichen für die Realisierung der Chancengleichheit stellen wird.

Elisabeth Keller

Une date importante sera passée, lorsque apparaîtra le premier numéro de notre revue, F-Questions au féminin: le 8 mars, la Journée Internationale des Femmes. Maintes discussions, démonstrations, manifestations et fêtes auront eu lieu dans beaucoup de pays. Cette année, en Suisse, aucune démonstration nationale ne se déroulera. Ceci signifierait-il donc un "Adieu au 8 mars"?

Le nouveau droit matrimonial, en vigueur depuis le 1er janvier 1992, représente un des pas les plus décisifs en droit vers la réalisation de l'égalité entre femmes et hommes, en plus de l'introduction du droit de vote et d'élection en 1971 et de l'insertion de l'article sur l'égalité en 1981. C'est notamment envers les femmes que son introduction suscita de grandes expectatives qui devinrent réalité lors des votations pour le nouveau droit matrimonial avec un 61% de oui.

Un bilan intermédiaire démontre que les nouvelles dispositions juridiques qui devaient améliorer la situation de la femme ne sont guère appliquées dans la pratique. Les effets de la réalisation du nouveau

droit matrimonial dans la protection de l'union conjugale et lors de procédure de divorce sont insuffisants et s'avèrent être plutôt au désavantage des femmes. Première conclusion: une égalité de droit formelle pourvoit à la concrétisation de l'égalité des chances entre hommes et femmes. Deuxième conclusion: les droits annexes tels que le droit fiscal, celui des rentes, des assurances privées et sociales structurés sur un modèle patriarcal (ainsi que des conditions types manquantes), empêchent et retardent la mise en vigueur concrète du nouveau droit matrimonial.

Il en est de même pour le droit du divorce dont l'origine remonte à la première décennie de ce siècle. La procédure de consultation concernant sa révision doit s'ouvrir au printemps. Une révision plus étendue de la loi qui posera les importantes lignes de conduite à suivre pour la réalisation de l'égalité des chances.

Elisabeth Keller
(Traduction: Anne-Marie de Warren)

Der Internationale Tag der Frau gilt als Aktionstag der Neuen Frauenbewegung. Seit Mitte der Siebzigerjahre finden jeweils am und um den 8. März zahlreiche Veranstaltungen und Kundgebungen statt, an welchen feministische Gruppen und Organisationen - z.T. zusammen mit Gewerkschaften - ihre Anliegen in der Öffentlichkeit bekanntmachen und unterstreichen wollen. Doch dieser Tag hat auch in der Schweiz eine viel längere, kaum bekannte Tradition. Mit der Aufarbeitung der Geschichte des 8. März hat das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann zwei Forscherinnen beauftragt, die hier eine Zusammenfassung ihrer Ergebnisse vorlegen. Ein umfangreicherer Bericht ist in Vorbereitung.

ABSCHIED VOM 8. MÄRZ?

von Katrin Holenstein und Elisabeth Ryter

«Am Internationalen Frauentag, der jeweils am 8. März gefeiert wird, gibt es voraussichtlich keine nationale Kundgebung», stand in der WoZ vom 17. Januar 1992 zu lesen. Bevorzugt würden Demonstrationen und Veranstaltungen auf lokaler Ebene. Wird damit der Frauentag zu Grabe getragen oder fängt die Geschichte ein neues Kapitel an?

Die Anfänge in Kopenhagen

Werfen wir einen Blick in die Vergangenheit, so besteht vorderhand kein Grund zur Sorge, denn die Geschichte des Frauentages war sehr wechselhaft. Begonnen hat sie im Jahr 1910 in Kopenhagen. Im August tagte dort die Zweite Internationale Sozialistische Frauenkonferenz und diskutierte vor allem das weitere Vorgehen in der Frage des Frauenstimmrechts. Die Delegierten beschlossen, alljährlich einen Frauentag mit «internationalem Charakter» durchzuführen, um dem Kampf für das Frauenstimmrecht künftig mehr Gewicht zu verleihen.

Die Schweizerinnen sind von Anfang an dabei

Schon im Jahr darauf wurde die Resolution in die Tat umgesetzt: in Deutschland, Österreich, Dänemark, in den USA und auch in der Schweiz fanden entsprechende Veranstaltungen statt. Dokumentiert sind sie für Arbon, Baden, Basel, Bern, Biel, Herisau, Luzern, Oerlikon, Rorschach, St. Gallen, Thalwil, Winterthur und Zürich. Die Organisation des Frauentages war in erster Linie Sache der Arbeiterinnenvereine. In der Gestaltung der Anlässe orientierten sie sich weitgehend an der zeitgenössischen sozialistischen Veranstaltungskultur. Im Zentrum standen die Referate, umrahmt von kulturellen Einlagen. Dafür wurden sehr oft die örtlichen Arbeiter-Männerchöre herangezogen. Abschliessend wurde die nationale Resolution verlesen, die jeweils ohne Gegenstimmen angenommen wurde. Auch in anderen Ländern wurden die Frauentagsversammlungen damals nach diesem Muster abgehalten.

Die Initiantinnen waren mit dem Resultat des ersten Frauentages zufrieden und schrieben in der *VORKÄMPFERIN* vom Mai: «Unsere Kundgebungen für die politische und soziale Gleichberechtigung der Frauen nahmen einen würdigen Verlauf. Der Moment des geistigen Aufwachens unserer Arbeiterinnen ist da! Überall knospet die Saat, keimen die Samenkörner, die mutige Kämpfer und Kämpferinnen lange Jahre hindurch hineingesät haben in die zagen Frauenherzen. Der erste Schritt in die Öffentlichkeit ist getan!»¹

Nicht zufällig ist in den Veranstaltungsberichten oft von Männern die Rede. Die Initiantinnen legten grossen Wert darauf, dass auch die Genossen sich beteiligten, sei es als Besucher, Referenten oder - wenn nötig - auch als Veranstalter. Denn für die Forderung des Frauenstimmrechts waren nicht nur die Frauen zu mobilisieren, sondern auch die stimmberechtigten Genossen und insbesondere die sozialistischen Parlamentarier.

Die Präsenz der Männer sollte gleichzeitig auch zeigen, dass der gemeinsame Kampf gegen den Kapitalismus für die Sozialistinnen letztlich mehr Gewicht hatte, als die Geschlechterfrage. Damit war auch eine Distanzierung gegenüber den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen verbunden, mit denen die Sozialistinnen bisher ab und zu zusammengearbeitet hatten. Mit der Integration der Arbeiterinnenvereine in die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) - ein Prozess, der 1912 begann - wurde sogar beschlossen, dass die Zugehörigkeit zu einer bürgerlichen Frauenorganisation den Interessen und den Satzungen der Partei widerspreche.

Der Frauentag wird zur Tradition

Als der Erste Weltkrieg ausbrach und den Internationalismus der europäischen Arbeiter/innenbewegung als leere Phrase entlarvte, war der Frauentag in der Schweiz schon zur Tradition geworden, und das Netz der Ortschaften mit Frauentagsveranstaltungen wurde mit den Jahren immer feinmaschiger. Belege für über 100 Gemeinden unterstreichen den dezentralen Charakter des Internationalen Frauentages. Es dominierten Gemeinden des Deutschschweizer Mittellandes. Vor allem die Kantone Bern und Aar

gau, aber auch Zürich, der Thurgau und Solothurn waren gut vertreten.

Die Grösse der einzelnen Versammlungen war sehr unterschiedlich. Besuchten 1914 in Erstfeld 70 Personen die Frauentagsveranstaltung, so waren es in Genf 600. In der ganzen Schweiz mögen es im gleichen Jahr über 5'000 Teilnehmer/innen gewesen sein, eine Zahl, die auch in den 70er und 80er Jahren nicht übertroffen wurde. In den ersten Jahren wurden die Veranstaltungen einheitlich an einem zentral bestimmten Tag im März abgehalten. Später verteilten sie sich oft auf den ganzen Monat März, ja sie konnten sich sogar noch weit in den April erstrecken.

Das Frauenstimmrecht im Vordergrund

Stand am Anfang die Forderung nach dem Frauenstimmrecht im Zentrum der Frauentagslosungen und -referate, so wurde der Forderungskatalog in den folgenden Jahren erweitert. 1916 finden sich die wichtigsten Themen vereinigt: Die Frau - so die *VORKÄMPFERIN* - «fordert für ihre Arbeit in der Fabrik, im Bureau, im Laden, in der Heimarbeit, im Gewerbe gesetzlichen Schutz: die achtstündige Arbeitszeit, die Anerkennung des Grundsatzes: Bei gleicher Leistung gleicher Lohn, die Festsetzung von Minimallohnen, ausreichenden Mutter-, Jugend-, Kinder- und Säuglingsschutz. Sie fordert die Anerkennung ihrer Persönlichkeit als vollwertiger Mensch, als Staatsbürger, durch die Gewährung des uneingeschränkten Frauen-Stimm- und Wahlrechtes»². Grosses Gewicht erhielt zudem ab 1915 die Forderung nach Frieden.

Im Anschluss an den Generalstreik kam es 1919 und 1920 in den Kantonen Neuenburg, Basel-Stadt und Zürich zu Abstimmungen über das Frauenstimmrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten. Die starke Ablehnung dieser Vorlagen löste bei den Sozialdemokratinnen grosse Enttäuschungen aus, die in der Resolution zum Frauentag 1920 ihren Niederschlag fand: Die Zürcher Frauen waren «empört, dass 1. bei der Abstimmung vom 8. Februar über das Frauenstimmrecht auch ein Grossteil der Arbeiterschaft das Heer der Reaktionen verstärkte, 2. dass sich selbst organisierte Arbeiter durch Scheingründe und die Manöver des Bürgertums verleiten liessen, sowohl in Versammlungen als auf dem Arbeitsplatz und bei andern Zusammenkünften unsern Programm-Grundsatz zu verleugnen (...)»³.

Frauentag auf zwei Geleisen

Nicht nur der Krieg hatte die Institutionalisierung des Frauentages in vielen Ländern beeinträchtigt,

sondern auch die Spannungen innerhalb der sozialistischen Bewegung. In der Schweiz kam es nach dem Ersten Weltkrieg ebenfalls zu einer Spaltung in eine sozialdemokratische und eine kommunistische Partei. Die innerlinken Differenzen hatten auch ihre Auswirkungen auf den Frauentag: es entstand nun eine zweite Frauentags-Version. In Anlehnung an eine Arbeiterinnendemonstration in Petersburg 1917 wurde der Frauentag von der kommunistischen Internationale auf den 8. März festgelegt. Dieses Datum wurde auch von den Schweizer KommunistInnen übernommen.

In den 20er Jahren scheinen nicht nur die Sozialdemokratinnen eine Krise durchgestanden zu haben; auch die Kommunistinnen hatten Mühe, den Frauentag in Schwung zu bringen. Zwar berichtet *DIE ARBEITENDE FRAU*, die Frauenbeilage der kommunistischen Tagespresse, ebenfalls von Frauentagsveranstaltungen; 1924 hatten in Oerlikon allerdings nur Männer daran teilgenommen.⁴

Viele Forderungen der Sozialdemokratinnen wurden nun auch in den Losungen der Kommunistinnen übernommen, wobei die frauenspezifischen Fragen immer mehr an Gewicht verloren. Eine Ausnahme bildete dabei die Abtreibungsfrage, die seit den frühen 20er Jahren im Zusammenhang mit der Entstehung des eidgenössischen Strafgesetzbuches zu einem tagespolitischen Thema geworden war. Die kommunistische Partei forderte damals die Streichung der vorgesehenen Abtreibungsartikel.

Freiheit, Arbeit und Frieden für alle!

Ab 1929 hatten die Sozialdemokratinnen wieder eine eigene Zeitschrift. Zuerst war es das *FRAUENRECHT*, später hiess sie *DIE FRAU IN LEBEN UND ARBEIT*. Nun wurde auch wieder über Frauentagsveranstaltungen berichtet. Bis in die fünfziger Jahre spielte in diesem Zusammenhang Margarethe Kissel eine zentrale Rolle. Sie war von 1933 bis 1953 schweizerische Präsidentin der sozialdemokratischen Frauengruppen und hielt in dieser Zeit unzählige Frauentagsreferate, oft über zehn im gleichen Jahr. Immer mehr trat nun die Forderung nach Freiheit, Arbeit und Frieden in den Vordergrund. Damit waren der sich etablierende Faschismus, die grosse Wirtschaftskrise der 30er Jahre und die drohende Kriegsgefahr angesprochen.

Frauenanliegen treten in den Hintergrund

Die Forderung nach Frieden und Freiheit dominierten auch die Frauentagslosungen nach dem Zweiten Weltkrieg, als der Kalte Krieg die Tagespolitik bestimmte. Frauenanliegen hatten unter diesen

Umständen in den Hintergrund zu treten. So schrieben die Schweizer Sozialdemokratinnen 1952 in ihren Grüßen an die Genossinnen der Internationale: «Wohl ist für uns die ursprüngliche Forderung nach dem Frauenstimm- und -wahlrecht noch nicht erfüllt worden, aber grösser als diese ungelöste Frage erscheint uns der gemeinsame Kampf für den Frieden - Frieden in Freiheit für alle Völker. Wir wissen, dass erst die Befreiung von Ausbeutung, von Not und Elend, von Furcht und Zwang den Frieden für alle Menschen sichern kann. Wir wissen aber auch, dass Furcht und Unterdrückung, dass Rechtlosigkeit nicht nur in den Diktaturen des Ostens eine furchtbare Gefahr für den Frieden sind, sondern dass überall da, wo Menschen ihrer politischen Überzeugung, ihrer Farbe und ihrer Rasse wegen rechtlos sind, der Frieden gefährdet ist»⁵.

Auf die Dauer waren die Frauen mit diesen Parolen nicht mehr zu mobilisieren. Zwar erschienen noch in den 60er Jahren kurze Aufrufe zum Internationalen Frauentag, doch für eine neue Frauen-Generation standen andere Themen im Vordergrund.

Neubelebung des Internationalen Frauentages

Im Gefolge der Jugend- und Student/innenbewegung von 1968 entstand auch in der Schweiz die Neue autonome Frauenbewegung. Ende 1968 schlossen sich in Zürich junge linke Frauen zu einer Frauengruppe zusammen, die sich Anfang 1969 - in Anlehnung an die amerikanische Women's Lib - den Namen Frauenbefreiungsbewegung (FBB) gab. Gemeinsam war diesen Frauen die Erfahrung, dass «die Frauenfrage auch innerhalb der Linken übergangen wird, und dass hier im allgemeinen dieselben patriarchalischen Mechanismen spielen wie in der bürgerlichen Gesellschaft»⁶.

Wie in Zürich bildeten sich bald auch in den anderen grösseren Städten autonome Frauengruppen. Neben der FBB, die in der Westschweiz als «Mouvement pour la Libération des Femmes» (MLF) und im Tessin als «Movimento Femminista Ticinese» (MFT) auftrat, konstituierten sich anfangs der 70er Jahre auch Frauengruppen innerhalb der Neuen Linken, die sich erst später zur autonomen Frauenbewegung zählten. Zu nennen sind insbesondere die «Progressiven Frauen Schweiz» (PFS), welche 1977 die autonome «Organisation für die Sache der Frau» (OFRA) gründeten.

Um in der «Frauenfrage» Öffentlichkeit herzustellen, griff die Neue Frauenbewegung zu unkonventionellen Mitteln: zu Strassentheater, Demonstrationen und medienwirksamen Provokationen (z.B. Eindringen in Amtsstuben, Störung einer Nationalratssitzung mit nassen Windeln).

Beim Ausgraben der Geschichte der Arbeiter/innenbewegung stiessen die Frauen auch wieder auf den 8. März, stellten mit Erstaunen fest, wie aktuell die alten Forderungen immer noch waren, und beschliessen, mit der Wiederaufnahme des Internationalen Frauentages «aller Welt zu zeigen, dass die Frauenbewegung wieder lebt!»⁷.

Unter dem Motto «Das Private ist politisch» stellte die Neue Frauenbewegung von Anfang an auch die gängige Form der sexuellen Beziehungen zwischen Mann und Frau in Frage und forderte das Recht auf eine selbstbestimmte, freie und lustbetonte Sexualität. Im Zentrum der politischen Aktionen stand in den 70er Jahren der Kampf für die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Mit dieser Forderung wurde 1975 - im Jahr der Frau - der Internationale Frauentag wiederbelebt. Am 8. März demonstrierten mehrere hundert Frauen vor dem Bundeshaus in Bern gegen den «skandalösen Entscheid» des Nationalrates, in der Frage der Schwangerschaftsabbruchsregelung alles beim alten zu lassen. «Kinder oder keine, entscheiden wir alleine» war die Losung, mit der die Neue Frauenbewegung die freie und kostenlose Abtreibung forderte. Dazu kamen altbekannte Postulate wie «Gleiche Rechte für Mann und Frau» und «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit».

8. März - Kampftag der Frauen

Seit 1975 fanden nun jedes Jahr nationale Kundgebungen zum Internationalen Frauentag statt. Die Demonstrationen am Samstag vor oder nach dem 8. März brachten jedes Jahr mehr Frauen auf die Strasse: Waren es 1976 in Zürich und 1977 in Basel noch gegen 1'000, so beteiligten sich 1981 in Bern gegen 3'000 Frauen an der nationalen Frauentags-Demonstration. 1978 war von den Organisatorinnen mit Fribourg erstmals ein Ort in der Westschweiz gewählt worden. Später kamen auch Luzern, Lausanne, Biel und St. Gallen zum Zug.

Für die Neue Frauenbewegung war der Internationale Tag der Frau weniger ein Gedenktag, sondern vor allem ein Kampftag, der den jeweils wichtigsten Forderungen Nachdruck verleihen sollte. Die Parolen spiegelten denn auch die aktuellen Diskussionen innerhalb der Frauenbewegung und nahmen Bezug auf die tagespolitischen Ereignisse. Im Krisenjahr 1976 etwa richteten sich die Proteste gegen Entlassungen von Frauen, 1981 galt es, gegen den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung zu demonstrieren, und 1987 das Nein zur 10. AHV-Revision zu bekräftigen, welche einmal mehr die Frauenpostulate nicht berücksichtigt.

Zwar standen jedes Jahr einzelne Postulate im Vordergrund, doch enthielten die Flugblätter und Trans-

parente jeweils eine ganze Liste von Anliegen, Wünschen und Forderungen: seit Jahren geforderte und immer noch nicht realisierte Begehren wie Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper, umfassenden Mutterschutz oder gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, aber auch Themen, die erst von der Neuen Frauenbewegung aufgegriffen wurden. Zu nennen sind insbesondere die Forderung nach autonomen Frauenräumen und Frauenzentren, die Thematisierung der Gewalt gegen Frauen (Häuser für geschlagene Frauen, sexuelle Belästigung, PorNO-Debatte), die Aktion «Zwang zur Heterosexualität - Nein Danke!» oder der Kampf gegen frauenfeindliche Gen- und Reproduktionstechnologien.

Bunt und frech

Von Anfang an waren die 8. März-Demonstrationen der Neuen Frauenbewegung bunt und frech, provozierend und lebendig. Mit Pfeifen, Tamburin, Megaphon und Transparenten zogen die Frauen singend und Sprechchöre skandierend durch die Strassen. Natürlich hielten sie auch Ansprachen und verabschiedeten Resolutionen. Doch die Kundgebungen waren vor allem phantasievoll und übermütig. Lila Kleider und aufgeschminkte Frauenzeichen dominierten, und am Abend nach der Demonstration stieg jeweils ein grosses Frauenfest.

Organisiert wurden die nationalen Kundgebungen von den verschiedenen Gruppen der Neuen Frauenbewegung, wobei die Zusammensetzung des Organisationskomitees von Jahr zu Jahr wechselte. Teilweise waren neben den autonomen Gruppen auch die Frauengruppen der linken Parteien und der Gewerkschaften im Organisationskomitee vertreten, was allerdings zu Auseinandersetzungen führte, da die autonomen Frauen die Form und den Inhalt des 8. März allein bestimmen wollten.

Zu Beginn der 80er Jahre löste die Frage der Männerbeteiligung an der Frauentags-Demonstration einigen Wirbel aus, der 1982 gar zu zwei nationalen Kundgebungen führte: In Lausanne demonstrierten die organisierten Feministinnen zusammen mit den Männern, die Autonomen und die Radikalfeministinnen hatten es lieber «puur in Fribourg». Unter dem Motto «8. März - Tag *aller* Frauen» einigten sich die verschiedenen Strömungen innerhalb der Neuen Frauenbewegung dann wieder auf eine gemeinsame Demonstration, wobei die OFRA künftig die Koordination übernahm. Ab 1984 wurde der 8. März als nationaler Aktionstag gefeiert mit Demonstration, Diskussionen und Workshops, Frauenfilmen und Frauenfest. Daneben finden seither immer häufiger regionale Veranstaltungen und Aktionen zum Internationalen Frauentag statt.

Nationale 8. März-Demonstration - verbrauchte Idee?

Obwohl der Internationale Frauentag von Jahr zu Jahr mehr Resonanz in der Presse fand und Anlass bot für Hintergrundartikel zur Situation der Frauen und zum Stand der Gleichstellung, wurden die nationalen 8.-März-Kundgebungen seit Mitte der 80er Jahre zusehends kleiner. Die Lust am Feminismus auf der Strasse scheint den Frauen ausgegangen zu sein. Ob mit der nationalen Demonstration auch gleich der Internationale Frauentag zu Grabe getragen wird, kann allerdings erst die Zukunft zeigen.

Anmerkungen

- 1 *Die Vorkämpferin*, 1911, Nr. 5
- 2 *Die Vorkämpferin*, 1916, Nr. 3
- 3 *Die Vorkämpferin*, 1920, Nr. 4
- 4 *Die arbeitende Frau*, 1924, Nr. 7.
- 5 *Die Frau in Leben und Arbeit*, 1952, Nr. 4.
- 6 Grundsätze der FBB, in: *Focus*, Nr. 43, Juli 1973, S. 42
- 7 *POCH-Zeitung*, 10.3.77 (zur Geschichte des Internationalen Frauentages)

La Journée internationale de la Femme a cours à l'instar de "la journée d'activités" du Nouveau mouvement féministe. Dès le milieu des années septante, plusieurs rassemblements ont lieu autour du 8 mars ou à cette date même. Manifestations auxquelles participent des groupes et des organisations féministes - parfois avec les syndicats - pour revendiquer et faire connaître leurs requêtes au public. Cette journée a néanmoins en Suisse une tradition bien plus ancienne et, en fait, méconnue. Pour écrire l'historique du 8 mars, le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes a mandaté deux chercheuses qui vous présentent ci-après un sommaire des résultats de leurs recherches.

ADIEU AU 8 MARS?

par Katrin Hostenstein et Elisabeth Ryter

"Il n'y aura probablement pas de manifestation nationale à l'occasion de la Journée internationale de la Femme, fêtée d'ordinaire le 8 mars", pouvait-on lire dans la *Wochenzeitung* du 17 janvier 1992. La préférence serait donnée à des manifestations locales. Est-ce à dire que l'on va enterrer la Journée de la Femme ou qu'un nouveau chapitre de l'histoire commence?

Les débuts, à Copenhague

Il suffit de jeter un coup d'oeil sur le passé pour s'apercevoir que l'histoire de la Journée de la Femme a connu des hauts et des bas depuis sa naissance, en 1910, à Copenhague; donc pas de quoi s'inquiéter. La Deuxième conférence internationale des femmes socialistes se tient en août dans cette ville et traite surtout de la façon dont il va falloir procéder en matière de droit de vote des femmes. Les déléguées décident d'organiser chaque année une Journée de la Femme "de dimension internationale", afin de donner désormais davantage de poids à la lutte pour le droit de vote féminin.

Les Suissesses sont d'emblée de la partie

Cette résolution ne tarde pas à être concrétisée: l'année suivante, des manifestations se tiennent en Allemagne, en Autriche, au Danemark, aux USA et en Suisse. Il existe des preuves concernant celles de Arbon, Baden, Bâle, Berne, Bienne, Herisau, Lucerne, Oerlikon, Rorschach, St-Gall, Thalwil, Winterthour et Zurich. L'organisation est en premier lieu l'affaire des associations de travailleuses, lesquelles s'inspirent largement des manifestations socialistes contemporaines. Les exposés en constituent le noyau, autour duquel gravitent des divertissements culturels. Les chœurs d'hommes locaux sont très souvent sollicités. Pour conclure, on donne lecture de la résolution nationale, qui est approuvée sans opposition. Les assemblées tenues à cette occasion dans d'autres pays suivent un schéma analogue.

Les initiatrices sont satisfaites des résultats de la première Journée de la Femme et déclarent dans *Die*

Vorkämpferin de mai: "Nos manifestations en faveur de l'égalité politique et sociale des femmes ont pris une tournure tout à fait respectable. L'heure du réveil spirituel de nos travailleuses a sonné! Partout la semence donne, les grains germent, les combattants et les combattantes courageux sont prêts après avoir mûri pendant de longues années dans les coeurs hésitants des femmes. Le premier pas en public est accompli!"

Il est souvent question des hommes, dans les comptes rendus des manifestations, et ce n'est pas par hasard. Les initiatrices tiennent beaucoup à ce que les camarades masculins participent en qualité de spectateurs, d'orateurs, ou - si possible - d'organiseurs, car il faut mobiliser non seulement les femmes, pour revendiquer le droit de vote féminin, mais aussi les hommes et notamment les parlementaires socialistes.

La présence des hommes est en même temps censée montrer que la lutte commune contre le capitalisme a en fin de compte davantage d'importance que le problème des sexes aux yeux des femmes socialistes. Cela leur permet également de se distancier des féministes bourgeoises avec lesquelles elles ont copéré de temps à autre. Lorsque les associations de travailleuses demandent d'être intégrées dans le Parti socialiste suisse (PSS) - processus qui démarre en 1912 -, il est même décidé que l'appartenance à une organisation féminine bourgeoise est contraire aux intérêts et aux règlements du parti.

La Journée de la Femme devient une tradition

Lorsque la Première guerre mondiale éclate et qu'il s'avère que l'internationalisme du mouvement européen des travailleurs et travailleuses n'est qu'une phrase vide de sens, la Journée de la Femme, en Suisse, est déjà devenue une tradition et les manifestations à cette occasion se sont multipliées ici et là au cours des années. Il existe des preuves concernant plus de 100 communes, dont la majorité sont situées sur le Plateau alémanique, qui soulignent le caractère décentralisé de la Journée internationale de la Femme. Les cantons de Berne et d'Argovie surtout sont bien représentés, de même que ceux de Zurich, de Thurgovie et de Soleure.

La participation présente des différences considérables. En 1914, 70 personnes à Erstfeld et 600 personnes à Genève prennent part aux manifesta-

tions. On dénombre plus de 5000 participant/es dans toute la Suisse cette année-là, un record qui n'a jamais été dépassé même au cours des années 70 et 80. Les premiers temps, l'événement a lieu un jour précis du mois de mars, le même pour tout le monde. Plus tard, les manifestations seront réparties sur tout le mois de mars et même sur le mois d'avril.

Le droit de vote des femmes au premier plan

Si, au début, la revendication du droit de vote féminin constituait le mot d'ordre principal de la Journée de la Femme et le thème central des exposés, la liste des revendications s'est allongée au fil des années. En 1916, les thèmes les plus importants sont réunis: La femme - selon *die Vorkämpferin* - "réclame une protection juridique applicable à son travail à la fabrique, au bureau, au magasin, à la maison, dans le commerce et l'artisanat: l'horaire de travail de huit heures par jour, la reconnaissance du principe: à travail égal, salaire égal, la fixation de salaires minimums, une protection suffisante de la mère, de l'adolescent, de l'enfant et du nourrisson. Elle exige d'être reconnue en tant qu'être humain à part entière, que citoyenne, et revendique à cet effet l'octroi du droit illimité de vote et d'éligibilité des femmes"². En outre, la revendication de la paix revêt une grande importance dès 1915.

Suite à la grève générale, des votations sur le droit de vote féminin aux niveaux cantonal et communal ont lieu en 1919 et en 1920 dans les cantons de Neuchâtel, de Bâle-Ville et de Zurich. Le rejet massif de ces projets provoque une grande déception chez les femmes socialistes, qui se traduit par la résolution concernant la Journée de la Femme en 1920: Les Zurichoises sont "outrées premièrement par le fait qu'une grande partie des travailleuses et travailleurs est venue grossir les rangs des réactionnaires lors de la votation du 8 février sur le droit de vote féminin, et deuxièmement par le fait que même les travailleurs syndiqués se sont laissé séduire par les arguments fallacieux et les manoeuvres de la bourgeoisie et ainsi entraîner, tant dans les assemblées qu'à leur place de travail et dans d'autres réunions, à désavouer le principe à la base de notre programme (...)"³.

La Journée de la Femme se dédouble

Non seulement la guerre mais encore les tensions au sein du mouvement socialiste ont porté atteinte à l'institutionnalisation de la Journée de la Femme dans de nombreux pays. Il se produit en Suisse, après la Première guerre mondiale, une scission en un parti socialiste et un parti communiste. Les différences qui divisent la gauche ont des retombées

également sur la Journée de la Femme: une deuxième version voit le jour. Sur le modèle d'une manifestation de travailleuses ayant eu lieu à Petersbourg en 1917, l'Internationale communiste fixe au 8 mars la célébration de la Journée de la Femme. Les femmes communistes suisses retiennent également cette date.

Les femmes socialistes ne semblent pas être les seules, au cours des années 20, à avoir traversé une crise; les femmes communistes elles aussi ont de la peine à mettre en branle la Journée de la Femme. *Die arbeitende Frau*, le supplément féminin de la presse communiste quotidienne, dans son compte rendu de manifestations de la Journée de la Femme, note que seuls des hommes ont participé à celle d'Oerlikon, en 1924.⁴

De nombreuses revendications des femmes socialistes apparaissent désormais dans les mots d'ordre des femmes communistes. Les questions spécifiquement féminines ont de moins en moins d'importance, sauf celle de l'avortement qui est devenu un thème politique quotidien depuis le début des années 20, en liaison avec la naissance du code pénal suisse. Le Parti communiste exige que l'article sur l'avortement prévu dans le code soit radié.

Liberté, travail et paix pour tous!

Dès 1929 les femmes socialistes publient de nouveau leur propre périodique, qui s'intitule tout d'abord *Frauenrecht* puis *Die Frau in Leben und Arbeit*. Les manifestations de la Journée de la Femme sont de nouveau relatées. Margarethe Kissel jouera jusque dans les années cinquante un rôle fondamental dans ce contexte. Elle sera, de 1933 à 1953, la présidente suisse des groupes féminins sociaux-démocrates et fera durant cette période d'innombrables exposés, souvent plus de dix la même année, à l'occasion de la Journée de la Femme. Les revendications portant sur la liberté, le travail et la paix occupent de plus en plus le premier plan. Le fascisme grandissant, la grande crise économique des années 30 et la menace d'une guerre n'y sont pas étrangers.

Les préoccupations des femmes reculent au second plan.

Le désir de paix et de liberté prédomine également dans les mots d'ordre de la Journée de la Femme pendant les années consécutives à la Deuxième guerre mondiale, alors que la guerre froide détermine la politique quotidienne. Les préoccupations féminines, dans ces circonstances, passent au second plan. Les femmes socialistes suisses déclarent en 1952, dans leur message à leurs camarades de

L'Internationale: "La revendication initiale portant sur le droit de vote et d'éligibilité des femmes n'a guère été satisfaite en ce qui nous concerne, mais le combat commun pour la paix - la paix dans la liberté pour tous les peuples - nous paraît plus important que ce problème non résolu. Nous savons que seule la suppression de l'exploitation, de la misère, de la peur et de la violence peut assurer la paix pour tous les humains. Nous savons cependant aussi que la peur et l'oppression, l'absence de droits civils, non seulement dans les régimes dictatoriaux de l'Est, mettent la paix en péril, et que celle-ci est menacée partout où les êtres humains n'ont aucun droit en raison de leurs convictions politiques, de leur couleur et de leur race"⁵.

De tels arguments ne suffisent plus pour mobiliser les femmes. De brefs appels à participer à la Journée internationale de la Femme sont encore lancés au cours des années soixante, mais les thèmes qui préoccupent les femmes de la nouvelle génération ne sont plus les mêmes.

Second souffle de la Journée internationale de la Femme

Le Nouveau mouvement féministe autonome, en Suisse, est né dans le sillage du mouvement étudiant de 1968. Des jeunes femmes de gauche forment un groupe à Zurich qui se donne au début de 1969 - sur le modèle du Women's Lib américain - le nom de Frauenbefreiungsbewegung (FBB). Elles se sont toutes rendu compte que "les questions féminines sont négligées au sein de la gauche et que, d'une manière générale, les mêmes mécanismes patriarcaux que dans la société bourgeoise y déploient leurs effets"⁶.

L'exemple est bientôt suivi dans les autres grandes villes de Suisse. Outre le FBB, qui correspond au "Mouvement pour la Libération des Femmes" (MLF) en Suisse romande et au "Movimento Feminista Ticinese" (MFT) au Tessin, des groupes se constituent au début des années 70 au sein de la nouvelle gauche, qui feront partie plus tard seulement du mouvement féministe autonome. Citons notamment les "Progressiven Frauen Schweiz" (PFS), qui fondent en 1977 l'"Organisation für die Sache der Frau" (OFRA), un groupe autonome.

Afin de sensibiliser l'opinion publique aux "questions féminines", le Nouveau mouvement féministe recourt à des moyens non conventionnels: théâtre de rue, manifestations et provocations relatées par les médias (p.ex. irruption dans les bureaux de l'administration, perturbation d'une session du Conseil national en exhibant des langes mouillés). En redécouvrant l'histoire du mouvement des tra-

vailleurs et travailleuses, les femmes tombent sur la Journée du 8 mars et constatent avec étonnement combien les anciennes revendications sont toujours d'actualité. Elles décident de donner un nouvel élan à la Journée internationale de la Femme "afin de montrer au monde entier que le mouvement féminin est de nouveau bien vivant!"⁷.

Avec la devise "Le domaine privé est politique", le Nouveau mouvement féministe remet d'entrée de jeu en question la forme actuelle des relations sexuelles entre l'homme et la femme et revendique le droit à une sexualité librement choisie, sans frein et axée sur le plaisir. La lutte pour la décriminalisation de l'avortement, au cours des années 70, figure au centre de ses actions politiques. Cette revendication, en 1975 - Année de la Femme - redonne vie à la Journée internationale de la Femme. Plusieurs centaines de femmes manifestent le 8 mars devant le Palais fédéral, à Berne, contre la "décision scandaleuse" du Conseil national de s'en tenir au statu quo en ce qui concerne la réglementation de l'interruption de grossesse. "Des enfants ou pas d'enfants, c'est nous seules qui décidons", tel est le mot d'ordre lancé par le Nouveau mouvement des femmes pour revendiquer l'avortement libre et gratuit. A cela s'ajoutent des postulats connus depuis longtemps tels que "Egalité des droits de l'homme et de la femme" et "A travail égal, salaire égal".

8 mars - journée de la lutte des femmes

Depuis 1975, des manifestations nationales ont eu lieu chaque année à l'occasion de la Journée internationale de la Femme. Le nombre des femmes qui descendent dans la rue le samedi avant ou après le 8 mars augmente chaque année: environ 1000 à Zurich en 1976 et à Bâle en 1977, quelque 3000 à Berne en 1981 lors de la manifestation nationale. Les organisatrices choisissent pour la première fois en 1978 de situer la manifestation en Romandie, soit à Fribourg, Lucerne, Lausanne, Bienne et St-Gall prendront la relève.

Pour le Nouveau mouvement féministe, la Journée internationale de la Femme est moins une journée de réflexion que de lutte, qui devrait donner chaque fois de la vigueur aux revendications les plus importantes. Les mots de ralliement reflètent donc également les discussions d'actualité au sein du mouvement et se rapportent aux événements politiques quotidiens. En 1976, année de crise, les protestations concernent par exemple les licenciements de femmes, en 1981 l'intégration des femmes dans la défense nationale et, en 1987, il s'agit d'appuyer le non à la 10ème révision de l'AVS qui ne tient même plus compte des postulats des femmes.

Chaque année des postulats figurent au premier plan, mais les tracts et les calicots énumèrent toute une liste de préoccupations, de souhaits et d'exigences: des demandes formulées et restées insatisfaites depuis des années, telles que le droit de la femme à disposer librement de son corps, la protection ample de la maternité ou le salaire égal pour un travail de valeur égale, mais encore des thèmes que le Nouveau mouvement féministe est le premier à aborder. Citons notamment la revendication de locaux et de centres autonomes pour les femmes, la thématisation de la violence exercée sur les femmes (maisons d'accueil pour femmes battues, harcèlement sexuel, débats sur le PorNo), la campagne "Contrainte à l'hétérosexualité - non merci!" ou la lutte contre les technologies génétiques et de reproduction hostiles aux femmes.

Couleurs et insolence

Les manifestations du Nouveau mouvement des femmes à l'occasion du 8 mars sont dès le début hautes en couleur et insolentes, provocantes et animées. Munies de fifres, de tambourins, de mégaphones et de calicots, les femmes déambulent dans les rues en chantant et en scandant en chœur leurs revendications. Elles prononcent également des discours et votent des résolutions. Ces manifestations sont avant tout fantaisistes et exubérantes. Vêtements lilas et symboles féminins peints sur le visage sont de mise et une grande fête des femmes, le soir venu, met un point final à cette folle journée.

Les divers groupes du Nouveau mouvement féministe organisent les manifestations nationales et la composition du comité d'organisation se modifie d'une année à l'autre. Les groupes féminins des partis de gauche et des syndicats sont également représentés au sein de ce comité, ce qui engendre des querelles car les femmes autonomes veulent déterminer à elles seules la forme et le contenu de la Journée du 8 mars.

Au début des années 80, la question de la participation des hommes à la manifestation de la Journée de la Femme provoque quelques troubles qui débouchent sur la tenue de deux manifestations nationales en 1982: les féministes syndiquées manifestent avec les hommes à Lausanne, tandis que les autonomes et les radicales optent pour la formule "pure et dure" à Fribourg. Les différents courants s'unissent finalement sous le mot d'ordre "8 mars - Journée de toutes les femmes" au sein du Nouveau mouvement féministe en vue d'une manifestation commune dont l'OFRA assumera à l'avenir la coordination. Depuis 1984, le 8 mars est célébré en tant que journée nationale, à grand renfort de manifestations, discussions, workshops, films sur les femmes et fête des femmes.

En outre, les manifestations et les actions régionales sur le thème de la Journée internationale de la Femme se sont multipliées.

Manifestation nationale du 8 mars - une idée usée?

Bien que la Journée internationale de la Femme ait un retentissement de plus en plus grand dans la presse d'une année à l'autre et qu'elle donne lieu à des articles de fond sur la situation des femmes et l'état de l'égalité, les manifestations nationales du 8 mars ont visiblement perdu de leur ampleur depuis le milieu des années 80. L'envie de faire descendre le féminisme dans la rue a semble-t-il quitté les femmes. Seul l'avenir nous dira si la Journée internationale de la Femme connaîtra le même sort que les manifestations nationales.

Notes

- 1 Die Vorkämpferin, 1911, n° 5
- 2 Die Vorkämpferin, 1916, n° 3
- 3 Die Vorkämpferin, 1920, n° 4
- 4 Die arbeitende Frau, n° 7
- 5 Die Frau in Leben und Arbeit, 1952, n° 4
- 6 Grundsätze der FBB, in: Focus, n° 43, juillet 1973, p. 42
- 7 POCH-Zeitung, 10.3.77 (sur l'histoire de la Journée internationale de la Femme)

(Traduction: Fracine Matthey)

Am 6. Dezember 1991 fand in Bern eine vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen organisierte Tagung zum Thema *neues Eherecht und Revision des Scheidungsrechts* statt. Titel der Veranstaltung: "... in guten wie in bösen Tagen." *Neues Eherecht und Revision des Scheidungsrechts - wo bleibt die Gleichberechtigung?* Ziel dieser Tagung war es, über die Folgerungen, welche sich aus dem im November 1991 erschienenen Bericht der Eidg. Kommission für Frauenfragen "Juristische Auswirkungen des neuen Eherechts" ergeben und die vor allem auch im Hinblick auf die bevorstehende Revision des Scheidungsrechts von Bedeutung sein werden, zu informieren und zu diskutieren. Nachstehend publizieren wir die Referate von

- Elisabeth Freivogel, lic.iur., Advokatin, Basel
- Thomas Geiser, PD Dr. iur., Assistent am Bundesgericht, Lausanne
- Laura Cardia-Vonèche, sociologue, Institut de médecine sociale et préventive, Université de Genève
- Jutta Bahr-Jendges, Rechtsanwältin und Notarin, Mitherausgeberin der Zeitschrift 'Streit', Bremen
- Peter Balscheit, Gerichtspräsident, Sissach (AG-Beitrag).

FOLGERUNGEN AUS DEN DREI STUDIEN IM BERICHT 'JURISTISCHE AUSWIRKUNGEN DES NEUEN EHERECHTS'

von Elisabeth Freivogel

Ich habe die Aufgabe, mit Blick auf die Zukunft, in aller Kürze und mit Prägnanz Folgerungen, oder besser *einige* Folgerungen aus den Ergebnissen aller drei Untersuchungen zu formulieren. Guten Gewissens werde ich zwei Bereiche weitgehend ausklammern, die in den nachfolgenden Referaten zur Erörterung anstehen: Altersvorsorge und Zuteilung der elterlichen Gewalt. Im Uebrigen werde ich unterscheiden zwischen Fragen der unmittelbaren Umsetzung des neuen Eherechts einerseits und Fragen im direkten Zusammenhang mit der Scheidungsrechtsrevision andererseits. Ich gehe davon aus, dass Ihnen die Untersuchungen grundsätzlich bekannt sind.

ZUR UMSETZUNG DES NEUEN EHERECHTS

Dem Leitgedanken des neuen Eherechts folgend harrt der Grundsatz noch der konsequenten Umsetzung, dass Haus- und Betreuungsarbeit einerseits und Erwerbsarbeit andererseits innerhalb der Ehe gleichwertige Arbeits- und Beitragsleistungen sind und keiner Partei gegenüber der andern daraus ein Nachteil erwachsen darf, dass sie, im Einvernehmen mit dem Partner, die Betreuungsarbeit übernommen hat. Dieser Grundsatz kann, ernst genommen, nichts anderes bedeuten, als dass sämtliche Folgekosten einer während des Zusammenseins gelebten ungleichen Rollenteilung beim Auseinanderbrechen der ehelichen Gemeinschaft weiterhin von beiden Parteien gemeinsam zu tragen sind, so dass beide arbeitsmässig gleich belastet sind und wirtschaftlich gleich gestellt sind, solange diese Folgekosten andauern. Er kann zudem nichts anderes bedeuten, als dass alle während der Ehe erwirtschafteten Vermögenswerte beiden gleich zugute kommen müssen.

Zur Arbeitslast gehört auch die Betreuungsarbeit. Diese gehört ebenso ins Blickfeld wie die Erwerbsarbeit, und zwar ebenso konkret. Wir, die Justizbehörden und die Gesellschaft, müssen sich viel konkreter damit auseinandersetzen und uns ein wirkliches Bild davon machen, welche Arbeitsbelastung die anfallende Betreuungsarbeit darstellt. Darin müssen die aufwendigen organisatorischen Schwierigkeiten aufgrund unmöglicher Schulzeiten, fehlender Drittbetreuungsmöglichkeiten etc. einbezogen werden. Wir müssen uns zuerst und konkret fragen, welchem Erwerbsarbeitsmass die zu leistende Betreuungsarbeit entspricht. Nur die allenfalls verbleibende Kapazität kann meines Erachtens ohne Not auf dem Arbeitsmarkt eingefordert werden. Wird mehr eingefordert, entsteht ungerechtfertigte Doppelbelastung. Dies kann aus finanziellen Gründen notwendig sein, ist es vielfach. Ungleiche Arbeitsbelastung ist aber auch bei freiwilliger Mehrleistung gegeben. Hier muss ein finanzieller Ausgleich stattfinden, dieses Thema der häufigen Ueberbelastung darf nicht Tabu bleiben. Grössere Arbeitslast muss ihren Lohn einfordern. Dabei geht es keineswegs nur ums Materielle, sondern um Lebensenergie und Krafterhaltung. Finanzieller Spielraum bedeutet selbstverständlich die Möglichkeit konkreter Entlastung. Für viele doppelbelastete Frauen bedeutet es: Eine Kinderfrau bezahlen können, Ferien machen können, Putzhilfe beanspruchen können, Arbeit delegieren können, weniger Sorgen.

Es darf nicht dabei bleiben, dass nur die Seite der Erwerbsarbeit angesehen und den Frauen, oft im Uebermass, zusätzlich aufgebürdet wird, umgekehrt jedoch nicht einmal daran gedacht wird, den Männern Betreuungsarbeit aufzubürden. Die Nichtleistung zumutbarer Betreuungsarbeit muss ebenso Konsequenzen haben wie die Nichtleistung zumutbarer Erwerbsarbeit, und sei es auch im finanziellen Bereich. Darin einzuschliessen sind die Wahrnehmung von Besuchsrechten. Es ist endlich klarzustellen, dass es sich nicht um Rechte ohne Pflichten handelt und dass Pflichtverletzung Konsequenzen hat.

Muss oder kann eine Frau, die zugunsten der Familie auf Berufsausübung verzichtet hat, diese wieder aufnehmen, so ist gegenüber heutiger Praxis die Blickrichtung zu wechseln. Heute wird mehr oder weniger selbstverständlich davon ausgegangen, dass die Frau dort wieder einsteigt, wo sie aufgehört hat, und auch da bleiben kann. Demgegenüber wäre m.E. zu fragen, wohin sie bei angemessener Unterstützung noch gelangen kann, auf welchem Weg sie ein Defizit noch wettmachen kann. Dieses Ziel wäre vom Partner mitzutragen.

Die konkrete Arbeitsmarktrealität für Frauen, insbesondere für Wiedereinsteigerinnen, ist unter Berücksichtigung der Konjunkturlage vermehrt einzubeziehen. Es sind Wege zu finden, diese Realitäten bei den Gerichten wirklich einzubringen.

Nach diesen Vorabklärungen sollten die wirtschaftlichen Ressourcen erst festgestellt und zugeteilt werden und zwar so, dass beide Parteien bei gleicher Belastung wirtschaftlich gleichgestellt sind, das heisst die gleiche wirtschaftliche Freiheit oder Enge erleben. Dies verlangt jedenfalls das neue Eherecht, solange die Ehe besteht und m.E. solange aus der Ehe resultierende Folgekosten gemeinsam zu tragen sind. Daraus resultiert zwingend, dass die konkreten Lasten zu eruieren sind. Das Zürcher oder Basler Modell ist dafür naheliegend und aufgrund seiner Einfachheit unter gleichzeitiger relativer Detailschärfe, mit einigen Vorbehalten, die ich nicht einzeln aufzählen kann, grundsätzlich zu begrüssen.

Ein Vorbehalt sei aber genannt: Das Einsetzen von betriebsamtlichen Grundbeträgen für die Lebenshaltung ist, ausser bei extrem knappen Verhältnissen, nicht angemessen, da damit nicht zu leben ist. Dies gilt besonders für die Kinder. Werden sie trotzdem eingesetzt und sind Kinder vorhanden, so darf der Ueberschuss keinesfalls hälftig, sondern muss im Verhältnis der Anzahl Personen zugeteilt werden. Sonst resultiert kein gleicher wirtschaftlicher Spielraum. Werden die effektiven, dem Lebensstandard entsprechenden Kinderkosten beim Bedarf eingesetzt, muss der Ueberschuss hälftig zugeteilt werden. Hier kommen wir nun zu einer offensichtlich mit dem neuen Eherecht im Widerspruch stehenden Rechtssprechung unseres höchsten Gerichtes: der Begrenzung der Ueberschusszuteilung bei sonstiger Möglichkeit der Ersparnisbildung. Hier handelt es sich m.E. um ein Relikt alten Rechtsdenkens und eine unzulässige Mischung alten und neuen Rechts. Es ist keineswegs so, dass unter neuem Recht die anspruchsberechtigte Person höchstens Sicherstellung der gewohnten Lebenshaltung verlangen kann. Dies entspricht altem Recht. Nach neuem Recht kann sie wirtschaftliche Gleichstellung mit dem Partner verlangen, das heisst gleichen wirtschaftlichen Freiraum. Sie hat zudem das Recht, über ihren An-

teil genau so frei zu verfügen wie der andere. Dieses Recht ist ihr unzulässigerweise beschnitten worden. Die Begründung des Bundesgerichts, wonach sonst die güterrechtliche Auseinandersetzung vorweggenommen würde, hält ebensowenig stand.

ZUR REVISION DES SCHEIDUNGSRECHTS

Vieles von dem bereits gesagten hat natürlich auch in diesem Bereich Gültigkeit. Zusätzlich möchte ich einige wenige Schlaglichter werfen.

Das Verschuldensprinzip wird abgeschafft werden. Mit allergrösster Sorgfalt sind aber Ausgleichsmechanismen zu entwickeln, die gegenüber der sich deutlich abzeichnenden heutigen m.E. weitgehend desolaten Praxis das Ruder herumwerfen und sicherstellen, dass die unvermeidlichen Folgekosten der traditionellen Rollenteilung im Scheidungsfall beiden Parteien wirklich in gleichem Masse aufgebürdet werden.

Zu den Folgekosten gehört insbesondere die verminderte und meist nicht aufzuholende Erwerbskapazität durch den Ausstieg aus dem Berufsleben und die damit zusammenhängende unvergleichlich schlechtere oder gar nicht existente Vorsorge der Ehefrau. Auf der Seite des Ehemannes wurde hingegen mit Errungenschaftsmitteln eine meist gute Vorsorge aufgebaut und durch ununterbrochene Berufslaufbahn die Erwerbskapazität während der Ehe gesteigert. Heute stellen aber gerade Erwerbskapazität und Vorsorgeanwartschaften die entscheidenden Vermögenswerte dar. Anderes ist meist gar nicht da. Beides nimmt der Ehemann heute ungeteilt mit - also häufig alles, was erwirtschaftet wurde. Es handelt sich m.E. um einen schlimmen Missstand, der in der Revision unbedingt zu beheben ist. Es ist sicherzustellen, dass die Anwartschaften geteilt werden. Auf die Revision der Sozialversicherungen kann dafür nicht gewartet werden. Und die Frage der Voraussetzungen für und der Durchführung einer Beteiligung am während der Ehe aufgebauten Erwerbspotential muss in dieser Revision ebenfalls geklärt werden.

Schliesslich ist es zumindest einer eingehenden Ueberlegung und Abklärung wert, ob nicht auch die Möglichkeit einer Abgeltung derartiger Ausgleichsansprüche über das Güterrecht geschaffen werden sollte. Sind flüssige Vermögenswerte da, so ist nicht einzusehen, weshalb diese hälftig geteilt werden müssen, solange eine Partei Ausgleichsansprüche hat und unter Umständen den angemessenen Ausgleich nie sehen wird. Sinnvoller wäre es nicht selten, den Ausgleich, soweit möglich, sofort vorzunehmen, sodass bspw. die Frau damit die Mög-

lichkeit erhielt, sich in eine eigene Vorsorgeversicherung einzukaufen oder eine Ausbildung zu finanzieren, wie es mit Unterhaltsbeiträgen wegen ungenügender Leistungsfähigkeit des Pflichtigen oft nicht möglich wäre.

Aus: "Hannah Höch 1889-1987. Ihr Werk - Ihr Leben - Ihre Freunde". Ausstellungskatalog der Berlinischen Galerie, Argon Verlag GmbH, Berlin, 1989.



Hannah Höch, Die Braut, 1927.
Öl auf Leinwand, 114 x 66 cm, Berlinische Galerie, Berlin

DIE GOLDENEN FESSELN DER EHESCHIEDUNG UND ALTERSVORSORGE

von Thomas Geiser

I. EINLEITUNG

Auch in unserer modernen Gesellschaft hat die Ehe und die Familie noch immer die Funktion, den einzelnen Mitgliedern wirtschaftlichen Schutz zu bieten, diese vor den Folgen ökonomischer Schicksalsschläge zu bewahren. Entsprechend finden sich im Eherecht an zentraler Stelle die Bestimmungen über die gegenseitigen Unterhaltspflichten¹. Der Unterhaltspflicht kommt eine derartige Bedeutung zu, dass sie über die Auflösung der Ehe durch Scheidung hinaus gewisse Wirkungen entfaltet. In etwas mehr als 50% der Scheidungen wird der eine Partner (in aller Regel der Mann) verpflichtet, dem andern (in aller Regel der Frau) unter dem Titel "nachehelicher Unterhalt" Leistungen zu erbringen². Die Heirat sichert damit dem wirtschaftlich schwächeren Teil über die Dauer der Ehe hinaus ein gewisses Auskommen. Es liegt allerdings auf der Hand, dass die Ehe und die Familie heute nicht mehr allein eine angemessene Vorsorge bieten kann. Neben die private familiäre und die eigene Vorsorge ist längst die staatliche, kollektive Vorsorge namentlich in Form der Sozialversicherung getreten.

Die Sozialversicherung sollte eigentlich, als staatliche, aussärfamiliäre Vorsorge, die Abhängigkeit der Einzelperson von Ehe und Familie mindern. Das trifft aber nur beschränkt zu, da die schweizerische Sozialversicherung ihrerseits sowohl am Rechtsinstitut der Ehe als auch an ihrer klassischen gesellschaftlichen Ausgestaltung anknüpft:

- Unsere Sozialversicherung ist weitgehend auf die Erwerbstätigkeit ausgerichtet. Für die berufliche Vorsorge trifft dies ohne Einschränkung zu, für die AHV mit Bezug auf die Rentenhöhe überwiegend. Damit werden die Ehepartner unterschiedlich behandelt, jenach dem, wie sie sich in die in einer Ehe anfallenden Aufgaben teilen. Jener Ehegatte, der sich um den Gelderwerb kümmert, baut sich damit eine bedeutende Altersvorsorge auf, während der haushaltführende und kinderbetreuende Ehegatte nur eine minimale erste und überhaupt keine zweite Säule der Altersvorsorge erwerben

kann. Selbst wenn die Aufgabenteilung in den meisten Ehen keine absolute ist und die Frauen ebenfalls einer Erwerbstätigkeit nachgehen, ist ihr Einkommen und damit auch ihre eigene Altersvorsorge in aller Regel wesentlich tiefer, als jenes der Ehemänner. Die Sozialversicherung genügt deshalb der Ehefrau für ihre eigene Altersvorsorge nicht; die Frau ist im Alter vielmehr von ihren (ehe- und scheidungsrechtlichen) Unterhaltsansprüchen gegenüber dem Ehemann abhängig.

- Die Erste Säule der Altersvorsorge ist zudem zivilstandsabhängig ausgestaltet. Die Ehegatten werden als eine Einheit betrachtet und erhalten grundsätzlich nur *eine* gemeinsame, dafür aber höhere Altersrente. Jede Zivilstandsänderung führt deshalb in der Regel zu einer Veränderung der Ansprüche gegenüber der Eidgenössischen AHV.

Die Zweite Säule der Altersvorsorge ist demgegenüber grundsätzlich zivilstandsunabhängig ausgestaltet. Sowohl der Anspruch als solcher als auch die Höhe einer Rente hängen nicht vom Zivilstand des versicherten Rentenansprechers ab. Ehegatten können zwei Altersrenten der beruflichen Vorsorge beziehen. Eine Scheidung verändert die Ansprüche gegenüber der Pensionskasse nicht. Eine Zivilstandsabhängigkeit besteht nur, wenn es um Hinterlassenenleistungen geht: Grundsätzlich erhält nur die mit dem Versicherten verheiratete Lebenspartnerin eine Witwenrente.

Diese Abhängigkeiten zwischen der Sozialversicherung und der Ehe führen dazu, dass sozialversicherungsrechtliche Aspekte bei einer Scheidung zentrale Bedeutung erlangen.

II. GELTENDES RECHT

1. Eherechtliche Ausgangslage

a. Während der Ehe und bei Auflösung durch Tod

Art. 163 ZGB bestimmt, dass die Eheleute gemeinsam, ein jeder nach seinen Kräften, für den gebührenden Unterhalt der Familie zu sorgen haben. Zum gebührenden Unterhalt gehört auch eine angemessene Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenvorsorge³. Weil aber das Gesetz ausdrücklich eine Aufgabenteilung unter den Ehegatten zulässt und sich

diese während der ganzen Dauer der Ehe Unterhalt schulden, besteht kein Anspruch auf eine selbständige Altersvorsorge. Aus eherechtlicher Sicht genügt es, wenn ein Ehegatte für sich eine angemessene Altersvorsorge und für seinen Partner eine Hinterbliebenenvorsorge aufbaut⁴. Der Ehegatte, welcher während der Ehe mit seinem Arbeitserwerb für den Geldbedarf der Familie gesorgt hat, übernimmt nach seiner Pensionierung weiterhin diese Aufgabe auf Grund seiner Altersvorsorge; der andere Partner - meist die Ehefrau - ist während der Ehe somit auf keine eigene Altersvorsorge angewiesen. Stirbt der Ehemann, wird ihr Unterhalt durch die Witwenrente gesichert, welche die Pensionskasse des Mannes und die AHV ausrichten. Das ändert sich aber mit der nicht programmgemässen Auflösung der Ehe, das heisst mit der Scheidung.

b. Bei Auflösung der Ehe durch Scheidung

Güterrecht

Ogleich die Anwartschaft auf künftige Leistungen gegenüber der Sozialversicherung häufig den wesentlichsten Vermögenswert der Ehegatten darstellt, kommt eine güterrechtliche Aufteilung bei Scheidung nach herrschender Lehre und Praxis nicht in Frage⁵. Dies wurde teilweise heftig kritisiert⁶. So gerechtfertigt die Feststellung ist, dass die Nichtberücksichtigung dieser Anwartschaften bei der Scheidung die Ehefrauen benachteiligt, so unangemessen ist es, einen Ausgleich im Güterrecht zu suchen. Eine güterrechtliche Abgeltung trüge dem Umstand nicht Rechnung, dass der versicherte Ehegatte über diese Anwartschaften nicht verfügen kann, und eine güterrechtliche Aufteilung hätte bei Auflösung der Ehe durch Tod ihre Auswirkungen in einer dem Zweck der Vorsorge zuwiderlaufenden Weise. Wenn beispielsweise die Ehe durch den Tod der nicht erwerbstätigen Ehefrau aufgelöst wird, hätte das Einbeziehen der Vorsorgeanwartschaften des Ehemannes in die Errungenschaft zur Folge, dass ein Teil der Vorsorge in den Nachlass der Frau fiel. Der Witwer müsste somit seine Vorsorge mit den Erben seiner verstorbenen Frau teilen.

Überdies böte ein güterrechtlicher Ausgleich auch im Scheidungsfall nur einen sehr unvollkommenen Schutz. Die Errungenschaft jedes Ehegatten wird für die Vorschlagsteilung als Einheit betrachtet. Hat ein Ehegatte Schulden begründet, welche die Errungenschaft belasten, ist der zu teilende Vorschlag entsprechend kleiner. Ein güterrechtlicher Ausgleich hätte somit zur Folge, dass die Vorsorgeanwartschaft nicht zu teilen wäre, wenn diese zwar bedeutend ist, der entsprechende Ehegatte aber auch entsprechend viele Schulden hat. Zudem können die Ehegatten mit einem Ehevertrag von der gesetzlichen Vorschlags-

teilung abweichen; vereinbaren sie Gütertrennung, so ist überhaupt nichts zu teilen.

Scheidungsrechtlicher Ausgleich

Ein Ausgleich findet im geltenden Recht demgegenüber über die typisch scheidungsrechtlichen Entschädigungs- und Unterhaltsansprüche statt⁷. Der Verlust des Anspruchs auf Unterhalt im Alter gegenüber dem andern Ehegatten ist auf Grund von Art. 151 Abs. 1 oder Art. 152 ZGB auszugleichen. Dieser Ausgleich ist allerdings an zwei wesentliche rechtliche Schranken und eine tatsächliche gebunden:

1. Ansprüche nach Art. 151 und 152 ZGB kann nur der unschuldige Ehegatte erheben⁸. Auch wenn das Bundesgericht dieses Erfordernis in den letzten Jahren stark relativiert hat⁹, kann es de lege lata nicht vollständig ausser Acht gelassen werden. Das Bedürfnis einer angemessenen Altersvorsorge besteht aber für die während der Ehe nur beschränkt erwerbstätige geschiedene Frau unabhängig von ihrem Scheidungsverschulden.

2. Ob überhaupt Ansprüche nach Art. 151 f. ZGB bestehen, hängt von den tatsächlichen Verhältnissen des konkreten Falls ab. Dem wirtschaftlich schwächeren Ehegatten - in der Regel der Frau - soll mit diesen Ansprüchen auch nach der Scheidung ein angemessener Unterhalt gesichert werden, soweit die Geschiedene nicht in der Lage ist beziehungsweise ihr nicht zugemutet werden kann, selber für diesen zu sorgen. Daraus ergeben sich nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung folgende Differenzierungen:

- Als "angemessene" Lebenshaltung wird nach *kurzer Ehedauer* die Lebenshaltung angesehen, welche die Frau hätte, wenn die Ehe nie geschlossen worden wäre. Es wird somit bei den vorehelichen Verhältnissen angeknüpft¹⁰. Hat die Ehe *lange* gedauert, so hat die Ehefrau grundsätzlich Anspruch auf die Lebenshaltung, die sie bei Fortbestand der Ehe gehabt hätte¹¹.

- Ob Kinder der Ehe entsprossen sind oder nicht, hat demgegenüber nur eine untergeordnete Bedeutung. Namentlich bleibt unberücksichtigt, ob die Ehefrau wegen Kinderbetreuung oder aus anderen Gründen auf eine Erwerbstätigkeit während der Ehe ganz oder teilweise verzichtet hat. Ob minderjährige Kinder vorhanden sind, kann aber insofern die Scheidungsrente wesentlich beeinflussen, als die Zeit der nahehelichen intensiven Kinderbetreuung zur Ehedauer hinzuzurechnen ist. Trotz kurzer Ehedauer kann es sich wegen der nachfolgenden Kinderbetreuung rechtfertigen, bei

der Lebenshaltung während der Ehe anzuknüpfen, wenn Ehe und Kinderbetreuung zusammen eine lange Zeit beanspruchen¹². Einer intensiven Betreuung bedürfen die Kinder regelmässig bis zum 16. Altersjahr, wobei in der Regel bereits vorher der betreuenden Mutter die Aufnahme einer Teilzeiterwerbstätigkeit zugemutet werden kann¹³. Unter Umständen kann aber auch über das 16. Altersjahr hinaus intensive Betreuung nötig sein.

Ausgehend von der dargelegten "angemessenen" Lebenshaltung ist zu untersuchen, ob die Ehefrau diese nach der Scheidung aus eigenen Kräften finanzieren können. Dabei spielt eine wesentliche Rolle, ob es ihr möglich sein wird und zumutbar ist, sich wieder ins Erwerbsleben einzugliedern. Dies hängt von den Umständen des Einzelfalls ab¹⁴, wobei wiederum der Frage, ob Kinder zu betreuen sind, eine zentrale Rolle zukommt. Nach dem 45. Altersjahr erscheint in der Regel eine Eingliederung nicht mehr als möglich¹⁵. Wenn diese Altersgrenze erreicht ist, hat der geschiedene Ehemann grundsätzlich eine Dauerrente zu bezahlen, so dass diese auch die Altersvorsorge der Ehefrau sicherstellt.

Soweit die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben möglich ist, bleibt stets zu prüfen, ob damit die Ehefrau sich über ihre berufliche Aktivitätsdauer hinaus einen angemessenen Lebensunterhalt finanzieren können, oder ob ihre Altersvorsorge nicht mehr durch eigene Mittel begründet werden kann. Letzterenfalls hat der geschiedene Mann grundsätzlich nach Art. 151 Abs. 1 oder Art. 152 ZGB für diesen Ausfall aufzukommen. Diesen Aspekt wird leider in der Praxis der unteren Gerichte nicht immer genügend Aufmerksamkeit geschenkt.

3. Als tatsächliche Schranke bleibt schliesslich zu beachten, dass ein Ausgleich nur erfolgen kann, wenn der Ehemann in der Lage ist, ihn zu bezahlen. Dabei ist es nicht möglich, vorzeitig auf das Vorsorgekapital zurückzugreifen. Da die meisten Eheleute für eine Kapitalleistung nicht über genügend Vermögen verfügen, kann ein Ausgleich in der Regel nur dadurch bewirkt werden, dass eine (lebenslängliche oder zeitlich befristete) Scheidungsrente etwas höher angesetzt wird, als dies zur Deckung des laufenden Unterhalts nötig wäre¹⁶. Auch diese Lösung ist aber an die Voraussetzung gebunden, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse des Ehemannes die Ausrichtung einer höheren Rente erlauben. Zudem hat jede Dauerrente den Nachteil, dass die Partner weiterhin miteinander verbunden bleiben, was dem Zweck der Scheidung widerspricht.

2. Ausgestaltung der Sozialversicherung

a. Die Erste Säule der Altersvorsorge

Die folgenden Überlegungen betreffen nur die *Altersrenten*, nicht berücksichtigt werden die *Hinterbliebenenrenten*, da diese einer Witwe grundsätzlich¹⁷ nur zwischen dem 45. und dem 62. Altersjahr zustehen. Mit Entstehung des Anspruchs auf eine Altersrente geht der Anspruch auf eine Witwenrente unter.

Obleich die eidgenössische AHV nicht nur die erwerbstätige Bevölkerung erfasst, ist der Zusammenhang mit dem Erwerbseinkommen bedeutend. Die Höhe der Altersrente bemisst sich nach dem durchschnittlichen Einkommen der versicherten Person¹⁸, wobei die maximale Rente den doppelten Betrag der minimalen ausmacht¹⁹. Der nicht oder nicht vollständig erwerbstätige Ehegatte ist wegen der Rentenberechnung in der AHV benachteiligt.

Solange die hanhaltführende und/oder kinderbetreuende Frau verheiratet ist, wirkt sich dieser Umstand allerdings wegen der zivilstandsabhängigen Ausgestaltung der AHV nur beschränkt aus. Sobald beide Ehegatten das Rentenalter erreicht haben, wird eine Ehepaaraltersrente ausgerichtet, deren Höhe sich nach den Beiträgen beider Ehegatten richtet²⁰, aber nur das Anderthalbfache, nicht das Doppelte einer einfachen Altersrente beträgt.

Mit Bezug auf die einfache Altersrente der Frau besteht zudem der Vorteil, dass die Ehejahre als Beitragsjahre zählen, ohne dass ein Beitrag geschuldet ist, und dass für die Durchschnittsberechnung die Ehejahre ausgeklammert werden können, wenn dies eine höhere Rente ergibt. Die so errechnete Rente wird in der Regel der betagten Ehefrau genügen, da diese gleichzeitig einen Anspruch auf Unterhalt gegenüber ihrem (noch nicht betagten) Ehemann hat²¹.

Wird die betagte Frau Witwe, so stellt sie sich in der AHV insofern relativ gut, als sich ihre Altersrente auf den Grundlagen der Ehepaaraltersrente berechnet²², so dass sie von den Beiträgen des verstorbenen Ehemannes voll profitiert.

Anders sieht es nun aber aus, wenn die Ehe geschieden wird. Die Altersrente einer geschiedenen Person berechnet sich grundsätzlich nur auf der Basis ihrer eigenen Beiträge. Eine Einschränkung erfährt dieser Grundsatz allerdings, wenn der geschiedene Mann stirbt. Danach erhält die geschiedene Frau unter bestimmten, restriktiven und wenig sachgemässen Voraussetzungen eine Altersrente auf der Grundlage der Beiträge des Verstorbenen²³. Bis zum Tode des geschiedenen Mannes entsteht somit wegen der ehebdingten Einschränkung in der Erwerbstätigkeit eine

Versorgungslücke, die gegebenenfalls scheidungsrechtlich auszugleichen ist²⁴.

b. Die Zweite Säule der Altersvorsorge

Im Gegensatz zur eidgenössischen AHV/IV erfasst die berufliche Vorsorge ausschliesslich die erwerbstätige Bevölkerung²⁵. Überdies greift sie nur von einem bestimmten minimalen Einkommen an²⁶. Insofern wirkt sich die Aufgabenteilung in der Ehe bei dieser Sozialversicherung in ganz besonderer Masse aus.

Von der Ersten Säule unterscheidet sich die berufliche Vorsorge zudem darin, dass sie grundsätzlich zivilstandsunabhängig ist. Ledige, Verheiratete, Geschiedene und Verwitwete erhalten grundsätzlich die gleiche Altersrente, die ausschliesslich auf Grund der eigenen Beiträge (beziehungsweise jener des Arbeitgebers) berechnet wird. Eine Scheidung verändert deshalb auch nicht die Ansprüche gegenüber der Pensionskasse.

Die nicht (oder nur in bescheidenem Rahmen) erwerbstätige Ehefrau hat deshalb keinerlei berufliche Altersvorsorge. Die berufliche Altersvorsorge des Ehemannes wirkt sich aber insofern aus, als sie den erwerbstätigen Ehemann nach seiner Pensionierung besser stellt, was es ihm erlaubt, weiterhin für den Geldbedarf der Familie und damit auch der hausführenden Ehefrau aufzukommen. Insofern beruht die Altersvorsorge der Hausfrau ausschliesslich auf dem eherechtlichen Unterhaltsanspruch²⁷.

Stirbt der Ehemann, so ist die betagte Witwe relativ gut gestellt, weil sie einen Anspruch auf Hinterlassenenleistung gegenüber der Pensionskasse des verstorbenen Mannes hat²⁸. Ist die Witwe selber erwerbstätig gewesen, so kann neben die Witwenrente der Pensionskasse des Ehemannes eine Altersrente der eigenen Pensionskasse treten.

Da die nicht erwerbstätige Ehefrau keinerlei Ansprüche aus beruflicher Vorsorge hat und ihre ganze, die Erste Säule übersteigende Altersvorsorge ausschliesslich durch den ehelichen Unterhaltsanspruch abzudecken ist, wirkt sich in diesem Bereich die Scheidung wirtschaftlich besonders stark aus. Der Ausgleich ist nur nach Art. 151 und 152 ZGB möglich, in dem der erwerbstätige Ehegatte - in der Regel der Mann - dem nicht erwerbstätigen - in der Regel der Frau - eine Scheidungsrente oder eine Kapitalabfindung bezahlt. Daran ändert sich auch mit dem Tod des geschiedenen Mannes nichts Grundsätzliches. Wohl sieht auch die berufliche Vorsorge eine Witwenrente für die geschiedene Frau vor; die Voraussetzungen sind aber so ausgestaltet, dass diese Witwenrente nur den durch den Tod des

Mannes bedingten Wegfall der scheidungsrechtlichen Leistungen ausgleicht²⁹. Es besteht keine Möglichkeit, aus der beruflichen Altersvorsorge des Mannes nach dessen Tod für die geschiedene Frau eine Altersvorsorge im Rahmen der eigenen Erwerbstätigkeit aufzubauen.

3. Folgerungen

Trotz ausgebauter Sozialversicherung bietet die Ehe noch immer für Frauen eine wesentliche Altersvorsorge. Der eherechtliche Unterhaltsanspruch ist für die nicht erwerbstätige Ehefrau im Alter von zentraler, für die erwerbstätige in Anbetracht der nach wie vor im Vergleich zum Einkommen der Männer niedrigeren Löhne der Frauen von grosser Bedeutung. Eine Scheidung stellt diese Altersvorsorge regelmässig in Frage. Die Ehe erweist sich damit als goldene Fessel.

Die während der Ehe nur beschränkt oder gar nicht erwerbstätige Ehefrau sieht sich mit der Scheidung häufig genötigt, wieder ins Erwerbsleben einzusteigen. Die Statistiken zeigen, dass nur in etwas mehr als 50 % der Scheidungen überhaupt eine Leistung nach Art. 151 f. ZGB zugesprochen wird³⁰. Wie hoch diese Leistungen sind und ob sie überhaupt ausgerichtet werden, besagt die gesamtschweizerische Statistik nicht. Die Mehrzahl der Frauen ist somit genötigt, nach der Scheidung einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Wollen sie im Alter die Erwerbseinbusse angemessen durch Altersleistungen der Sozialversicherung ausgleichen können, bedürfen sie erheblicher Geldmittel, um sich in der beruflichen Vorsorge einkaufen zu können. Der Ehemann wird in der Scheidung in der Regel nicht in der Lage sein, diese Mittel aufzubringen. Die geltende Rechtslage ist damit äusserst unbefriedigend.

III. MÖGLICHE AUSGESTALTUNG DE LEGE FERENDA

1. Gesetzgeberisches Ziel

Im Rahmen der anstehenden Revisionen des Sozialversicherungsrechts und des Scheidungsrechts muss eine Regelung gefunden werden, die bei einer Scheidung die von beiden Parteien individuell aufgebauten Vorsorgeanwartschaften ausgleicht.

Soweit diese Anwartschaften ungleich sind, weil ein Partner während der Ehe die Erwerbstätigkeit zu Gunsten einer häuslichen Tätigkeit aufgegeben hat, ist die Rechtfertigung eines Ausgleichs offensichtlich: Das Fehlen einer eigenen Altersvorsorge ist die direkte Folge der Ehe, nicht erst der Scheidung. Der

Ausgleich stellt eine Nachwirkung der Ehe dar. Ein Versorgungsausgleich lässt sich aber ohne weiteres auch rechtfertigen, wenn beide Ehegatten während der Ehe voll erwerbstätig gewesen sind, sich aber ihre Einkommen stark unterschieden haben. Diesfalls hat zwar auch die in der Regel wirtschaftlich schlechter verdienende Ehefrau eine Altersvorsorge, wie wenn sie sich nie verheiratet hätte. Die Vorstellung der Ehe als Schicksalsgemeinschaft rechtfertigt es aber, die Ehefrau an der besseren Lebenshaltung des Ehemannes nicht nur während der Ehe, sondern auch nach einer Scheidung teilhaben zu lassen. Soweit die Altersvorsorge während der Ehe aufgebaut worden ist, wird sie von diesem Gemeinschaftsgedanken ebenso erfasst, wie das während der Ehe ersparte und nach Güterrecht zu teilende Vermögen.

Um diesen Ausgleich zu bewirken, müssen die vorn für das geltende Recht beschriebenen beiden rechtlichen und die tatsächliche Schranke für einen Ausgleich beseitigt werden. Es muss ein Ausgleich vorgesehen werden, der

- verschuldensunabhängig ausgerichtet wird,
- auch zu leisten ist, wenn sowohl während der Ehe als auch nach der Scheidung beide Ehegatten wirtschaftlich unabhängig sind, und
- tatsächlich bezahlt werden kann.

2. Folgerungen für das Scheidungsrecht

Das Scheidungsrecht muss einen Anspruch auf Ausgleich der vorsorgerechtlichen Anwartschaften in der Scheidung vorsehen. Dieser Anspruch sollte verschuldensunabhängig sein. Da eine allgemeine Alters- und Invalidenvorsorge im öffentlichen Interesse liegt³¹, darf m.E. auch keine Härteklausele vorgesehen werden. Selbst wenn der den Anspruch erhebende Ehegatte allein am Scheitern der Ehe und damit an der Scheidung schuldig sein sollte, muss ihm dieser Ausgleich zustehen, wie dies auch für die Vorschlagsbeteiligung gilt.

Vom Zweck der gesicherten Altersvorsorge her sollte der Ausgleich unabhängig von den übrigen Ansprüchen erfolgen. Auch der über eigenes Vermögen verfügende Ehegatte sollte den Ausgleich beanspruchen können. Insofern darf der Anspruch nicht mit dem nahehelichen Unterhaltsanspruch verknüpft werden.

Wie beim nahehelichen Unterhalt darf es aber beim Versorgungsausgleich nicht zulässig sein, im voraus auf den Anspruch zu verzichten. Anders kann es sich im Zeitpunkt der Scheidung verhalten. Zu diesem Zeitpunkt überblicken die Ehegatten ihre künftigen

wirtschaftlichen Verhältnisse. Schon wegen dieses zwingenden Charakters sollte der Ausgleich keinesfalls über das Güterrecht gesucht werden. Dieses kann ehevertraglich abgeändert werden. In internationalen Verhältnissen braucht sich das Güterrecht zudem nicht nach dem gleichen Recht zu richten wie die Scheidung selber³². Schliesslich hätte aber eine Anknüpfung beim Güterrecht die fatale Folge, dass der Ausgleich auch stattfinden müsste, wenn der Güterstand aus einem andern Grund als der Scheidung aufgehoben wird, namentlich durch Tod. Das könnte dazu führen, dass der überlebende Ehegatte unter Umständen einen Teil seiner eigenen Altersvorsorge an die Erben des verstorbenen abgeben müsste.

3. Folgerungen für das Sozialversicherungsrecht

a. Grundsatz

Das Scheidungsrecht regelt Ansprüche zwischen den Ehegatten. Ein Anspruch auf Versorgungsausgleich bei Scheidung hat aber nur dann einen Sinn, wenn der Leistungspflichtige diese Leistungen auch erbringen kann. Dies ist nur sichergestellt, wenn der Pflichtige für diesen Zweck auch über seine vorsorgerechtliche Anwartschaft verfügen kann. Deshalb sind auch die Träger der Sozialversicherung in die Regelung einzubeziehen. Eine angemessene Lösung kann das Scheidungsrecht nicht alleine sondern nur zusammen mit dem Sozialversicherungsrecht bieten. Dieses ist deshalb in die Revision einzubeziehen.

b. Erste Säule der Altersvorsorge

Die eidgenössische AHV/IV soll das Existenzminimum sichern. Von diesem Gedanken her sollte die Lösung in der ersten Säule den wirtschaftlich schwächeren Ehegatten besser stellen, ohne den wirtschaftlich stärkeren in seinen Ansprüchen zu schmälern. Der Ausgleich kann somit nicht zwischen den Ehegatten stattfinden, sondern das Versorgungsdefizit der geschiedenen Frau muss von der Gesellschaft getragen werden.

1. Diesen Weg schlägt der Bundesrat mit der 10. AHV-Revision vor. Bei der Berechnung der einfachen Altersrente einer geschiedenen Person soll für die Ehejahre auf die Beiträge des anderen Partners abgestellt werden, sofern dies zu einer höheren Rente führt³³. Beide Ehegatten können somit von den höheren Beiträgen des einen Ehegatten profitieren.

Dieser Vorschlag löst das Problem weitestgehend. Zu berücksichtigen bleibt allerdings, dass viele Frauen nach der Scheidung weiterhin gar nicht oder nur beschränkt einer Erwerbstätigkeit

nachgehen, weil sie noch Kinder zu betreuen haben. Sie werden dann regelmässig Unterhaltsbeiträge des geschiedenen Mannes erhalten. Auf diesen bezahlen sie aber nur beschränkt AHV-Beiträge, so dass sich diese praktisch nicht rentenbildend auswirken³⁴. Hier wäre gegebenenfalls als flankierende Massnahme die Beitragspflicht zu erweitern. Allerdings wäre auch zu prüfen, ob sich die geltende Regelung bezüglich der Beiträge auf Renten auch real negativ auswirkt. Erhebliche Scheidungsrenten werden in erster Linie in wirtschaftlich gehobenen Verhältnissen ausgerichtet. Dort ist aber der Aufbau einer ausreichenden AHV-Altersrente unter Umständen schon aufgrund der Berücksichtigung der Beiträge des Ehemannes während der Ehe möglich. In sehr bescheidenen Verhältnissen bleibt ebenfalls zu berücksichtigen, dass bei voller Beitragsdauer in jedem Fall die Minimalrente gesichert ist.

Keine befriedigende Lösung bietet allerdings diese Regelung bei den sogenannten "WechslerInnen". Reduzieren während der Ehe nämlich beide Ehegatten ihre Erwerbstätigkeit, sei es dass beide nur Teilzeit erwerbstätig sind oder dass sie abwechselungsweise ganz erwerbstätig bzw. gar nicht erwerbstätig sind, so führt die Berücksichtigung der Beiträge des Partners statt der eigenen während der Ehe in der Regel nicht zu einer wesentlich höheren Rente. Ob hier flankierende Massnahmen nötig sind, müsste anhand der Statistiken geprüft werden. Eine entsprechende Aufgabenteilung in der Ehe dürfte in erster Linie in wirtschaftlich relativ gehobenen Verhältnissen stattfinden. Dort wirken sich aber unter Umständen wegen der Begrenzung der AHV-Renten die niedrigeren Beiträge gar nicht aus.

2. In der parlamentarischen Beratung wird zur Zeit die Möglichkeit eines sogenannten Splittings geprüft. Dabei soll grundsätzlich jede Person unabhängig von ihrem Zivilstand Anspruch auf eine eigene Alters-Rente haben. Die Zivilstandsunabhängigkeit löst allerdings das typisch scheidungsrechtliche Problem noch nicht; dieses hängt nicht mit der Zivilstandsabhängigkeit, sondern mit der Aufgabenteilung in der Ehe und der sozialversicherungsrechtlichen Anknüpfung bei der Erwerbstätigkeit zusammen. Um die hier behandelten Fragen angemessen zu lösen, müssten wiederum in der einen oder anderen Weise entweder die Beiträge eines Ehegatten auch dem andern gutgeschrieben oder wenigstens massive Betreuungszuschläge vorgesehen werden. Die Schwierigkeit bei diesen Lösungen liegt allerdings stets darin, dass sie Gefahr laufen, die in ungetrennter Ehe lebenden gut verdienenden Ehegatten übermässig zu begünstigen. Es wird sich weisen müssen, ob hier ein Ausgleich gefunden werden kann.

c. Zweite Säule der Altersvorsorge

Die Zweite Säule hat die Aufgabe, über die Existenzsicherung hinaus die bisherige Lebenshaltung im Alter weiterhin zu ermöglichen. Von daher rechtfertigt es sich hier, die während der Ehe vom Erwerbstätigen aufgebaute Anwartschaft bei der Scheidung zu teilen.

Dies ist technisch relativ einfach möglich. Es kann bei den Freizügigkeitsleistungen angeknüpft werden, die ausgerichtet werden, wenn ein Arbeitnehmer seinen Arbeitsplatz verlässt. Bei Scheidung ist auszurechnen, um welchen Betrag während der Ehe der Freizügigkeitsanspruch eines Ehegatten zugenommen hat, und dieser Betrag ist zu teilen. Der während der Ehe weniger verdienende Ehegatte - in der Regel die Ehefrau - erhält damit gegen die Pensionskasse des andern einen Freizügigkeitsanspruch. Damit kann sie eine eigene Altersvorsorge aufbauen, bzw. eine bestehende aufbessern. Als Freizügigkeitsleistung kann nicht frei darüber verfügt werden. Es handelt sich um gebundenes Kapital, das nur für die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenvorsorge eingesetzt werden kann. Die Übertragung hat allerdings zur Folge, dass das Alterskapital des leistungspflichtigen Ehegatten - in der Regel des Ehemannes - kleiner wird. Dadurch wird auch seine Altersrente dereinst kleiner sein. Es muss sichergestellt werden, dass er sein Alterskapital wieder aufstocken kann, sofern dies seine finanziellen Mittel erlauben und er es wünscht.

Die Rechnung ist selbstverständlich für die Pensionskassenansprüche beider Ehegatten vorzunehmen, wenn beide erwerbstätig gewesen sind. Zu übertragen ist nur der Saldo, der sich zu Gunsten des einen oder andern Ehegatten ergibt³⁵.

Mit der Einführung der Scheidung als neuem Freizügigkeitsfall, wird es ermöglicht, die Anwartschaften der Zweiten Säule zwischen den Ehegatten aufzuteilen. Die entsprechenden Werte werden verfügbar, was bis anhin nicht der Fall ist³⁶.

Diese Lösung bewirkt, dass ein durch die Aufgabenteilung bedingter Unterbruch in der Erwerbstätigkeit der Ehefrau sich auf ihre Altersvorsorge nicht mehr auswirkt. Voraussetzung ist freilich, dass die Aufgabe der Erwerbstätigkeit bei Heirat für die Frauen nicht mehr zur Barauszahlung des vor der Heirat erworbenen Alterskapitals führen darf³⁷. Die genannte Aufteilung ist allerdings dann nicht mehr möglich, wenn ein Ehegatte bereits das Pensionsalter erreicht hat oder eine Invalidenrente bezieht. Die Jahresrente wird in Prozenten des Alterskapitals errechnet. Nach dieser Umrechnung kann von den versicherungsmathematischen Grundlagen her nicht mehr ein Teil des Alterskapitals herausge-

brochen werden. Hier kann ein Ausgleich nach wie vor nur durch einen Anspruch des einen Ehegatten gegenüber dem andern auf eine Rente oder - falls möglich - auf eine Kapitalabfindung stattfinden.

IV. GESETZGEBERISCHES VORGEHEN

Mit Bezug auf die Erste Säule lässt sich eine Lösung ohne weiteres im Rahmen der 10. AHV-Revision verwirklichen. Mit einer angemessenen Besserstellung der geschiedenen Personen in der AHV und der IV entfällt die Notwendigkeit, die entsprechenden Leistungen zwischen den Ehegatten auszugleichen. Insoweit genügt eine Revision des Sozialversicherungsrechts.

Auch im Bereich der Zweiten Säule sollte relativ rasch eine wesentliche Verbesserung der Rechtslage möglich sein. Es ist zu fordern, dass in das geplante Gesetz über die Freizügigkeit die Scheidung im genannten Sinn als Freizügigkeitsfall vorgesehen wird. Bis zur Revision des Scheidungsrechts könnte dann der Zivilrichter aufgrund der Art. 151 und 152 ZGB eine Aufteilung der Anwartschaften gegenüber der Pensionskasse anordnen.

Mit der Revision des Scheidungsrechts ist sodann dieser Anspruch zu verselbständigen und vollständig verschuldensunabhängig auszugestalten.

Anmerkungen

- 1 Art. 163 - 165 ZGB
- 2 Art. 151 Abs. 1 und 152 ZGB
- 3 So zum alten Recht schon LEMP, Berner Kommentar, N. 23 zu Art. 160 ZGB; neu ergibt sich dies nun auch aus Art. 164 Abs. 2 ZGB
- 4 HAUSHEER/REUSSER/GEISER, Kommentar zum Ehe-recht, Bern 1988, N. 19 zu Art. 163 ZGB; LEUZINGER-NAEF, Ausgleich der beruflichen Vorsorge bei Scheidung, plädoyer Nr. 2/1989, S. 42; GEISER, Die Auswirkungen der AHV und der beruflichen Vorsorge auf die Scheidung, de lege lata et ferenda, recht 1991, S. 3.
- 5 HAUSHEER/GEISER, Güterrechtliche Sonderprobleme, in: Hausheer (Hrsg.), Vom alten zum neuen Ehe-recht, S. 101; KOLLER, Die Eidgen. AHV im Verhältnis zum Schweizerischen Ehe-recht, Diss. Bern 1983, S. 112 ff.; DERS., Neues Ehe-recht und Versicherungen, SVZ 1988, S. 100; HAUSHEER/REUSSER/GEISER, Berner Kommentar 1992, N. 55 zu Art. 197 ZGB
- 6 Vgl. PIOTET, Die Errungenschaftsbeteiligung nach schweizerischem Ehegüterrecht, Bern 1987, S. 126 ff.; DERS., L'assurance-vie, la prévoyance professionnelle, l'AVS et l'AI dans les régimes matrimoniaux de l'union des biens et de la participation aux acquêts, ZBGR 69, S. 80 ff.; DERS., Assurance-vie, prévoyance professionnelle et AVS dans la participation aux acquêts, JdT 1990 I, S. 622 ff.; zur Auseinander-
- setzung vgl. auch HAUSHEER/GEISER, Anwartschaften gegenüber Pensionskassen und eheliches Güterrecht, SJZ 82, S. 365 ff.
- 7 Vgl. BGE 110 II 227; 115 II 13; 116 II 102 f.; BGE v. 31. Oktober 1991 (zu Art. 153 ZGB)
- 8 Der Anspruch nach Art. 151 ZGB setzt zudem ein Scheidungsverschulden des Pflichtigen voraus.
- 9 Vgl. HAUSHEER, Neuere Tendenzen der bundesgerichtlichen Rechtsprechung im Bereiche der Ehescheidung, ZBJV 122 (1986), S. 63 ff.
- 10 BGE 109 II 186
- 11 BGE 110 II 227
- 12 Vgl. BGE 115 II 9 f.
- 13 BGE 115 II 431 f.
- 14 Gesundheit, Ausbildungsgrad, wirtschaftliche Gegebenheiten
- 15 BGE 115 II 11 f.; anders verhält es sich, wenn die Ehefrau in diesem Alter bereits eine (Teilzeit-) Erwerbstätigkeit ausübt und diese ausbaubar ist.
- 16 Vgl. GEISER, recht 1991, S. 8 f.
- 17 Ausnahmen bestehen, wenn einer betagten Frau ausnahmsweise keine Altersrente zusteht.
- 18 Art. 30 AHVG [SR 831.10]
- 19 Art. 34 Abs. 3 AHVG
- 20 Art. 32 Abs. 1 und 2 AHVG
- 21 Art. 163 ZGB
- 22 Art. 31 Abs. 2 und Art. 33 Abs. 3 AHVG
- 23 Art. 31 Abs. 3 und 4, teilweise in Verbindung mit Art. 23 Abs. 1 und 2 AHVG
- 24 Art. 151 f. ZGB; vgl. vorn unter II.1.b.
- 25 Art. 2 bis 4 BVG [SR 831.40]
- 26 Art. 7 BVG
- 27 Art. 163 f. ZGB
- 28 Voraussetzung ist nur, dass die Witwe für den Unterhalt von mindestens einem Kind aufkommen muss oder das 45. Alters-jahr zurückgelegt hat und die Ehe fünf Jahre gedauert hat; Art. 19 Abs. 1 BVG
- 29 Art. 19 Abs. 3 BVG und Art. 20 BVGV2 [SR 831.441.1]; zur Auslegung dieser Bestimmung vgl. GEISER, recht 1991, S. 2 f.; LOCHER, Nahtstellen zwischen Scheidungs- und Sozialversicherungsrecht, ZBJV 1991, S. 367 f.
- 30 Gesamtzahl der Scheidungen 1989: 12'720. Davon 6'655 mit Leistungen nach Art. 151 f. ZGB.
- 31 Ohne öffentliches Interesse liesse sich ein Obligatorium der Altersvorsorge nicht begründen.
- 32 Gemäss Art. 63 Abs. 3 IPRG [SR 291] kann bei der Scheidung das Güterrecht sich nach einem andern Recht richten als die Scheidung selber. Demgegenüber folgt der nacheheliche Unterhalt dem auf die Scheidung anwendbaren Recht; wohl knüpft Art. 63 Abs. 3 IPRG auch diesen selbständig an, in dem er auf Art. 49 IPRG verweist. Art. 49 IPRG verweist aber seinerseits wieder auf das Haager Übereinkommen vom 2. Oktober 1973 über das auf die Unterhaltspflichten anzuwendende Recht [SR 0.211.213.01]. Art. 8 dieses Abkommens verweist dann aber wieder auf das für die Scheidung anwendbare Recht, so dass der Unterhalt schliesslich doch nicht selbständig angeknüpft wird.
- 33 Vgl. BBl 1990 II 41 f. und 158; zur Entstehung dieses Vorschlags vgl. GEISER, recht 1991, S. 9 f.

34 Ist die Frau gleichzeitig erwerbstätig, so hat sie auf ihrem Erwerbseinkommen Beiträge zu entrichten, und die Scheidungsrente bleibt ausser Betracht; hat sie nur Renteneinkommen, ist sie als nicht Erwerbstätige beitragspflichtig, wobei sich die Beiträge aufgrund des niedrigeren Rentensatzes berechnen (Art. 10 AHVG und Art. 28 AHVV [SR 831.101]).

35 Zur Ausgestaltung im Einzelnen vgl. GEISER, recht 1991, S. 10f.

36 Vgl. vorn unter II.1.b.

37 Art. 30 Abs. 2 BVG; Art. 331c Abs. 4 Bst. b Ziff. 3 OR

Aus: "Hannah Höch 1889-1987. Ihr Werk - Ihr Leben - Ihre Freunde". Ausstellungskatalog der Berlinischen Galerie, Argon Verlag GmbH, Berlin. 1989.



Hannah Höch, Bürgerliches Brautpaar, 1920.
Aquarell, 39 x 50,7 cm, Privatbesitz

LA MEDIATION FAMILIALE : UN MEILLEUR DIVORCE, MAIS A QUEL PRIX POUR LES FEMMES ?

par Laura Cardia-Vonèche et Benoit Bastard

Cet exposé se propose d'analyser les risques (comme les avantages éventuels) qui résultent, pour les femmes, du recours à la médiation familiale au moment du divorce. La médiation familiale, en effet, selon les critiques féministes, place les femmes dans une position d'infériorité dans la négociation des conséquences du divorce. On examinera donc ici la question de savoir si les femmes disposent d'atouts moindres dans le processus de médiation, soit parce qu'elles disposeraient d'aptitudes moindres à la négociation, soit parce que les ressources dont elles peuvent jouer dans ce processus ont moins de valeur que celles des hommes.

1. LA MEDIATION FAMILIALE: UN PROCESSUS INFORMEL DE PRISE DE DECISION AU MOMENT DU DIVORCE

Depuis 20 ans, on assiste à un accroissement du nombre des divorces, et à une modification des règles juridiques et des conceptions qui président à la séparation. Aujourd'hui on cherche à privilégier des solutions consensuelles aux problèmes posés par le divorce, notamment dans l'intérêt des enfants.

Deux idées forces sous-tendent cette évolution. La première est que des solutions négociées sont supérieures à des solutions imposées, parce qu'elles sont mieux adaptées et mieux appliquées. On se situe alors dans la perspective d'une responsabilisation des parents. La seconde idée est que des solutions négociées sont préférables dans les situations où les parties sont appelées à poursuivre leurs relations - les conflits du travail ou de voisinage, comme les conflits familiaux. Ces idées forces se retrouvent dans la pratique des juges du divorce, ou dans celle des avocats. Elle sont aussi à la base du développement de nouvelles pratiques professionnelles qui ont pour but d'aider les divorçants dans cette recherche d'un règlement approprié des conséquences de la rupture.

La médiation familiale en est un exemple. Elle consiste dans l'intervention d'un tiers non partisan,

sollicité par les conjoints pour les aider à trouver des solutions amiables satisfaisantes aux problèmes qui se posent à eux. La médiation, selon Joan Kelly, c'est "un processus de coopération en vue de la résolution d'un conflit, dans lequel un tiers impartial est sollicité par les protagonistes pour trouver un règlement amiable satisfaisant". Le couple en rupture s'adresse à un tiers (association ou professionnel indépendant), pour l'aider à prendre les décisions nécessitées par la séparation, qu'il s'agisse de la prise en charge de(s) l'enfant(s) ou du partage des ressources économiques et du patrimoine. La médiation familiale s'effectue dans un ensemble de rencontres entre médiateur et divorçants, au cours desquelles les problèmes qui se posent sont identifiés et autant que possible réglés.

La médiation est un processus de résolution des conflits distinct autant du processus judiciaire que de la thérapie familiale. Elle se propose de réaliser un ensemble de tâches pratiques, avec un objectif bien défini, l'élaboration de ces décisions. Elle se déroule dans un temps limité (jusqu'à huit ou dix rencontres entre les parties et le médiateur). Le médiateur cherche à rétablir le dialogue en aidant à la mise en place d'une structure d'échange. Son travail diffère de celui de l'avocat dans la mesure où il s'interdit de prendre partie pour l'un ou l'autre des conjoints. Il diffère aussi de celui du thérapeute : le dialogue engagé ne porte pas sur l'expression des sentiments mais exclusivement sur l'organisation du fonctionnement de la famille dans le présent et dans le futur. Indiquons enfin que le médiateur est neutre au sens où il est non partisan, ce qui ne signifie pas que le médiateur n'ait pas d'idées sur ce qu'est le bon fonctionnement de la famille après la séparation. C'est ainsi par exemple que la médiation cherche à donner une image positive de la rupture en la traitant sous l'angle des réorganisations qu'elle nécessite, notamment pour l'enfant (plutôt qu'en termes de dissociation ou d'éclatement de la famille). Dans cette perspective, elle cherche à promouvoir plus de partage des responsabilités parentales ou encore elle valorise les situations pluri-focales en faisant une place aux nouveaux partenaires des conjoints.

2. AVANTAGES ET INCONVENIENTS DU RECOURS A LA MEDIATION FAMILIALE - EN TANT QUE PROCESSUS INFORMEL DE RESOLUTION DES CONFLITS

Quels sont les avantages et les inconvénients du recours à une médiation par rapport à un processus judiciaire? Nous nous interrogeons ici sur ce que l'on peut gagner ou perdre en fonction du type de règlement que l'on choisit - en faisant comme si les décisions prises en médiation étaient par définition ratifiées par la justice.

a) Avantages: des décisions mieux adaptées et mieux appliquées

Les avantages sont évidents. Dès lors que l'organisation familiale pendant le mariage relève de la concertation entre les deux parents, leur permettre d'aménager les conséquences pratiques de leur rupture selon leurs désirs revient à assurer la continuité des modalités de prise en charge des enfants: les solutions préconisées par les parents eux-mêmes sont alors le reflet des situations concrètes, du point de vue pratique comme du point de vue économique. Elles tiennent compte des insertions professionnelles et familiales de chacun des conjoints.

La négociation entre les parents telle qu'elle se déroule en médiation familiale peut en outre favoriser un meilleur respect de la volonté des parents, une meilleure attention aux attentes de chacun, alors qu'un règlement imposé ne peut pas prendre en considération le fonctionnement familial d'une manière aussi spécifique. Les décisions prises en concertation sont généralement mieux respectées et sont plus flexibles. Elles peuvent être adaptées en fonction des changements de situation. Les parents ont appris à traiter les problèmes par eux-mêmes, ils sont aptes à faire face à la nouveauté sans avoir besoin de recourir à une instance extérieure pour les départager.

Colloque "...Partager les joies et les peines"

En quoi ces avantages du traitement du divorce par la médiation sont-ils particulièrement intéressants pour les femmes?

Les femmes peuvent obtenir une meilleure reconnaissance de leur travail de mère. En effet, la médiation pousse à mieux évaluer ce que coûte un enfant, et ce qu'est la contribution de chacun à son entretien et à son éducation. Autrement dit, le travail ménager et le travail d'éducatrice sont pris en compte et cela se reflète dans les décisions qui sont prises au plan des pensions alimentaires pour les enfants.

La médiation responsabilise les pères. Elle contribue au maintien des liens du père avec la famille, ce que les femmes peuvent voir positivement, aussi bien d'un point de vue éducatif que d'un point de vue économique - sur ce plan elles peuvent obtenir des contributions plus importantes, et une sécurité plus grande quant à leur versement.

b) Risques: l'abandon des garanties procédurales offertes par le système judiciaire

La prise de décision en médiation familiale comporte aussi des risques, les mêmes que ceux qui ont été depuis longtemps mis en évidence dans l'analyse des alternatives à la justice: l'abandon des garanties procédurales propres au traitement institutionnel des conflits.

En effet, le processus judiciaire est organisé de façon à empêcher certains abus qui proviennent du fait que, dans tout litige, les parties disposent de capacités de négociation inégales et d'atouts (ou de ressources) également inégaux. Il donne à chaque partie en présence la possibilité de faire assurer sa défense par une personne compétente. Il garantit en outre que la situation fera l'objet d'une analyse et d'une décision par un juge extérieur au litige.

Examinons plus précisément le processus de négociation en matière de divorce sous ce double angle des capacités de discussion des conjoints et des ressources dont ils disposent.

Des capacités de négociation inégales?

Si l'on considère les capacités de négociation en jeu dans les procédures de divorce, on peut se demander si les femmes ne sont pas désavantagées dans un processus de négociation informel en raison de leur moindre capacité à faire valoir leur point de vue. L'origine de cette relative faiblesse serait à rechercher dans leur éducation. Bien que des changements soient certainement en cours, l'éducation des filles depuis leur tendre enfance les dispose à s'orienter vers les autres et à se montrer coopératives alors que les hommes sont élevés à être autonomes et compétitifs.

La femme une fois mariée, est responsable principale du foyer et de l'éducation des enfants. Elle négocie ses atouts dans un univers domestique, reçoit reconnaissance surtout par son propre conjoint et père de ses enfants et subordonne sa vie à celle de l'homme. Ses propres besoins de maîtrise et d'accomplissement sont satisfaits indirectement par la réussite sociale et professionnelle de son mari et plus tard par celle de ses enfants. On comprend bien

que vu cette attitude de "second best" elle ne se trouve pas dans la même situation pour discuter elle-même les arrangements pratiques avec son conjoint.

Une telle interprétation peut sans doute être discutée. En effet, comment penser que celle qui a été en charge de l'organisation domestique et qui a fait prévaloir son point de vue sur cet aspect de la vie familiale ne sache pas imposer certaines décisions pour l'organisation de la famille dissociée ? Pour ce qui est de la prise en charge pratique des enfants, les femmes disposent de la compétence et du savoir, ce qui donne du poids à leurs points de vue dans le cadre d'une négociation. Elles savent ce qui est bon pour les enfants. On ne peut pas les voir comme la partie faible dans une négociation sur l'organisation pratique du quotidien, dont elles ont la maîtrise (le type même de discussion qui a lieu en médiation) ! Ce qui ne veut pas dire que les hommes soient eux-mêmes la partie faible: chacun dispose de certains atouts.

Des ressources inégales ?

Au moment du divorce, l'accès aux ressources, on le sait bien, est différencié pour les conjoints, autant qu'il l'est dans le mariage: les femmes ont un accès privilégié aux enfants, tandis que les hommes sont généralement les principaux détenteurs des ressources économiques. Par conséquent, on peut craindre que les uns ou les autres abusent de l'usage de ces ressources dans une négociation informelle.

En l'absence de la sécurité qu'offre le cadre judiciaire, il existe le risque que les femmes, qui sont principalement en charge des enfants durant le mariage, se servent de cette ressource pour limiter l'accès des pères aux enfants. Elles pourront aussi user de cette ressource notamment dans les cas où elles se sentent "victimes" de la rupture, afin d'obtenir des compensations économiques plus importantes en échange d'un élargissement du droit de visite.

Quant aux hommes - en supposant encore qu'il n'existe pas de dispositif permettant de prévenir les abus - ils peuvent faire usage de leur maîtrise des ressources économiques en essayant de limiter leur contribution à l'entretien des enfants. Dans ce but, ils peuvent même faire comme s'ils revendiquaient un accès plus large aux enfants pour ensuite négocier cet avantage contre une réduction de leur contribution économique. Ils peuvent aussi faire usage de leurs ressources économiques pour obtenir un meilleur accès aux enfants - par exemple, en menaçant de réduire leur contribution s'ils n'obtiennent pas un droit de visite plus large.

En laissant aux divorçants le soin de décider par eux-mêmes, on risque donc d'aboutir à des décisions marquées par l'inégalité des positions de pouvoir et qui portent préjudice aux intérêts des divorçants et/ou de leurs enfants pendant des années.

En quoi ces risques sont-ils particulièrement dangereux pour les femmes ? Est-ce qu'elles sont nécessairement désavantagées du fait que leurs ressources seraient de moindre valeur que celles des hommes ?

En pratique, on ne peut pas penser qu'une ressource ait par nature moins de valeur que l'autre et que les femmes sont par conséquent désavantagées. Il peut arriver qu'une ressource ait plus ou moins de valeur, selon l'étape de vie dans laquelle se trouve les divorçants, mais cela peut aussi bien bénéficier aux femmes que leur être défavorable. Par exemple, si le père se désintéresse totalement des enfants, ou encore si les enfants sont grands et déjà autonomes, la mère perd beaucoup de ses capacités de négociation. Si toutefois le père a des ressources économiques faibles, ou si la femme dispose elle-même de ressources économiques importantes, c'est le pouvoir de négociation de l'homme qui se trouve largement diminué.

En résumé, le fait de se trouver dans un processus de décision informel présente bien certains risques et autorise bien certains abus (il favorise la partie la plus capable de négocier et/ou privilégie les détenteurs de ressources), mais on ne peut pas penser que ces risques ou ces abus soient systématiquement en défaveur des femmes.

Il reste alors à se demander si la médiation familiale, telle qu'elle est pratiquée, n'est pas un processus informel d'un type particulier, et qui serait précisément préjudiciable aux femmes.

3. LA MEDIATION EST-ELLE PORTEUSE D'UN MODELE DE FONCTIONNEMENT FAMILIAL PREJUDICIALE AUX FEMMES ?

La médiation familiale est un processus de décision dans lequel le médiateur, même sans prendre partie pour l'un ou l'autre des conjoints, est porteur d'une certaine conception du fonctionnement de la famille dissociée.

Cette conception comporte deux éléments essentiels pour notre propos: l'idée que les enfants ont droit à leurs deux parents et l'idée que chacun des conjoints doit pouvoir contribuer par ses propres forces à l'entretien de l'enfant autant qu'au sien propre. Autrement dit, la médiation propose aux conjoints d'engager un processus de négociation dans lequel

l'ensemble des ressources disponibles fait l'objet d'une évaluation et d'un partage.

C'est ainsi que la médiation familiale pousse à ce que l'accès aux enfants - qui constitue la ressource principale des femmes - devienne une ressource commune du couple. La médiation ôte ainsi à la femme la possibilité d'utiliser la "ressource enfant" dans la négociation des effets du divorce sous peine de passer pour une mauvaise mère - celle qui veut limiter ou empêcher les bons rapports du père avec ses enfants.

Par ailleurs, la médiation fait comme si les ressources économiques - principalement détenues par les hommes - pouvaient faire, comme la prise en charge des enfants, l'objet d'un partage - tenant compte éventuellement des différences au plan des capacités de gain résultant de l'investissement des femmes dans le mariage. Or les ressources économiques, alors même qu'elles semblent pouvoir être l'objet d'une évaluation comptable et d'une répartition entre les conjoints, présentent, au moins pour une partie d'entre elles, la caractéristique de ne pas pouvoir être partagées. En effet, la ressource dont dispose les hommes - leurs revenus professionnels - est le résultat d'un investissement professionnel de longue durée, auquel les femmes elles-mêmes ont contribué en acceptant la division des rôles et en s'engageant prioritairement dans la sphère familiale. Cette ressource se traduit non seulement dans les gains actuels liés à la position professionnelle obtenue, mais aussi dans tout un ensemble de potentialités - évolution de carrière, avantages sociaux, retraites - difficilement comptabilisables et impossibles à transmettre. Le coût de l'éducation des enfants qui a été supporté principalement par les femmes peut certes faire l'objet d'une indemnisation et d'une compensation. Il est néanmoins impossible de restaurer les potentialités professionnelles perdues par les femmes. Quoiqu'elles fassent au moment du divorce pour travailler plus et obtenir de meilleurs gains elles ne peuvent rattraper les opportunités professionnelles inexploitées du fait de leur engagement dans le mariage - surtout si l'on pense qu'elles sont encore principalement responsables de l'éducation des enfants et qu'elles doivent de ce fait concilier vie de travail et vie familiale.

En résumé, la médiation met les ressources des conjoints sur un même plan, comme si elles n'étaient pas différentes par nature: or il est clair que les hommes peuvent aujourd'hui prétendre à une part équivalente à celles des femmes en ce qui concerne la prise en charge des enfants (même s'ils n'ont guère investi sur ce plan durant le mariage), alors que les femmes (à l'exception de celles qui ont beaucoup investi la sphère professionnelle durant le mariage) ne peuvent bénéficier de la même manière des

avantages qui découlent de l'engagement professionnel de leur conjoint.

Il y a donc le risque d'imposer en médiation un modèle de fonctionnement familial aux femmes attachées à la spécialisation des rôles familiaux - en les poussant à une autonomie économique en rupture avec leur situation dans le mariage. (En ce sens, l'avantage de la médiation de parvenir à des solutions proches des situations concrètes est évidemment annulé).

Et il y a aussi le risque de pousser à des partages "égalitaires" qui portent sur la situation concrète au jour du divorce, en faisant comme si les conjoints se trouvaient à égalité d'atouts économique. On donne à l'un le frigo, à l'autre la télévision, en considérant qu'ils ont la même valeur mais sans voir que le coût de remplacement du frigo pour celui qui ne l'a pas est radicalement différent en raison de l'inégalité des positions professionnelles des hommes et des femmes. Bref, on fait comme si chacun était également capable de pourvoir à son propre entretien et à celui des enfants lorsqu'ils sont avec lui, en gommant les inégalités qui trouvent leur source dans la structure même du mariage.

Il faut bien souligner ici que de tels "risques" ne sont pas propres à la médiation: ils existent aussi dans le processus judiciaire formel, du moins lorsque celui-ci est entièrement axé sur la recherche du consensus. Les mêmes critiques que l'on fait à la médiation ont été appliquées précédemment au traitement du divorce sous le régime du consentement mutuel (voir les travaux de Lenore Weitzmann sur l'instauration du "no-fault divorce" en Californie). Le divorce par consentement mutuel suppose que les parties s'entendent sur le partage des biens et du domicile, ainsi que sur l'exercice des responsabilités parentales.

La principale critique que l'on puisse faire à cette pratique (du consentement mutuel) c'est qu'elle fonctionne comme si, à partir de la décision de divorcer, on pouvait tout à coup "remettre les compteurs à zéro" et repartir sur des bases désormais justes et égales. Ceci d'une certaine façon, revient à annuler ce qui s'est passé au cours de la vie commune. Ainsi, pour ne prendre qu'un exemple, le "consentement mutuel" va souvent reposer sur l'octroi de responsabilités parentales équivalentes vis-à-vis des enfants alors qu'au cours du mariage c'est la mère qui a généralement assumé l'essentiel du travail de l'éducation.

(Fanny Filosof, "Le divorce: une approche féministe", Colloque "Le divorce", Université des femmes, Bruxelles, 19-20 avril 1991).

A la lumière de cette analyse, et pour en revenir à notre question de départ, on voit bien que la média-

tion familiale n'est pas un processus informel d'un type particulier qui serait en défaveur des femmes. La médiation ne fonctionne pas d'une manière différente du processus judiciaire lorsque celui-ci pousse au compromis. Le médiateur n'est pas neutre (dans le sens où il fait pression pour obtenir un règlement satisfaisant pour l'enfant), mais il en va de même du juge, qui lui aussi fait pression pour obtenir le même type de solution dans l'intérêt de l'enfant. Pas plus le système formel de prise de décision que le système informel que constitue la médiation ne garantissent la protection des intérêts de la femme de ce point de vue. Dans l'un et l'autre système, on fait comme si les investissements des femmes et ceux des hommes dans le mariage étaient de même nature.

4. CONCLUSION

Nous avons examiné la question de savoir si le processus de médiation est défavorable aux femmes, dans la mesure où celles-ci seraient la "partie faible" dans la négociation des suites du divorce. Nous avons indiqué que les femmes comme les hommes disposent de certains atouts dans cette négociation (ce qui fait qu'elle n'y sont pas forcément perdantes).

Nous avons ensuite cherché à savoir si la médiation modifie les conditions dans lesquelles les atouts des femmes sont mis en jeu dans la négociation des suites du divorce. De ce point de vue, nous avons montré que la médiation, en raison des conceptions dont elle est porteuse quant à l'organisation de l'après divorce, empêche les femmes de faire usage de la ressource que constitue leur accès privilégié aux enfants. Par ailleurs, la médiation favorise une négociation et une responsabilisation des conjoints sur le plan économique, mais, pas plus que le processus judiciaire traditionnel, elle ne peut restaurer les capacités professionnelles de la femme, dès lors qu'elles ont été préteritées par son engagement dans le mariage.

On ne peut pas imputer à la médiation le fait que les femmes sont désavantagées dès lors que l'on fait de l'autorité parentale conjointe le mode habituel de prise en charge des enfants (alors que la prise en charge commune des enfants n'est pas la règle dans le mariage), ni le fait qu'elles subissent un préjudice du fait que les décisions prises méconnaissent les inégalités entre hommes et femmes sur le marché du travail. Mais il reste que la médiation contribue à une gestion sans heurts des conflits liés au divorce, en évitant ainsi une remise en question profonde des positions des hommes et des femmes dans le mariage.

BIBLIOGRAPHIE

Sur la médiation familiale et les autres formes de médiation

Annales de Vaucresson: Les paradoxes de la médiation, N° 29, 1988/2.

BASTARD Benoit/Laura CARDIA-VONECHE: Le divorce autrement: la médiation familiale, Paris, Syros, 1990.

Le Groupe familial: La médiation dans tous ses états, n° 125, octobre-décembre 1989.

Sur la critique des alternatives à la justice

ABEL Richard L. (Ed.): The Politics of Informal Justice, New York, Academic Press, 1982.

AUERBACH J. S.: Justice Without Law? New York, Oxford University Press, 1983.

Sur les critiques féministes adressées à la médiation familiale

BOTTOMLEY Anne: "Resolving Family Disputes: A Critical View", in Michael D. FREEMAN (Ed.) The State, the Law, and the Family, London, Tavistock Publications, 1984.

FILOSOF Fanny: "Le divorce : une approche féministe", Colloque "Le divorce", Université des femmes, Bruxelles, 19-20 avril 1991.

GERARD Antonia: "Conciliation: Present and Future", in Michael Freeman (Ed.), The State, the Law, and the Family, London, Tavistock Publications, 1984.

LEITCH Laurie M.: "The Politics of Compromise: A Feminist Perspective on Mediation", Mediation Quarterly, N° 14-15, 1986-87, pp. 163-175.

RICCI Isolina: "Mediator's Notebook : Reflections on Promoting Equal Empowerment and Entitlements for Women", Journal of Divorce, Vol. 8, 3-4, 1985, pp. 49-61.

Sur les conséquences économiques du divorce et leur traitement

CARDIA-VONECHE Laura/Benoit BASTARD: Les femmes, le divorce et l'argent, Genève, Labor et Fides, 1991.

Dialogue: Argent du couple et comptes familiaux, n° 109, 1990.

WEITZMAN Lenore J.: The Divorce Revolution, New York, The Free Press, 1985.

GLEICHBERECHTIGUNG UND KINDESWOHL - EIN WIDERSPRUCH?

DIE RECHTLICHE GESTALTUNG VON GESCHLECHTER- UND ELTERNBEZIEHUNGEN BEI DER REGELUNG DES SORGERECHTS

von Jutta Bahr-Jendges

1. Zielkonflikt

Wenn die Lichter in Westeuropa nicht trügen, hat der Zeitgeist es mit sich gebracht, dass die *gemeinsame Sorge* geschiedener Eltern als *Regelfall* zumindest gewünscht ist, wo sie nicht schon eingeführt ist oder eingeführt werden soll.

Die stets als fortschrittlich hervorgehobenen Begriffe "Kindeswohl" und "Rechtsgleichheit" stehen auf dem Prüfstein. Heute berufen sich sowohl Väter als Mütter in der Regelung von Kindschaftsrechten auf "Gleichberechtigung"; allerdings in vollständig konträrer Weise. Die männliche Seite macht sich den Gleichheitsbegriff in formal egalitärer Weise zunutze, die weibliche Seite beruft sich auf substantielle Gleichberechtigung aus zu differenzierender Theorie wie Methode. Bei der Konstruktion wie Dekonstruktion eines Zielkonflikts zwischen "Gleichberechtigung" und "Kindeswohl" wird zwei Begriffen und zwei Werten verschiedenes Mass beigelegt, wo einerseits Frauen und Mütter sich derzeit auf faktische Benachteiligung berufen und im Recht differenzierte Behandlung nach tatsächlich vorgefundenen Lebenszusammenhängen fordern und andererseits Männer und Väter für sich unter Berufung auf bürgerlich-rechtstaatliche egalitäre Rechtsforderungen Rechte an Kindern einklagen. Beide Wertmassstäbe gehen in den Begriff "Kindeswohl" ein.

Die Frage des "Zielkonflikts" stellt sich aber ganz anders. Solange wir in einer Gesellschaft leben, in der Menschen unter unterschiedlichen Bedingungen leben und in der Menschen verschiedene Lebenswege gehen, wirken sich die Regeln der Gesellschaft notwendigerweise verschieden aus; solange Männer und Frauen verschiedene Lebenswege gehen und unterschiedliche Lebensbedingungen haben mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten, wirken sich Vorschriften und Gesetze notwendigerweise auf Männer und Frauen und damit auch auf

deren Kinder verschieden aus. Diese Erkenntnis ist eine wichtige Durchgangsstation für alle heutigen rechtlichen Gestaltungen und deshalb auch für die Frage der Zuordnung von Kindschaftsrechten innerhalb der Geschlechterbeziehungen. Wenn wir über die Konstruktion von Menschlichem nachdenken, uns also auch konkret über Rechte von kleinen Menschen Gedanken machen, dann müssen wir nach der Konstruktion der Lebenszusammenhänge insgesamt, der Konstruktion der Geschlechterbeziehungen, des Männlichen und des Weiblichen fragen.

Was bedeutet dies nun, wenn wir die konkreten Geschlechter- und Elternbeziehungen betrachten? Wir finden vor: weiterbestehende traditionelle Strukturen innerfamiliärer Arbeitsteilung. Wir nehmen zwar ein wachsendes männliches Interesse am Zusammenleben mit Kindern wahr, mit realen Versuchen und Möglichkeiten einzelner Väter, sich paritätisch an der allgemeinen alltäglichen Betreuung und Versorgung von Kindern zu beteiligen. Wir finden aber nur wenig entsprechendes im allgemeinen tatsächlichen Verhalten von Männern. Norm und Verhalten klaffen weit auseinander. Vielfältige Analysen weisen nach, dass die traditionellen Strukturen der innerfamiliären geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung kaum aufgebrochen werden, auch wenn Väter andere Einstellungen verbal äussern. Die Realisierung einer sog. partnerschaftlichen, insbesondere hälftigen, Teilung der familialen Arbeit für Kinder scheint nach allen Kenntnissen allenfalls 2-5% aller Eltern zu gelingen. Verstärkt gilt dies nach Trennung oder nach Scheidung. Nach einer Trennung oder Scheidung leben kleine Kinder zu über 97% bei ihren Müttern, erst bei Jugendlichen steigt der Anteil sorgeberechtigter Väter etwas an. Nach Trennung oder Scheidung der Eltern wohnen Väter überwiegend nicht mehr mit ihren Kindern zusammen und treten für sie noch stärker in den Hintergrund, als dies im familialen Zusammenleben der Fall war. Für die BRD jedenfalls gilt (und für die Schweiz wird mit Sicherheit nichts anderes gelten), dass es nahezu keinen Mann gibt, der *alleine* ein noch nicht schulpflichtiges Kind erzieht. D. h., *alle* Kleinkinder werden zum mindesten auch von einer Frau erzogen, die meisten Kinder von der Frau allein. Hinzu kommt, dass Familie als gesellschaftliche Formation sich in sehr verschiedene und flexible Lebensformen aufteilt; dass es keine eindeutigen familialen Formen des Zusammenlebens von Erwachsenen und Kindern mehr gibt, und dass sich die verschiedenen Formen

auch verschieden auf die Lebenszeit von Menschen verteilen, die in verschiedenen Phasen verschiedene Lebensweisen bevorzugen. Mit den Auswirkungen des Strukturwandels familialer Lebensformen kollidieren nun ersichtlich wachsende männliche Bedürfnisse nach Nähe zu Kindern wie männliche Forderungen nach verstärkten Rechten. Die Re-formulierung väterlicher Ansprüche dreht sich um Statusfragen, die nicht im geringsten mit einer Übernahme väterlicher Pflichten für Kinder korrelieren.¹

2. Rechtsstatus versus Realbeziehung

Wir leben mit einer historischen Hypothek, der Trennung von Obhut (Personensorge) und Legitimation (elterliche Gewalt) in Form der Rechtsbeziehungen nach aussen, im Verhältnis zu anderen BürgerInnen und dem Staat; einer Trennung also von Rechtsstatus und Realbeziehung. Die väterliche Rolle war und ist die der Rechtsbeziehung, der Er- und Bemächtigung; die mütterliche Rolle die der Obhut und Sorge als gegebenenfalls Verrechtlichung einer tatsächlichen Beziehung.

Viel deutlicher als in unserem BGB tritt dies klar zutage in Art. 252 ZGB als fortwährender Trennung zwischen *Rechtsbeziehung* und höchstens verrechtlichter *Realbeziehung*, wonach das Kindesverhältnis zwischen Kind und Vater erst durch ein weiteres *Rechtsverhältnis*, nämlich die Ehe, begründet oder richterlich festgestellt wird, während es zwischen Kind und Mutter mit der Geburt entsteht.

Gesetzliche Regelungen über elterliche Gewalt sind seit Beginn des 20. Jahrhunderts Gegenstand von Veränderung in Rechtstheorie, Rechtsetzung, parlamentarischen Entscheidungen, politischem Kampf und Rechtspraxis. Mit einigen Differenzierungen war zunächst einheitlich in den westlichen Ländern bzw. der nördlichen Hemisphäre, dass die Grundlage des elterlichen Rechts die väterliche Gewalt war, auch wenn *das Gesetz* dies elterliche Gewalt nannte. Eine der väterlichen Gewalt grundsätzlich entsprechende mütterliche Gewalt war den Zivilrechtsgesetzgebungen der Länder bekanntlich ebenso fremd wie die Beziehung der "Personensorge" allein für den Vater. Elterliche Gewalt war väterliche Entscheidungsbezugnis, Personensorge oder Obhut war weibliche Rollenzuweisung an die Mutter.

Das Gesetz stellte entsprechend auch für den Fall der Scheidung klar, dass das Recht des Vaters zur Vertretung des Kindes im Rechtsverkehr unberührt blieb, auch wenn die Mutter die Personensorge bei der Scheidung erhielt (Personensorge als das, was in Ihrem Rechtskreis Obhut genannt wird). Unter der Benennung des Zielkonflikts mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung kam diese Aufspaltung der vä-

terlichen männlichen Gewalt und der mütterlichen Sorge und Obhut zunächst nach dem 2. Weltkrieg tatsächlich zur Auflösung. Das Recht passte sich zu diesem Zeitpunkt der Wirklichkeit an, als Frauen und Mütter elterliche Gewaltfunktion und mütterliche Obhut vereinten. Es ergab sich eine tatsächliche substantielle oder auch qualitative Rechtsgleichheit der Frauen. Dieser Zeitraum währte aber nur kurz. In weit grösserem und schnellerem Masse, als Frauen unter Berufung auf Gleichberechtigungspostulate (des Art. 3 Abs. 2 und 3 GG der BRD) Abbau von Diskriminierung in jeglichem Rechtsbereich forderten, durch die sie in ihren tatsächlichen Lebensbeziehungen eingeschränkt waren (Arbeit, Politik und Familie), forderten nun Männer und Väter in geradezu atemberaubendem Tempo unter Berufung auf die Gleichheit Gleichbehandlung, hier Gleichbehandlung in einem *Rechtsverhältnis*, unter Benennung eines *Rechtsbegriffs*, der nun zunehmend zu einem politischen Kampfbegriff wurde, nämlich dem "*Kindeswohl*". Von der Realbeziehung weit entfernt, dient dieser Begriff wiederum zur Konstruktion eines Status. Unter Berufung auf Verfassungsrecht, auf Menschenrechte (Art. 8 I MRK), auf EG-Recht (z.B. Richtlinie des Ministerausschusses des Europarates Nr. R (84) 4) wird für Gleichbehandlung von Männern und Frauen plädiert und Abbau von Väterdiskriminierung gefordert. Dabei beruft Mann sich wohlweislich auf verfassungsgerichtliche Rechtsprechung zum Gleichberechtigungsgrundsatz nur in Hinsicht auf Differenzierungsverbot - als das Verbot der Anknüpfung an das Merkmal "Geschlecht" bei der Festsetzung unterschiedlicher Rechtsfolgen -, nicht aber auf die ebenso vorliegenden verfassungsgerichtlichen Hinweise auf Differenzierungsgebote aus materiellem Gleichberechtigungsverständnis. Dem Differenzierungsverbot als dogmatischem Prinzip entspricht eine Beschreibung der Funktion z.B. des Art. 3 Abs. 3 GG der BRD als Gebot formaler Gleichstellung. Ziel des so verstandenen Gleichberechtigungsgebotes ist die Schaffung einer Rechtsordnung, in der das Merkmal "Geschlecht" nicht vorkommt. Das heisst aber, dass nur dann, wenn man davon ausgeht, dass zwischen Männern und Frauen keine Unterschiede bestehen, die in der Rechtsordnung Berücksichtigung finden müssen oder sollen, die Interpretation des Art. 3 Abs. 2 GG als Differenzierungsverbot sinnvoll sein kann. Entsprechend ist auch ein vorsichtiger Wandel der verfassungsrechtlichen Theorie und Praxis erkennbar, der dem Gleichberechtigungsatz eine umfassende gesellschaftsverändernde Funktion einschliesslich eines Verständnisses als Differenzierungsgebot zuweist.²

Im Familienrecht wird aber die beste Probe gemacht zum Aufbrechen patriarchalischer Strukturen. Was nützen denn egalitär paritätische Regelungen, als ehevertragliche Konzepte, über die Gestaltung der

Ehe oder elterlichen Gewalt, wenn mit den ausgesprochenen Berechtigungen in Ehe und Familie keinerlei Verpflichtungen einhergehen und wenn flankierende Rechte, insbesondere Steuer-, Renten- und Versicherungsrecht, das Modell des männlichen ausserhäuslichen Familienernährers garantieren; so dass immer noch selbstverständlich in Öffentlichkeit wie in Privatheit der Begriff "Familienoberhaupt" für den Ehemann und Väter gilt.

Die derzeitige herrschende Meinung ist meines Erachtens in der Dogmatik steckengeblieben, indem sie mit männlicher Gerechtigkeitsmathematik geschlechtsspezifische Lebens- und Rechtsverhältnisse gestaltet. Unter der Fahne formaler Gleichheit enthält dieses egalitäre Konzept auf der Erscheinungsebene einen unechten Harmonisierungskompromiss für die Geschlechter, ohne den Grundkonflikt substantiell zu betrachten und danach rechtlich zu verstehen und zu werten. Grundrechtliche Gleichstellung erfolgt dabei nur über Formalität. Der Forderung, dass unser Recht Mann und Frau gleich behandle, ist eben nicht unbedingt zuzustimmen. Frauen und Männer sind zwar gegebenenfalls als gleiche Rechtssubjekte etabliert (jedenfalls überwiegend in der bundesrepublikanischen Normenkonstruktion); die gesellschaftliche Ungleichheit der Geschlechter bleibt jedoch unangetastet, so dass das Recht nur "quasi" keine Unterschiede macht, in Wirklichkeit aber die tatsächliche gesellschaftliche Ungleichheit universalisiert.³

"Konsens" oder "Einverständnis" zweier Parteien in einem Vertrag, ohne Betrachtung der Geschlechterverhältnisse in dieser Gesellschaft, kann m. E. kein Kriterium für die Legitimität einer Regelung sein. Deshalb - und weil dies in wissenschaftlicher Operation auch nur zu offensichtlich wird -, werden als Kriterium dann auch andere Begriffe als allgemeine Vermittlung dazwischengeschoben, im Bereich elterlicher Sorge eben der Begriff "Kindeswohl", und auch dies ändert meines Erachtens an der Struktur nichts. Unter der Bedingung geschlechtlicher wie sexueller Ungleichheit, der Bedingung von "Gender and Sex", tritt Zwang in vielen Formen auf und wird in vielen Formen weiter auftreten, je funktionaler, objektiver, androgyner, neutraler das System unserer Rechtsordnung wird.

Zwangsläufig müssen wir dieses Wissen - wenn wir unsere eigenen Grundlagen und Methoden ernstnehmen - in die Bestimmung des unbestimmten Rechtsbegriffes "Kindeswohl" hereinnehmen, einen Begriff, der im übrigen nach den jeweiligen historischen, kulturellen, politischen und religiösen Werten und Standards der Staaten und Gesellschaften verwendet und vernutzt wird, wie wir aus den Kenntnissen des Internationalen (Privat-) Rechts nur zu gut wissen.⁴

Dies dürfte womöglich unter uns noch unstrittig sein. Es ist aber sicher kein Zufall, dass das Gefälle im tatsächlichen Lebenszusammenhang von den Befürwortern egalitärer Konzepte elterlicher Sorge, die in concreto die Väter berechtigen sollen, nicht thematisiert wird.

Die Legitimation für das Regel-Fall-Konzept entgegen aller konkreten Lebenszusammenhänge liegt deshalb in der angeblich *kindzentrierten neutralen* Bestimmung des Begriffs "Kindeswohl", der auch als ein Unterbegriff von "Familienwohl" gesehen wird. Anknüpfend an das christliche Dogma von der Unauflösbarkeit von Ehe und Familie wird "Familie" als irreversible und unauflösbare Beziehung zwischen den Geschlechtern und Generationen angesehen, in der ein "Mangel" durch staatlichen Akt verdrängt werden soll. Der *tatsächliche* Mangel eines Elternteils - ganz überwiegend der Väter - wird normativ umgeschrieben als Mangel des Rechtsverhältnisses und Rechtsinstituts "Familie" im Sinn der Verfassung (Art. 8 I der MRK). Bei der weiteren verfassungsrechtlichen Prüfung wird schliesslich gefolgert, dass "Kindeswohl" nicht ohne den Begriff des "Gemeinwohls" zu sehen sei, da der Staat entsprechend der Festlegung der Grundwerte in der Verfassung "Ehe und Familie" zu schützen und zu regeln habe. Von den Kriterien der Sorgerechtsübertragung zur inhaltlichen Bestimmung, was dem Kindeswohl diene, bleibt ein abstraktes Konzept der Re-Organisation der Scheidungsfamilie, anstatt die Nach-Scheidungs-Familie neu zu konstituieren in "Mutter-Familie" oder "Vater-Familie".⁵

Rechtstatsachen, empirische Daten über Lebensformen oder gar gesellschaftliche Zusammenhänge, insbesondere Fragen der verschiedenen Ordnung und Hierarchie der Geschlechter als Elternteile spielen dabei keine Rolle mehr. Deshalb ist die gemeinsame elterliche Sorge, gleich welcher soziale Lebenssachverhalt vorliegt, m. E. nur die konsequenteste ideologische Bestätigung des Modells Familie, der Beibehaltung des gesellschaftlichen Systems, aus dem sich Kinder jedenfalls nicht fortbewegen sollen, auch wenn es ein Familienleben nicht mehr gibt. Ein alleinlebender Elternteil soll in der Regel nicht mit Kind für sich als eigenständige Gruppe, als Person zu Person, sei es sozial, sei es rechtlich, gewertet werden, vielmehr in der Regel nur im Zusammenhang mit einem anderen, Dritten, sei dieser auch noch so abwesend. Das Gefüge von tatsächlich vorhandenen oder nicht vorhandenen Beziehungen - Abhängigkeit, Kontrolle, Verfügungsbeschränkungen - soll gefestigt werden und bleiben, insbesondere auch für den tatsächlich sorgenden Elternteil, der die Entscheidungsbefugnis des nicht sorgenden Elternteils zu achten hat. "Auf der Ebene des Ordnungsziels betrachtet, hat das gemeinsame Sorgerecht Vorbildfunktion auch für das Alleinsor-

gerecht eines Elternteils",⁶ womit unter dem Begriff "Ordnungsziel" die Familie an den Ort gesetzt ist, an dem die Normen der Gesellschaft und des Staates gehütet und gespiegelt werden.

Unter dem Schlagwort: "Besser ein schlechter Vater als gar keiner" drückt sich diese Philosophie in Reinform aus. Und nicht von ungefähr ziehen RechtswissenschaftlerInnen aus vielen Staaten der westlichen Welt die Parallele von der Einheit väterlicher und staatlicher Macht und Kontrolle.

Wie Normenfaktoren und Ordnungsziele verdeutlicht werden können, beweist ein westdeutsches Familiengericht in einem Fall, in dem die Mutter nach Trennung vom Vater den 6-jährigen Sohn im nunmehr eigenen Haushalt weiter betreute, wie sie ihn auch vorher im gemeinsamen Haushalt allein betreut und versorgt hatte. Das Gericht verordnete zunächst die alleinige elterliche Sorge des Vaters und schliesslich die gemeinsame elterliche Sorge mit folgendem Argument: "Letztlich ist es auch für das Aufwachsen eines Kindes entscheidend, dass dieses in seiner Umgebung geeignete Bezugspersonen hat, die sein Aufwachsen förderlich beeinflussen. Insofern fällt auf, dass der Junge derzeit ausschliesslich weiblichen Bezugspersonen ausgesetzt ist. Wie die Anhörung der Mutter ergeben hat, wohnt diese mit zwei Frauen und einem Mädchen zusammen. Ausserdem hat sie Kontakt zur Grossmutter und zwei Tanten des Jungen. Auch bei der Lehrerin des Grundschulkindes, der für seine Entwicklung grosse Bedeutung zukommt, handelt es sich um eine Frau. Es ist jedoch anerkannt, dass in der z.Z. einsetzenden bedeutenden Entwicklungs- und Reifungsphase des Jungen das Vorhandensein einer männlichen Bezugsperson erhebliche Auswirkungen für seine charakterliche Reife, insbesondere seine Orientierung an *Normen* (...) hat. Nach Ansicht des Gerichts wird der Junge beim Vater voraussichtlich am besten gefördert (...), dieser kann seine Arbeitszeit einteilen, wie er erklärt (...), soweit er verhindert sein sollte, besteht durchaus die Möglichkeit, dass die Putzfrau der Schule den Jungen betreut und in dieser Funktion zu einer weiblichen Bezugsperson wird (...)."⁷

Gemeinsame elterliche "Entscheidungsbefugnis" (dies als besserer Begriff für gemeinsame elterliche "Sorge") taugt als gesellschaftliches Leitbild für das naheheliche Verhältnis der Eltern umso weniger, als das gesellschaftliche Leitbild während bestehender Ehe schon desorganisiert ist. Als idealistisches und optimistisches Postulat an erfolgreiches Zusammenwirken geschiedener Eltern hat es - bis auf prozentual gering zu erfassende Ausnahmefälle - keine Zuordnung an Realität, weder unter dem Gesichtspunkt gleichberechtigter Elterninteressen noch unter dem Gesichtspunkt des Kindeswohls.

Zu suchen ist nach einer Konfliktregelung, die den Zielkonflikt zwischen Gleichberechtigung und Kindeswohl realistisch löst, d. h. die Gesetzgebung muss den Eltern soviel gemeinsame Verantwortung belassen, wie tatsächlich möglich und richtig ist, und zugleich soviel feste Zuordnung an einen Elternteil vorsehen, wie zur Wahrung der Kinderinteressen nötig ist. Dabei mag in Einzelfällen eine gemeinsame elterliche Sorge, elterliche Gewalt oder besser elterliche Entscheidungsbefugnis gerechtfertigt sein.⁸

3. Praxis zur gemeinsamen elterlichen Sorge in der BRD

Zur Lösung des Zielkonflikts erscheint nun das Konsens-Konzept als eine der Justiz normativ eröffnete Einzelfallregelung, sei es als rein judizielle Ausnahmeregelung von dem Regelfall der Übertragung der elterlichen Sorge auf einen Elternteil - sei es nach alternativer Normregelung *de lege ferenda*, die es ermöglicht, die elterliche Sorge nach Scheidung - oder auch im Fall nichtehelicher Partnerschaft - auf Antrag entweder einem Eltern- oder - auf gemeinsamen Antrag - auch beiden Elternteilen zu gewähren.

Die Weichen stellte in der BRD das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 03.11.82, in dem es die Bestimmungen des BGB (§ 1671 Abs. 4 Satz 1) für verfassungswidrig erklärte, wonach die elterliche Sorge einem Elternteil allein zu übertragen sei - ohne gesetzliche Ausnahme. Gerichte erhielten die Möglichkeit, das Sorgerecht nach der Scheidung beiden Elternteilen zu belassen. Tatbestandliche Voraussetzung dafür ist, dass 1. beide Eltern gewillt sind, die gemeinsame Verantwortung für ihr Kind nach der Ehescheidung weiter zu tragen, 2. beide Eltern voll erziehungsfähig sind, 3. keine Gründe im übrigen vorliegen, die im Interesse des Kindeswohls die Übertragung des Sorgerechts auf einen Elternteil angezeigt erscheinen lassen. Das heisst, in diesem Konzept sind zwei Konzepte enthalten, die wiederum inhaltlich zu definieren sind und damit zu meinem Thema zurückführen, Gleichberechtigung in Eltern- und Geschlechterbeziehungen und Kindeswohl in einer Konfliktregelung zu vereinen:

Zunächst werden in diesem Vertragskonzept zwei Elternteile als Vertragspartner in einem Konzept formaler Rechtsgleichheit und Vertragsfreiheit begriffen. Dabei ist der qualitative Wertmasstab die bürgerlich patriarchale Rationalität und Normalität, sowohl für die materiale Begriffsinterpretation wie für die Verfahrensmodalität. Ich vernehme in diesem Konzept kein Wort zu dem tatsächlichen Lebenszusammenhang in dieser Gesellschaft und dazu, was denn im modernen bürgerlichen Industriestaat und dessen Familienrecht das Konsensprinzip ist, das als Verhandlungskonzept zweier GeschäftspartnerInnen gilt und durch jahrhundertelange patriarchale Kultur

und entsprechendes Recht geprägt ist. Ich vernehme kein Wort vom Mass und von der Bedeutung der Benachteiligung und der Diskriminierung von Frauen (und Mädchen) in dieser Gesellschaft und der danach gebotenen Neu-Konstruktion auch von Rechtsbegriffen.

Jedoch nahmen die Verfassungsrichter zumindest *tatsächlich* an, dass nur wenige geschiedene Eltern zu derartiger Übereinstimmung fähig seien; allenfalls solche "vernünftigen Bürger", deren Vernunftmöglichkeit jedenfalls teilweise in ökonomischer Gleichheit und deshalb "Vertragsfreiheit" lag - wie es auch acht ausschliesslich gut situierte, beruflich nicht eingeschränkte, voneinander relativ unabhängige geschiedene Eheleute waren, die ihren Wunsch nach gemeinsamem Sorgerecht bis zum Verfassungsgericht durchgefochten haben. Eher ein Fall von "Entscheidungsbefugnis" als reiner Legitimation bei der Eheleute bei Obhut durch überwiegend dritte Personen, HaushälterInnen, ErzieherInnen, Internate etc. Die ganz überwiegende Realität sieht vollständig anders aus, wie die Statistiken über Haushalte und Familienformen zeigen.

Wohlweislich verlangt das Verfassungsgericht, dass dieses ideal-typische Konzept weiter zu begründen sei, da andernfalls einer möglichen Kollision mit dem "Kindeswohl" nicht mehr zu begegnen sei. Das heisst, eine formale egalitäre Gleichheit *kann* nicht genügen.

Kriterien sind: *Bindungen* der Eltern an das Kind und der Kinder an die Eltern, als einem Gesichtspunkt der *Kontinuität*, *Erziehungsfähigkeit* und *Verantwortlichkeit* der Eltern, die zur harmonischen Entfaltung von Kindern in körperlicher, seelischer und geistiger Hinsicht notwendig sind. Der formalen Privatautonomie in der Familie, d.h. der freien Vertragsgestaltung von freien Vertragspartnern in einem egalitären System eines geregelten Rechtsinstitutes Ehe und Familie, werden Grenzen gesetzt, da diese formale Privatautonomie die Substantialität von Personenbeziehungen verkennt, in denen noch andere Rechtsschutzgarantien zu vergeben sind, u. a. eben auch Persönlichkeitsrechte und Benachteiligungsverbote wie Bevorzugungsgebote, die sich auch im Begriff des "Kindeswohls" niederschlagen müssen.

In der gerichtlichen Praxis werden diese - wie oben gesagt - ganz wenigen Fälle, nämlich 2-5% - ganz überwiegend formal gelöst, wenn ein übereinstimmender Elternvorschlag vorliegt und zumindest die gesetzlich vorgeschriebene Stellungnahme der Jugendämter die wichtigsten Kriterien für die Übertragung der elterlichen Entscheidungsbefugnis (elterliche Sorge) nur beispielhaft zur richterlichen Kontrolle abhandelt und benennt.

Zu jedenfalls meinem Erstaunen wird in der mir bekannten Justizpraxis in der BRD die gemeinsame elterliche Sorge im nunmehr zugelassenen justitiellen Einzelfall nach Antrag der Eltern nicht nur ohne detaillierte Prüfung und Bestimmung der einzelnen Kriterien vorgenommen, sondern darüber hinaus auch ohne Vorliegen eines Antrags nicht selten propagiert, sei es von den Familiengerichten, sei es insbesondere von den sozialen Diensten. Nur in Ausnahmefällen wird der Sachverhalt von Amts wegen konkret ermittelt, nur in ganz wenigen Ausnahmefällen wird ein Gutachten in Auftrag gegeben. Es genügt im allgemeinen der "gemeinsame" Vorschlag der Eltern, ohne dass die *Gemeinsamkeit* auch nur sorgfältig hinterfragt wurde und die Umstände ebenso sorgfältig abgeklärt wurden.

Dies erstaunt angesichts dessen, dass zumindest die Fragwürdigkeit des Konsens-Konzeptes bekannt ist, in mehrfacher Hinsicht.

4. Kritik der Praxis und Kriterien für die Bestimmung des Kindeswohls

Dieses Konzept ist in der BRD nicht gebunden an den Konsens über andere Fragen und Folgen der Scheidung, insbesondere nicht über die Regelung der tatsächlichen Obhut des Kindesunterhaltes, des Ehegattenunterhaltes, der Regelung von Wohnung, Vermögen etc. Es ist ein Konzept ausschliesslich formaler Legitimation. Es ist verbunden mit Erpressungen in einem geschlechtsspezifischen und arbeitshierarchischen Gefälle zwischen den Eltern unter dem Schlagwort "Ich mach dir die Hölle heiss, wenn du nicht...".

Das Konzept ist nicht gebunden an die tatsächliche Verpflichtung zur Sorge. Ganz im Gegenteil: In fast allen Fällen, wie bekannt und vorweg dargelegt, lebt das Kind bei der Mutter, die damit in der althergebrachten Aufspaltung die Obhut, die Personensorge, ausübt, und zwar für zwei Personen, nämlich nicht nur für sich selbst, sondern auch für den Vater, der diese tatsächlich *nicht* ausfüllt.

Ich kenne aus meiner Praxis (seit 1983) keinen Fall, in dem ein Vater, in dessen Haushalt tatsächlich ein (kleines) Kind lebte und versorgt wurde/wird - überwiegend eben auch nicht von ihm, sondern von anderen Frauen, seiner neuen Partnerin oder seiner Mutter etc. -, der gemeinsamen Sorge zugestimmt hat. In all diesen Fällen des Lebens von (kleinen) Kindern in Haushalten der Väter hat dieser ausnahmslos die alleinige elterliche Sorge für sich beantragt. Es blieben zwei Fälle von älteren Kindern, die hin und her pendelten und zwei Fälle, in denen Kinder weder bei dem einen noch dem anderen Elternteil lebten, sondern entweder bei Grosseltern

oder in einem Internat. Meine persönliche Umfrage bei den FamilienrichterInnen im Land/Stadtstaat Bremen bestätigte dies ebenso wie eine Aktenanalyse der Gerichtsentscheidungen aus den Jahren 1983-1987 durch eine Studentin. Dies beweist allein schon, dass es sich bei der gemeinsamen Sorge um das Instrument väterlicher Kontrolle und Entscheidungsbefugnis über Kinder handelt - und damit mittelbar auch über deren Mütter -, und damit die Aufspaltung elterlicher Sorge jedenfalls für diejenigen Väter sich wiederholt, die die Obhut gar nicht wollen.

Auch an den Nachweis der Kooperationsfähigkeit und Bereitschaft werden geringe Anforderungen gestellt. So wird - bis auf absolute Einzelfälle, in denen tatsächlich die Ehepartner-Beziehung und die Erziehungsvorstellungen zumindest zur Erörterung anstehen -, gar nicht gefragt und erörtert, von wem und woraus der gemeinsame Vorschlag stammt und mit welchen Kriterien er im einzelnen korreliert; geschweige denn gefragt und geprüft, welche Loyalität zwischen den Geschlechtern der Elternteile herrsche oder nicht, welche Hierarchie oder gar welche Gewalt vorliegt. Dies, obgleich die Entwicklungspsychologie sehr wohl weiss, dass einerseits die Eltern-Kind-Beziehung nicht von der *Qualität* der Eltern-Beziehung zu trennen ist und andererseits Eltern sich aus der Qualität Mann und Frau zusammensetzen, die Kindern entscheidende Werte und Normenfaktoren vermitteln. Dennoch fliessen die Fragen nach der Konstruktion des Menschen und des Weiblichen und des Männlichen in die Prozesse von Wissens-, Erkenntnis- und Entscheidungsvermittlung nicht ein, weder in der herrschenden psychologischen Wissenschaft noch der Rechtswissenschaft oder Praxis, nicht in die Frage der Erziehungskompetenzen, nicht in die Beachtung kindlicher Bedürfnisse, nicht in die Ausfüllung des Begriffes "Kindeswohl", nicht in die Verfahrensgestaltung, die Ausgestaltung des rechtlichen Gehörs, in die Gestaltung der Anhörung und Intervention, nicht in konkreten Aufträgen zu Gutachtenerstellung durch Jugendämter und Psychologen.

Die Frage der Geschlechterbeziehung, der Geschlechtshierarchien, der konkreten Rollenverteilung, ist in Jugendamtsberichten wie in gutachterlichen Stellungnahmen ebenso wenig empirisch untersucht wie in gutachterlichen Stellungnahmen in der Psychologie. Wir verfügen inzwischen über genaueres Wissen über die Qualität der Jugendamtsberichte über klassen- und schichtenspezifische Diskriminierung, nicht aber über geschlechtsspezifische Diskriminierung, jedenfalls nicht in der Gerichtspraxis. Untersuchungen über die geschlechtsspezifische Dimension von Stellungnahmen und Gutachten über Kindeswohl vor Gericht sind schwer zu finden⁹, nur einzelne Sachverständige wissen zumindest über Art und Ausmass Bescheid.¹⁰

Es werden traditionelle, jedoch heutzutage schon realitätsfremde Frauenbilder angeboten. Die besonderen Lebensverhältnisse von Frauen und Mädchen werden gar nicht reflektiert, geschweige denn Schlussfolgerungen daraus gezogen. Für nonkonformes Rollenverhalten werden Frauen negativ und Männer positiv sanktioniert. An die ökonomische und soziale Lebenssituation, aber auch an die Erziehungskompetenzen, werden geschlechtsspezifisch unterschiedliche Anforderungen gestellt, sogenannte soziale Abweichungen (also z.B. Alkohol, Vernachlässigung der häuslichen Reproduktionsarbeit, Berufsorientiertheit, Erwerbstätigkeit, aktive Verhaltensweisen, insbesondere aggressive Sexualität etc.) fallen in bezug auf die Erziehungskompetenz von Männern nur unbedeutend ins Gewicht, während sie Frauen disqualifizieren und diskriminieren. Völlig ausser Betracht bleibt etwa das Problem des sexuellen Missbrauches von Kindern, insbesondere Mädchen, das nach allen derzeitigen Forschungen zum einen ein klar erkenntlich geschlechtsspezifisches und zum anderen ein quantitativ häufiges Problem ist.

Die Bestimmung des Begriffes "Kindeswohl" kann also nicht stattfinden ohne materiale substantielle Bestimmung von Gleichberechtigung in Geschlechterbeziehungen zwischen den Elternteilen.

Es sind also ganz konkrete Fragen zu stellen:

- Können abwesende Väter erziehen, wenn sie nicht betreuen?
- Wie und wohin erziehen Eltern?
- Welche Verkehrsformen pflegen sie im Verkehr zwischen den Geschlechtern?
- Können gewalttätige Männer gute Väter sein, können Patriarchen Partner sein, welche Werte vermitteln sie? Können Kinder unbeschadet gross werden, wenn sie sich in einem Sorgerechtskonzept loyal zu einem patriarchalen Vater - einschliesslich Gewalt - verhalten müssen und verhalten, loyal gegenüber einer schwachen Mutter, die sich gegebenenfalls einem Sorgerechtskonzept unterwirft, in dem sie allein Pflichten hat, während der Vater diese nicht hat, nur Berechtigungen in Abwesenheit?
- Was bedeuten Anspruch auf Fürsorglichkeit und Verantwortlichkeit für diesen geschlechtsspezifischen und geschlechts-hierarchischen Bezug?
- Was bedeutet dies in einer Gesellschaft, in der die Familie derzeit ein zumindest gefährlicher Ort für Kinder ist. Nirgendwo werden Kinder so missbraucht, so misshandelt, von ganz konkreten Per-

sonen, mit ganz konkretem Geschlecht, wie innerhalb familialer Gefüge.

- Was bedeutet es also für Kinder, die in Familien aufwachsen, in denen der Vater abwesend ist, noch abwesender als früher im gemeinsamen Haushalt, aber der Vater weiterhin die Normen setzt, die ausserhäuslichen Massstäbe setzt, die in Ausbildung, Erziehung etc. liegen?
- Was bedeutet es, dass nach Auseinanderfallen der Gruppe immer noch das abwesende Leitbild der Gruppe als Autorität erfahren wird?
- Können egalitäre Konzepte von zukünftigen BürgerInnen entstehen in tatsächlich ungleichen Beziehungsgefügen, in denen Pflicht und Recht, Macht und Autorität ungleich verteilt sind?
- Was bedeutet dies für eine demokratische Staatsform, in der wir zwar eine vaterlose Familie, nicht aber eine vaterlose Gesellschaft haben, weil der Inbegriff der Normen weiterhin durch eine Autorität geprägt ist, die ihre Legitimation aus einem Rechtsstatus erfährt, abgespalten und absplaltbar von der Realität?

Aus all diesen Fragen wird die Notwendigkeit jederzeitiger neuer inhaltlicher Bestimmungen der Kriterien der Sorgerechtszuweisung ersichtlich. In keinem der Kriterien dürften die Wertmassstäbe und m.E. neuen Ordnungsziele übersehen oder vergessen werden, eine "harmonische Entfaltung der Kinder in körperlicher, seelischer und geistiger Hinsicht zu gewährleisten", unter dem Aspekt substantieller Gleichberechtigung von Menschen beiderlei Geschlechts.

Wir haben ganz konkret, in jedem Verfahren zu klären, von welcher Wirklichkeit wir reden. Geschlechtsneutrale Eltern gibt es ebenso wenig wie geschlechtsneutrale Kinder, jedenfalls bislang nicht. Wir müssen uns zwingen, uns mit Wirklichkeit zu konfrontieren und daraus den - angeblichen - Zielkonflikt zwischen Gleichberechtigung und Kindeswohl zu lösen. Die Berufung auf "Kindeswohl" als geschlechtsneutraler Begriff beinhaltet die Gefahr der Kaschierung von Diskriminierung oder zumindest Diskriminierungstendenzen. Das bedeutet, dass wir gezwungen sind, sehr genau zu betrachten, zu differenzieren, zu werten, unter Einbeziehung aller Erkenntnisquellen, aus Geschichte, empirischer Basis, interdisziplinärer Forschung, um den Forderungen nach Sachkunde in unserem nicht allein rechtsdogmatischen Gefüge gerecht zu werden.¹¹

Diese Vorgehensweise gilt für alle Fälle, in denen Lebenskonflikte rechtlich zu regeln und zu entscheiden sind, die sich typischerweise im Leben von Frau-

en und Männern abspielen und in denen frauenbezogene Gleichberechtigungsgrundsätze heranzuziehen sind. Dies bedeutet zunächst das Akzeptieren einer Interessenkonfiguration, und dies bedeutet auch eine andere Wertsetzung.¹²

5. Fazit für eine schweizerische Regelung

Ein neues Recht der Geschlechter- und Elternbeziehungen sollte klassisch-juristische Disziplinen und dogmatische Fixierungen aufgeben und an ihre Stelle ganzheitliche, von der Realität der bestehenden Geschlechterverhältnisse - und nicht von der Gleichheitsfiktion der Dogmatik - ausgehende Sichtweisen treten lassen. Solche Sichtweisen lassen undogmatische Problemlösungen zu, die in zweifacher Hinsicht zu gängigen Kategorienbildungen querliegen: quer zu den traditionellen Geschlechterrollen und auch quer zu den verkrusteten Zuständigkeitspatronaten von Familien-, Arbeits- und Sozialrecht.¹³

Dies besagt zunächst für mich, dass das beste Kriterium für die Uebertragung der elterlichen Gewalt zunächst das der vorrangigen oder überwiegenden Versorgung ist. Dies ist in der Tat ein geschlechtsneutrales Kriterium, das davon ausgeht, dass es von grösstem Interesse für das Kind ist, dass es die Beziehungen, die es während des Bestandes der Ehe und Familie aufgebaut hat, mit dem Elternteil, der es überwiegend versorgt und gepflegt hat, aufrechterhalten kann. Solch ein Kriterium basiert nicht auf einem stereotypen Begriff von Mutterliebe, sondern geht aus von der Feststellung, dass das Bedürfnis von Kindern nach Kontinuität legitim ist. Vorläufig werden Mütter danach tatsächlich öfter die elterliche Sorge bekommen, aber Männer kommen dafür genauso in Frage. Männer, denen es nicht ausschliesslich um die Möglichkeit der Machtausübung geht, die ein wirkliches Interesse an der Pflege und Erziehung der Kinder haben, können sich so verhalten, wie Mütter dies seit langem tun: sie können soviel Beziehungs- und Hausarbeit leisten, dass eine tragfähige Bindung zu den Kindern entsteht, die auch durch eine Trennung nicht zerrissen wird. Väter, die keine Rechtsposition und keine finanziellen Druckmittel einbringen können, werden danach gezwungen sein, die bisher traditionellen "weiblichen Waffen" einzusetzen, nämlich die Fähigkeit und Bereitschaft zur Beziehungs- und zur Erziehungsarbeit.¹⁴

Dieses sollte also der Regelfall sein, der in Art. 297 Abs. 3 ZGB vorgefunden wird.

Nur auf ausdrücklichen Wunsch beider Eltern und im Fall, dass dies dem Kindeswohl dient, sollte eine Ausweitung dahin erfolgen, dass die elterliche Entscheidungsbefugnis *beiden* Elternteilen zusteht.

Ueber das Antragsfordernis beider Eheleute hinaus sind deshalb bestimmte Bedingungen zu erfüllen, von denen der gemeinsame Antrag der Eltern nur die eine ist. Die andere ist die einverständliche Durchführung der Scheidung und ihrer Folgesachen. *Gleichzeitig* auszusprechen ist, welchem Elternteil die Pflege und Erziehung anvertraut wird, wo das Kind seinen Aufenthalt hat und welchen Unterhaltsanspruch es gegenüber dem anderen Elternteil hat. Mit der zu fordernden positiven normativen Bestimmung "sofern dies dem Kindeswohl dient" ist richterliche Ueberprüfbarkeit der Kriterien des Kindeswohls; insbesondere der Fähigkeit der Elternteile zur gemeinsamen Entscheidungsbefugnis, gegeben und die materiellen Voraussetzungen zu sachgerechter Regelung umschrieben, die immer noch sorgfältigst zu prüfen sind anhand der oben genannten Kriterien.

Ebenfalls wäre die Regelung dahingehend zu ergänzen, dass auf Antrag eines Elternteils die gemeinsame Entscheidungsbefugnis endet.

Weiterhin wäre verfahrensrechtlich zu ergänzen, dass beide Elternteile anwaltlich vertreten sein müssen und einem Kind (jedenfalls ab 14 Jahren) anwaltlicher Beistand vom Gericht beigeordnet wird.

Danach etwa wäre der Art. 297 Abs. 3 ZGB¹⁵ nur zu ergänzen um den Wortlaut "in der Regel", der Begriff "elterliche Gewalt" zu ändern in "elterliche Entscheidungsbefugnis"; es wäre ein 4. Absatz hinzuzufügen: "Die elterliche Entscheidungsbefugnis nach Scheidung steht auf gemeinsamen Antrag beider Eltern gemeinsam zu, sofern dies dem Kindeswohl dient¹⁶ und die Scheidung und deren Folgen zwischen den Eltern/Eheleuten einverständlich geregelt sind."

Anmerkungen

- 1) Marlene Stein-Hilbers, Männer und Kinder, Reale, ideologische und rechtliche Umstrukturierungen von Geschlechter- und Elternbeziehungen, Familie und Recht (FuR 91, 198f.); Geschlechtsrollen im Wandel, Partnerschaft und Aufgabenteilung der Familie, Schriftenreihe des BMJFFG, Band 235, Stuttgart 1988; Sibylla Flügge, Ambivalenzen im Kampf um das Sorgerecht, Die Geschichte der elterlichen Gewalt und die aktuelle Diskussion um die "gemeinsame Sorge", STREIT 91, 4-18; Nora Holtrust, Selma Sevenhuijsen, Annick Verbraken, Alte Rechte für neue Väter und den Staat, in STREIT 87, 3-15.
- 2) Ute Sacksofsky, Das Grundrecht auf Gleichberechtigung, Eine rechtsdogmatische Untersuchung zu Art. 3 Abs. 2 GG, Nomos Verlagsges. Baden-Baden, 1991, S. 64, 65, 95.
- 3) Doris Lucke, Vorüberlegungen für ein Recht der Geschlechterbeziehungen, Zur Begründung eines anderen Rechts, in: STREIT 91, 91ff.
- 4) Jutta Bahr-Jendges, Grenzgänge, der feministische Blick in Rechtstheorie und Praxis, STREIT 90, 99, 102; sowie Bahr-Jendges, Männlichkeit und Moderne, Ansätze feministischer Vernunftskritik, herausgegeben von Judith Conrath und Ulrike Konnertz, edition Discord, Tübingen 1986.
- 5) Rainer Balloff und Eginhard Walter, Gemeinsame elterliche Sorge als Regelfall? Einige theoretische und empirische Grundannahmen, FamRZ 1990, 445-454.
- 6) Jutta Limbach, Gemeinsame Sorge geschiedener Eltern, Juristische Studiengesellschaft Karlsruhe/C. F. Müller/Juristischer Verlag, Heidelberg 1988.
- 7) Amtsgericht - Familiengericht - Bocholt vom 27.09.1983 - 5 F 358/83 - nicht veröffentlicht.
- 8) Cyril Hegnauer, Gemeinsame elterliche Gewalt nach der Scheidung, SJZ 1990, 369-377.
- 9) Claudia Burgsmüller und Ute Weinmann, Diskriminierung von Frauen in gutachterlichen Stellungnahmen der Jugendämter zur Regelung der elterlichen Sorge, Forschungsauftrag für die FH Wiesbaden, Wiesbaden 1990/1991, noch nicht veröffentlicht.
- 10) Reinhardt Lempp, Die Bindungen des Kindes und ihre Bedeutung für das Wohl des Kindes gem. §1671 BGB, in: FamRZ 1984, 741-744.
- 11) Tove Stang Dahl, Frauen zum Ausgangspunkt nehmen: Der Aufbau eines Frauenrechts, in STREIT 86, 115-120; Vera Slupik, Weibliche Moral versus männliche Gerechtigkeitsmathematik? Zum geschlechtsspezifischen Rechtsbewusstsein, in: Rechtsproduktion und Rechtsbewusstsein, Nomos Verlag, Baden-Baden 1988, 221-238.
- 12) Doris Lucke, a.a.O., S. 91, 94; Vera Slupik, a.a.O.,
- 13) Doris Lucke, a.a.O., B1. 91, 94.
- 14) Nora Holtrust u.a., a.a.O., STREIT 87, 15, 16; Sibylla Flügge, a.a.O., S. 14, 15; Marlene Stein-Hilbers, Männer und Kinder, a.a.O., S. 201.
- 15) Art. 297 Abs. 3 ZGB: "Nach dem Tode eines Ehegatten steht die elterliche Gewalt dem überlebenden Ehegatten und bei Scheidung dem Ehegatten zu, dem die Kinder anvertraut werden."
- 16) Cyril Hegnauer, a.a.O., 374-376.

**KINDERZUTEILUNG UND GEMEINSAMES
SORGERECHT¹⁾ - AUS DER SICHT EINES DAS
GSRG PRAKTIZIERENDEN SCHWEIZER
RICHTERS**

von Peter Balscheit

Als einer der Richter, die das gemeinsame Sorgerecht in der Schweiz als bereits nach geltendem Recht zulässige Form der elterlichen Gewalt betrachten und es deshalb auch in gezielten Fällen schon abgesegnet haben, möchte ich kurz darlegen, nach welchen Gesichtspunkten und unter welchen Voraussetzungen ich das gemeinsame Sorgerecht für eine sinnvolle Form "elterlicher Entscheidungsbefugnis" (Bahr-Jendges) halte. Wir werden dabei sehen, dass die bundesrepublikanischen Erfahrungen, die Frau Bahr-Jendges in ihrem eindrücklichen Referat geschildert hat, m.E. nur teilweise für unsere Verhältnisse Geltung beanspruchen können. Damit soll nicht gesagt werden, dass die geäußerten Bedenken hierzulande nicht ernst zu nehmen wären. Ich meine bloss, es gibt Wege, ihnen Rechnung zu tragen.

Doch zunächst ein Wort zur Kinderzuteilung überhaupt: Die schweizerische Gerichtspraxis hat mangels ausdrücklicher Gesetzesvorschrift in jahrzehntelanger Übung einige Zuteilungskriterien entwickelt, die ich für äusserst fragwürdig halte: Kleinkinder gehören zur Mutter, Knaben frühestens ab dem Pubertätsalter zum Vater, Geschwister soll man nicht trennen. Obschon das Bundesgericht versucht hat, diese Grundsätze etwas zu differenzieren, hält sich die überwiegende Mehrheit der erst- und zweitinstanzlichen Gerichte - soweit ich dies erkennen kann - recht stur an diese Grundsätze, ohne im Einzelfall abzuklären, ob die konkrete familiäre Konstellation nicht auch andere Lösungen ermöglichen würde. Die Gerichte neigen also dazu, die eigene Praxis als Massstab für die von ihnen zu treffenden Entscheidungen zu nehmen, und nicht bloss als statistische Erfahrungszahlen. Es wird also nicht nur - was für sich allein betrachtet nicht einmal zu kritisieren wäre - von Vergangenen auf Künftiges geschlossen, sondern es wird *ohne nähere Prüfung unterstellt*, dass künftige Fälle gleich zu behandeln seien wie frühere. Damit wird meines Erachtens der Gleichheitsgrundsatz pervertiert: Man unterstellt Gleichheit und fühlt sich daher berechtigt, gleich zu verfahren, statt dass man zuerst einmal prüft, ob man es überhaupt mit einem vergleichbaren Fall zu tun hat,

der die Anwendung derselben Zuteilungsregel rechtfertigt. *Wo Erfahrungszahlen zu inhaltlichen Leitwerten umfunktioniert werden, wird aber die Tradition zum Selbstwert.* Zu fragen wäre nach massgeschneiderten, auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten des Einzelfalles abgestimmten Regelungen. Davon ist leider weit und breit nichts zu sehen.

Nun zum sog. gemeinsamen Sorgerecht: Ich darf kurz erklären, wie ich es handhabe. *Zwei Voraussetzungen* müssen erfüllt sein, damit ich überhaupt darauf eintrete: Erstens muss ein *Konsens der Eltern* vorliegen, und zwar *über alle das Scheidungsverfahren betreffenden Punkte*, also nicht nur über das Sorgerecht, sondern über die Obhut, den Ehegattenunterhalt, den Kinderunterhalt, die Wohnung, das Vermögen und die Verfahrenskosten. Das Gericht darf in keinem einzigen Punkt, den es zu entscheiden hat (mindestens in keinem Punkt, der, wenn er entschieden werden muss, nach aller Voraussicht den Keim für künftige Auseinandersetzungen in sich trägt), zur Entscheidung angerufen werden. Damit ist Gewähr dafür geboten, dass die sog. Nebenfolgen der Scheidung auf autonome Weise durch die Betroffenen selbst geregelt werden. Das Gericht hat nur noch die Aufgabe, den umfassenden Vertrag auf Willensmängel hin zu überprüfen und ihm gegebenenfalls seine Genehmigung zu erteilen. Ich halte es mit Frau Bahr-Jendges für völlig ungenügend, den Konsens der Eltern auf die Frage des Sorgerechtes zu beschränken. Die gemeinsame, oder vielleicht besser ausgedrückt, die ungeteilte Wahrnehmung elterlicher Verantwortung ist eine zu anspruchsvolle Form der Elternschaft, als dass sie in den übrigen vom Scheidungsrichter zu beurteilenden Fragen eine Konfliktsituation zwischen den Parteien ertrüge. (Schon in diesem Punkt unterscheidet sich meine Praxis offenbar erheblich von der deutschen Gerichtspraxis.)

Die zweite Voraussetzung betrifft das sog. *Kindeswohl* (was immer darunter auch zu verstehen ist). Ich verstehe darunter das Eigeninteresse der Kinder, das mit demjenigen der Eltern ja nicht unbedingt übereinstimmen muss. Diese Interessen (oder Bedürfnisse) sind daher von jemandem wahrzunehmen, der nicht identisch ist mit den Eltern, der aber über eine spezifische Ausbildung im Umgang mit Kindern verfügt. Bei uns ist dies in aller Regel der kantonale Jugendsozialdienst. Mit Ausnahme von zwei besonders gelagerten Fällen - im einen war das Kind bereits 19 Jahre alt, und im andern verfügte ich über genügend privates Wissen, das mir erlaubte, auf eine Abklärung durch den Jugendsozialdienst (JSD) zu

verzicht - beauftragte ich immer (d.h. seit 1986 nunmehr vierzehn Mal) den JSD mit der *Abklärung der Verhältnisse unter dem Gesichtspunkt des Kindeswohl*. Diese Abklärungen, die ihren Niederschlag in Form eines schriftlichen Gutachtens finden, bilden die zweite Voraussetzung, die für die Zulassung des ungeteilten Sorgerechtes erfüllt sein muss. Damit ist - wie ich meine - in umfassender Weise dafür gesorgt, dass die Eltern-Kinder-Beziehung auf eine tragfähige Basis gestellt ist:

1. haben die Eltern durch die vollständige Einigung in den scheidungsrechtlich relevanten Fragen bereits einen *Tatbeweis* geliefert für ihre Fähigkeit, auch künftig anstehende Fragen ihrer Elternschaft in einvernehmlicher und konstruktiver Weise zu bewältigen.
2. darf davon ausgegangen werden, dass ein solch umfassender Konsens der Eltern auch den *konkreten Lebensbedingungen* in der Familie Rechnung trägt, und zwar besser, als dies ein Fremd-Urteil eines Richters verinöchten.
3. ist der umfassende Konsens der Eltern Beweis für ihre Fähigkeit zur *Autonomie*. Wer sich nicht leichthin der Fremdbestimmung des Richters unterwirft, sondern sein Schicksal in eigener Regie meistert, bietet überdurchschnittliche Gewähr für eine ungeteilte Wahrnehmung elterlicher Verantwortung über die Scheidung hinaus.
4. wird durch das Belassen der - wie es bei uns immer noch so fürchterlich heisst - elterlichen "Gewalt" bei beiden Elternteilen der Eindruck vermieden, ein Elternteil werde gegenüber dem andern in irgendeiner Weise *diskriminiert*; ein Eindruck, der aus der Sicht der Kinder, die in aller Regel das Bedürfnis haben, zu beiden Eltern eine loyalitätskonfliktfreie Beziehung zu unterhalten, vermieden werden sollte.
5. gewährleistet das ungeteilte Sorgerecht überhaupt in optimaler Weise das *Selbstbestimmungsrecht* aller betroffenen Familienangehörigen, indem die richterliche Intervention auf das unvermeidbare Minimum (Prüfung der Konvention und Einholung eines Gutachtens unter dem Gesichtspunkt des Kindeswohls) begrenzt wird: Die Gestaltung der Eltern-Kind-Beziehungen nach der Scheidung bleibt ohne Unterbruch bei denen, die schon vor der Scheidung hierfür verantwortlich waren.

So verstanden führt das ungeteilte Sorgerecht auch nicht zu einer formalen *egalitär-paritätischen Gestaltung der Elternrechte*, wie Frau Bahr-Jendges dies für Deutschland befürchtet, sondern "belässt" - um ihre Worte zu verwenden, "den Eltern soviel gemeinsame Verantwortung, wie tatsächlich möglich und richtig

ist und sieht zugleich soviel feste Zuordnung an einen Elternteil vor, wie zur Wahrung der Kinderinteressen nötig ist". Eine Zielsetzung, der ich mich durchaus anschliessen kann, ohne sie allerdings zu einem gesetzgeberischen Postulat machen zu wollen. Ich meine, die Gerichte haben hier eine eigene Aufgabe zu erfüllen.

Schliesslich ein letztes Wort: Ich deute die Lichter in Westeuropa in keiner Weise so, dass die gemeinsame Sorge geschiedener Eltern als Regelfall gewünscht wird. Ungeteilte Wahrnehmung elterlicher Verantwortung nach der Scheidung ist eine zu anspruchsvolle Form der Elternschaft, als dass sie Allgemeingut werden könnte. Sie wird immer die Ausnahme bilden, mindestens auf absehbare Zeit, nämlich für so lange, als die traditionelle Rollenverteilung in der Familie keine wesentliche Veränderung erfährt, vor allem bezüglich der Stellung von Frau und Mann im Erwerbsleben. So lange hier nichts passiert, wird auch im innerfamiliären Bereich nicht viel an Veränderung geschehen können. Erst wenn Mann gelernt hat, dass Mann nicht lebt, um erwerbstätig zu sein, sondern allenfalls umgekehrt, wird es auch im Bereich der Kindererziehung und -betreuung möglich sein, die Aufgaben neu zu ordnen, Rechte und Pflichten gleichmässiger auf Väter und Mütter zu verteilen.

Anmerkung

1) Der Begriff "Sorgerecht" ist insofern irreführend, als er Verantwortung suggeriert, ohne - sofern damit die "elterliche Gewalt" nach schweizerischem Recht, und nicht die Obhut gemeint ist - allerdings irgendwelche Pflichten zu statuieren. Andererseits ist der Begriff der elterlichen "Gewalt" als Inbegriff elterlicher Entscheidungsbefugnis auch nicht mehr akzeptabel. Es ist deshalb korrekterweise entweder von "elterlicher Entscheidungsbefugnis" oder von "elterlicher Verantwortung" zu reden. Der Begriff der Verantwortung ist zwar kein rechtstechnischer Begriff, er hat gegenüber der "Entscheidungsbefugnis" aber den Vorteil, dass er - wenigstens als impliziter Appell - auch das Element der Pflicht beinhaltet.

Die Scheidungsrechtsrevision ist seit Jahren im Gespräch. Eine ExpertInnenkommission hat nach intensiven Diskussionen einen Gesetzesvorschlag ausgearbeitet, der voraussichtlich anfangs Mai der Öffentlichkeit vorgestellt und in Vernehmlassung gegeben wird. Als Einstieg - neben den vorstehenden Tagungsbeiträgen - in diese Debatte hat die Redaktion F-Frauenfragen vier Mitglieder der ExpertInnenkommission zur anstehenden Revision schriftlich befragt.

VIER STELLUNGNAHMEN ZUM KÜNFTIGEN SCHEIDUNGSRECHT

Dr. iur. Ruth Reusser
Vizedirektorin BJ, Präsidentin der Expertenkommission für die Revision des Scheidungsrechts

1. Welches sind die wichtigsten Punkte, die aus Ihrer Sicht in der Scheidungsrechtsrevision geregelt werden müssen?

Im Zentrum der Revision steht einmal die Neufassung der Scheidungsgründe, insbesondere die Einführung der Scheidung auf gemeinsames Begehren und eines formalisierten Scheidungsgrundes, der die Auflösung der Ehe auch auf einseitige Klage erlaubt, ohne die ganze Ehegeschichte vor dem Gericht ausbreiten zu müssen. Ferner gilt es, die Nebenfolgen der Scheidung möglichst verschuldensunabhängig zu regeln, die Grundlage für eine partnerschaftliche Teilung der während der Dauer der Ehe erworbenen Freizügigkeitsansprüche gegenüber der zweiten Säule zu schaffen, die gemeinsame elterliche Gewalt nach der Scheidung zu ermöglichen und einige wichtige Verfahrensgrundsätze im Interesse einer einheitlichen Rechtsanwendung im ZGB festzulegen.

2. Welches sind für Sie die wichtigsten frauen- und gleichstellungsrelevanten Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Scheidungsrechtsrevision stellen?

Drei Stichworte: Alters- und Invalidenvorsorge, nacheheliches Unterhaltsrecht, gemeinsame elterliche Gewalt nach der Scheidung.

Wohl der stossendste Punkt im geltenden Scheidungsrecht ist die fehlende Teilung der während der Dauer der Ehe erworbenen Anwartschaften gegenüber der zweiten Säule. Lediglich über Art. 151 ZGB ist unter engen Voraussetzungen eine gewisse Abgeltung möglich, sofern überhaupt die nötigen Mittel vorhanden sind. Es erstaunt deshalb nicht, dass insbesondere geschiedene ältere Frauen zu den wirtschaftlich am stärksten benachteiligten Bevölkerungskreisen unseres Landes gehören. Hier muss unbedingt Abhilfe geschaffen werden.

Auch das geltende nacheheliche Unterhaltsrecht befriedigt nicht. Die klassische Aufgabenteilung in der Ehe - die Frau betreut die Kinder und führt in der Haushalt, der Mann ist erwerbstätig - führt in der Regel nach der Scheidung für längere oder kürzere Zeit zu einem wirtschaftlichen Ungleichgewicht, das durch ein vernünftiges nacheheliches Unterhaltsrecht ausgeglichen werden muss.

Was die gemeinsame elterliche Gewalt nach der Scheidung betrifft, so handelt es sich hier um ein Anliegen der Männer, die sich recht oft durch die geltende Kinderzuteilungspraxis diskriminiert fühlen. Die Möglichkeit der gemeinsamen elterlichen Gewalt könnte aber vielleicht auch mithelfen, die Männer vermehrt in Betreuungsarbeit gegenüber ihren Kindern einzubinden, was sich zum Vorteil der Frauen auswirken würde.

3. Wo liegen Ihrer Ansicht nach die juristischen und rechtspolitischen Knacknüsse bei der Scheidungsrechtsrevision?

Vier Problemkreise stehen m.E. hier im Vordergrund: Einmal der unbedingte Anspruch auf Scheidung nach Ablauf einer bestimmten Trennungszeit. Ferner die Ausgestaltung des nachehelichen Unterhaltsrechts, die Voraussetzungen der gemeinsamen elterlichen Gewalt sowie das Übergangsrecht (nach welchem Recht beurteilen sich insbesondere die beim Inkrafttreten des neuen Gesetzes hängigen Scheidungsklagen?). Der Grundsatz der hälftigen Teilung der während der Dauer der Ehe erworbenen Anwartschaften gegenüber der zweiten Säule ist für mich derart selbstverständlich, dass ich betrübt wäre, wenn er zum Gegenstand rechtspolitischer Auseinandersetzungen würde.

4. Sollten Ihrer Meinung nach die Ergebnisse der Studie der Eidg. Kommission für Frauenfragen "Juristische Auswirkungen des neuen Eherechts" bei der Scheidungsrechtsrevision einbezogen werden und wenn ja, welche Konsequenzen sollten sie haben?

Selbstverständlich gilt es, die vorgelegte Untersuchung bei der Scheidungsrechtsrevision mitzubetrachten. Jede andere Haltung wäre Ausdruck ungerechtfertigter Arroganz. Umgekehrt kann es

natürlich auch nicht so sein, dass diese Untersuchung bisher - namentlich von der Expertenkommission für die Revision des Familienrechts - Erarbeitetes einfach blockieren könnte. Vielmehr müssten die Ergebnisse der Untersuchung möglichst objektiv analysiert werden, um sie, soweit im Vernehmlassungsentwurf nicht bereits antizipiert, in die Fortsetzung der Arbeiten zum Scheidungsrecht einfließen zu lassen.

Prof. Dr. iur. Cyril Hegnauer, Wädenswil

1. Welches sind die wichtigsten Punkte, die aus Ihrer Sicht in der Scheidungsrechtsrevision geregelt werden müssen?

11 Die Scheidungsgründe

Die Scheidung ist vorzusehen auf gemeinsames Begehren, gegen den Willen eines Ehegatten nach fünfjährigem Getrenntleben und bei Unzumutbarkeit der Fortsetzung der Ehe.

12 Die wirtschaftlichen Folgen für die Ehegatten
Dem Ehegatten, der sich bei der Scheidung wegen der Aufgabenteilung während der Ehe oder seines Alters oder wegen künftiger Betreuung der Kinder in einer schwächeren Lage befindet, schuldet der andere Ausgleich zur Erlangung angemessener beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten (Weiterbildung, Umschulung), oder zur Bestreitung des angemessenen Unterhalts und zur Sicherung der Altersvorsorge. Die eheliche Wohnung ist dem Gatten zu überlassen, der namentlich mit Rücksicht auf die Kinder mehr auf sie angewiesen ist.

13 Die Folgen für die Kinder

Die Verantwortung der Eltern muss, da zwischen ihnen keine Hausgemeinschaft mehr besteht, für jeden von ihnen gesondert geregelt werden: Obhut, Unterhalt, persönlicher Verkehr. Auf die Meinung des Kindes ist entsprechend seiner Reife Rücksicht zu nehmen. Der Elter, dem die Obhut nicht zusteht, soll, soweit möglich, an der Sorge um das Kind Anteil haben: Anhörung, Information, Mitwirkung bei Ausübung der elterlichen Gewalt, soweit vom Inhaber gebilligt. Die Vormundschaftsbehörde hat darüber zu wachen, dass der Richter die für die Wahrung des Kindeswohls nötigen Tatsachen erfährt.

14 Das Verfahren

Das Verfahren ist bundesrechtlich zu ordnen wegen der Rechtsnatur der Scheidung (beschränkte Disposition der Ehegatten) und weil das heutige Nebeneinander von kantonalen Regeln und einzelnen geschriebenen und zahllosen ungeschriebenen bundesrechtlichen Regeln unübersichtbar ist und die Rechtsverwirklichung erschwert, verzögert und verteuert.

2. Welches sind für Sie die wichtigsten frauen- und gleichstellungsrelevanten Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Scheidungsrechtsrevision stellen?

21 Die wirtschaftlichen Folgen für die Ehegatten Nachehelicher Unterhalt und Altersvorsorge, s. vorne 12.

22 Die Folgen für die Kinder
Entwicklung kindeswohlgerechter objektiver Kriterien für die Kindeszuteilung.

Angemessene Anrechnung der Betreuungsleistung.

Teilhabe des nichtobhutberechtigten Elters an der Sorge für das Kind.

3. Wo liegen Ihrer Ansicht nach die juristischen und rechtspolitischen Knacknüsse bei der Scheidungsrechtsrevision?

31 Die Scheidungsgründe

311 Einverständliche Scheidung

Das Zusammenspiel der formalen und materiellen Elemente der Anhörung der Ehegatten sollte eindeutig sein, damit sich nicht Varianten mit unklarer Tragweite entwickeln.

Wird die Anhörung der beiden Gatten eine ernstliche Prüfung des Scheidungswillens und der Vereinbarung über die Folgen - auch hinsichtlich der Kinder - erlauben oder als leeres Ritual ablaufen?

312 Unzumutbarkeit

Ist der Scheidungsgrund auch bei unverschuldeter Krankheit eines Ehegatten gegeben?

32 Wirtschaftliche Folgen für die Ehegatten

321 Nachehelicher Unterhalt

Vorsicht vor weiten Ermessensbegriffen bei der Umschreibung des Anspruchs; sie würden der Rechtsprechung einen praktisch unbegrenzten Spielraum überlassen. Die Praxis müsste darum während langer Zeit unübersichtlich, widersprüchlich und unvorhersagbar bleiben.

Streitig sind Teuerungsanpassung und Erhöhung der Rente.

Beispiele:

- Der Mann hat als freier Journalist ein unsicheres Einkommen. Darum wird ein niedriger Unterhaltsbeitrag festgelegt und die Anpassung an die Teuerung ausgeschlossen. Nach sechs Monaten wird er Pressesprecher eines Bundesdepartementes. Neu müsste in diesem Fall eine Erhöhung des Unterhaltsbeitrages und dessen Indexierung möglich sein.

- Bei der Scheidung ist kein Unterhaltsbeitrag festgesetzt worden, weil die Frau erwerbstätig sein wird. Am Tag nach der Scheidung offenbart eine ärztliche Untersuchung, dass sie an einem Magengeschwür leidet, das sich *während der Ehe* entwickelt hat. Sie wird mindestens für eine gewisse Zeit erwerbsunfähig sein. Hier müsste die Revision die Möglichkeit vorsehen, für die Frau nachträglich Unterhalt zu verlangen.

322 Berufliche Vorsorge

Die Teilung der Austrittsleistungen verspricht eine angemessene Lösung, falls bei keinem Gatten ein Versicherungsfall eingetreten ist. Eine befriedigende Regelung für den Fall, dass der Mann 65-, die Frau 62jährig ist, ist nicht in Sicht. Die Zahl der Altersscheidungen wird aber zunehmen. Die im Alter geschiedene Hausfrau darf nicht das Aschenbrödel des neuen Scheidungsrechts werden.

4. Sollen Ihrer Meinung nach die Ergebnisse der Studie der Eidg. Kommission für Frauenfragen "Juristische Auswirkungen des neuen Eherechts" bei der Scheidungsrechtsrevision einbezogen werden und wenn ja, welche Konsequenzen sollten sie haben?

41 Ein erheblicher Teil der Kritik und der Folgerungen betrifft die *Anwendung des neuen Eherechts*. Dies durch neue Normen zu korrigieren oder zu präzisieren, erscheint politisch wenig aussichtsreich.

42 Bei einzelnen Postulaten, die das neue Scheidungsrecht betreffen, z.B. bei der Kindeszuweisung, bestehen Bedenken, sie in Normen umzusetzen, weil sie nur Teilaspekte erfassen, die durch eine ganze Reihe weiterer ergänzt werden müssten, um zu überzeugen. Einzelne andere Folgerungen sind der Sache nach unter 3 behandelt. Dagegen ist zu folgenden Punkten detaillierter Stellung zu nehmen:

43 Finanzieller Ausgleich bei Nichtausübung des Besuchsrechts

Der Gedanke ist meines Wissens neu. Die erste Begegnung weckt folgende Überlegungen:

- Der Ausgleich bedürfte gesetzlicher Normierung. Diese wäre nicht einfach. Gläubiger wäre der Inhaber der Obhut, nicht wie beim Unterhaltsbeitrag das Kind, Art. 289 Abs. 1. Ein Ausgleich wäre aber wohl nur geschuldet während des Alters, in welchem das Kind aktive Betreuung nötig hat, also kaum über das 12. Altersjahr hinaus. Ob beim Kleinkind, das beim Inhaber der Obhut besucht werden muss, ein Ausgleich am Platz sei, ist fraglich.

- Der Anspruch ist nicht leicht mit dem bisherigen Konzept des persönlichen Verkehrs zu vereinbaren. Die meisten Schwierigkeiten rühren ja daher, dass das Kind oder der Inhaber der Obhut die Besuche ablehnt. Soll der Besuchsberechtigte auch seinerseits für jeden Besuch, der aus diesem Grund nicht zustandekommt, eine Geldzahlung als Genußnahme zugute haben? Fraglich wäre auch der innere Wert des persönlichen Verkehrs für das Kind, wenn der Berechtigte ihn nicht aus Interesse am Kind ausübt, sondern um den Ausgleich nicht zahlen zu müssen und um den geschiedenen Partner zu entlasten, dem er meist nicht besonders hold gesinnt ist. Es darf nicht dazu kommen, dass der an sich richtige Gedanke der Mitbetreuung sich zuleisten des Kindes auswirkt, indem jeder Elter das Kind dem andern zuschiebt, wenn es ihm wegen seiner Berufs- oder Freizeitbedürfnisse im Wege ist. Uebrigens ist auch bei der gemeinsamen elterlichen Gewalt dieser Aspekt nicht zu übersehen. Er ist umso ernster zu nehmen, als die Tatsache der Scheidung und des Scheiterns der Ehe die Eltern nicht gerade zu harmonischem Zusammenwirken prädestiniert. Das Kindeswohl hat den Vorrang vor der Gleichstellung der Eltern.

- Es ist fraglich, ob die Eltern über den Ausgleich zum voraus eine Vereinbarung schliessen könnten. Hat das Kind ein Persönlichkeitsrecht auf persönlichen Verkehr, so kann dieses nicht mit einer Zahlung an den Inhaber der Obhut abgegolten werden.

44 Kriterien für die Belassung der gemeinsamen elterlichen Gewalt

Zu unterstützen ist das Postulat, dass die Eltern den Tatbeweis für ihre Fähigkeit, die elterliche Gewalt gemeinsam auszuüben, erbringen müssen. Er bestünde darin, dass sie nach Aufhebung des Haushalts über einige Zeit hin sich erfolgreich in die Sorge um das Kind geteilt haben.

45 Altersvorsorge

Die Altersvor- und -fürsorge für die Hausfrau darf bei der Altersscheidung weder quantitativ noch qualitativ schlechter sein als die des Mannes oder die der Hausfrau, die vor der Pensionierung des Mannes geschieden wird.

*Ursula Nordmann-Zimmermann, dr en droit, avocate,
Lausanne*

1. Quelles sont les questions les plus brûlantes dans le cadre de la révision du droit de divorce ?

11 La révision de l'AVS et de la législation concernant les Caisses de pension pour assurer à la femme divorcée une retraite décente

Les épouses qui n'ont pas eu d'activité lucrative durant le mariage ou qui n'ont travaillé à l'extérieur qu'à temps partiel n'ont pas ou pas du tout cotisé à l'AVS et n'ont pas pu se constituer un deuxième pilier (caisse de pension). Les maris, en revanche, ont régulièrement cotisé à l'AVS et à la caisse de pension. Après le divorce, la femme ne profite plus du tout de toutes les cotisations que le mari a payées durant le mariage, sauf circonstances très spéciales et rares. Ceci vaut particulièrement pour le deuxième pilier, mais également pour l'AVS. Économiquement parlant, tous les montants que le mari et son employeur ont versés à ces assurances sont des économies ou salaires différés qui devraient être partagés lors du divorce. La législation actuelle ne le permet pas. Seules les femmes divorcées qui bénéficient actuellement d'une contribution d'entretien correcte à vie, cas de plus en plus rare, profitent pleinement de ces "économies" non partagées du mari. Or, pour obtenir une telle rente, la femme doit être considérée, comme innocente lors du divorce et le mari jugé coupable. En d'autres termes, la femme divorcée ne peut bénéficier des prestations de l'AVS et de la caisse de pension du mari si elle est fautive alors que le mari fautif ne perd aucun droit dans ces assurances sociales. La révision du droit de divorce n'a un sens que si l'AVS et la législation sur les caisses de pension (LPP, CO ou projet de loi sur le libre passage) sont simultanément révisées pour rendre possible le partage entre époux des droits acquis dans ces assurances durant le mariage.

12 Le divorce par consentement mutuel

L'actuel taux de divorce (par année, il y a environ un divorce sur trois mariages) exige de changer la conception même du divorce. Il ne devrait plus être considéré essentiellement comme règlement de comptes du passé. Son but principal doit être un règlement convenable de l'avenir pour toutes les parties impliquées et si possible élaboré d'un commun accord.

Dans cet esprit, quelles seraient alors les causes de divorce? Le divorce pour faute ne paraît guère y avoir de place.

Suffit-il que les deux parties veuillent divorcer pour que le divorce soit prononcé? La volonté commune serait alors la cause du divorce?

Si oui, comment prouver cette volonté commune, par la seule entente sur les effets accessoires du divorce?

Que prévoir lorsque la volonté commune de divorcer existe mais qu'il y a désaccord sur les effets accessoires?

En d'autres termes, faut-il introduire dans le Code civil le divorce par consentement mutuel, déjà pratiqué dans divers cantons, moyennant quelques astuces du droit de procédure et comment régler les modalités de ce divorce? Les Européens connaissent pour la plupart ce mode de divorce.

Lorsqu'un seul époux veut divorcer, suffit-il qu'il établisse l'absence de vie commune durant quelques années pour que le juge prononce le divorce? Ceci reviendrait à conférer à chaque époux un droit absolu au divorce malgré la résistance du conjoint et dont la cause serait une durée minimum de vie séparée.

Faut-il maintenir parallèlement le divorce pour faute lorsque la résistance d'un époux au divorce relève de l'abus de droit?

Quel délai d'attente prévoir, plutôt long et improlongeable ou court et prolongeable, ce qui serait du pain béni pour les parties procédurières?

13 Les contributions d'entretien entre époux après divorce

Lorsque le législateur bannit la faute du droit du divorce quelle solidarité matrimoniale subsisterait au-delà du divorce? Quelle en serait la cause? Probablement, les effets engendrés par le mariage et qui subsistent au-delà du divorce, par exemple l'éducation des enfants, la perte des aptitudes professionnelles, l'état de santé, l'âge, etc. Quels seront les critères de la quotité des contributions à verser? Les besoins futurs, bien entendu, mais ceci peut autant dire le minimum vital que des moyens permettant de maintenir le niveau de vie antérieur.

Dans quelle circonstance une contribution d'entretien pourrait-elle subir une baisse et surtout serait-il possible d'augmenter la contribution ultérieurement? Une contribution versée pour recyclage ou pour l'éducation des enfants peut-elle, dans des circonstances particulières, subsister au-delà du remariage du bénéficiaire puisque la cause de cette contribution est une conséquence du premier mariage?

14 L'autorité parentale conjointe

Par rapport au sort des enfants se posent les questions de l'introduction de l'autorité parentale conjointe et de l'élargissement des droits de celui qui est privé de l'autorité parentale.

En cas de divorce, il faut en effet prendre en considération deux types de relation distincts : la relation entre les époux qui disparaît et celle entre l'enfant et chacun des parents qui subsiste.

Un autre point à discuter concerne l'enfant lui-même. Faut-il prendre en considération son désir de vivre chez l'un ou chez l'autre des parents, comment le faire et à partir de quel âge?

2. *Quels sont les enjeux touchant à l'égalité des sexes et les points concernant tout particulièrement les femmes?*

21 A nouveau: les contributions d'entretien après divorce

L'actuel droit du divorce et la jurisprudence y relative ne défavorisent pas un sexe par rapport à l'autre. Toutefois, ce droit non sexiste est applicable à des situations de faits qui mettent la femme en général dans une situation économique bien moins favorable que l'homme. Elle a une moins bonne formation professionnelle. Elle a interrompu son activité lucrative ou du moins diminué son activité professionnelle pour mettre au monde des enfants, les élever et faire le ménage. Son salaire est en moyenne encore de 30 % inférieur à celui de l'homme. Elle se trouve donc, lors du divorce, dans une situation qui ne lui permet pas de subvenir elle-même à son entretien. Ce phénomène est encore accentué du fait que c'est elle qui s'occupera des enfants après divorce, ce qui l'empêche de prendre un travail à plein temps et de se recycler. De surcroît, l'ex-mari n'exerce pas régulièrement son droit de visite pour la décharger.

Ce sont dès lors les règles concernant les contributions entre époux après divorce qui touchent de très près la femme. Aura-t-elle droit au financement d'un recyclage professionnel par le mari? Aura-t-elle droit à une sorte de salaire lorsqu'elle s'occupe de l'éducation des enfants? Y aura-t-elle droit alors même qu'elle ne serait pas l'épouse "innocente", alors même que son mari ne serait pas "coupable"? Y aura-t-elle droit lorsque le mariage n'a duré que peu d'années? En bref, il faut trouver des solutions permettant à la femme d'accomplir l'éducation des enfants dans une situation financière correcte et de retrouver, si possible, son indépendance économique par la suite.

22 Les droits de chaque parent sur les enfants après divorce

En rapport avec les enfants la question de l'autorité parentale conjointe après divorce est sur toutes les lèvres, ceci d'autant plus que le Tribunal fédéral vient de la refuser sous le droit actuel. Sera-t-elle admise et à quelles conditions? Comment éviter qu'elle ne se transforme en ingérence insupportable dans la vie quotidienne de celui qui a la garde? La garde peut-elle être partagée?

Plus important dans le contexte de l'égalité des sexes me paraît le point de l'extension des droits sur l'enfant de celui qui n'a pas l'autorité parentale. Aura-t-il le droit de se renseigner sur l'enfant auprès du médecin, de l'autorité scolaire, du maître d'apprentissage? Aura-t-il son mot à dire en ce qui concerne le choix scolaire et professionnel de l'enfant, au sujet d'interventions et traitements médicaux?

Est-il possible d'obliger le bénéficiaire du droit de visite de l'exercer effectivement et comment le faire reste sans doute une question aussi importante que délicate.

23 A nouveau l'AVS et la caisse de pension

D'une importance primordiale au point de vue de l'égalité des sexes et vitale, voire existentielle, au sens propre du terme, pour les femmes dans le cadre du divorce sont les questions soulevées plus haut de la 10ème révision de l'AVS et du partage entre époux des expectatives accumulées durant le mariage dans le cadre du deuxième pilier.

3. *Quels sont les casse-tête juridiques et politiques de la révision?*

La question posée en allemand emploie les termes "juristische und rechtspolitische Knacknüsse bei der Revision". Le terme *rechtspolitisch* peut être traduit par "politique juridique", inusuel en français, car, en réalité, il s'agit de décisions purement politiques du législateur qui détermineront le contenu du droit. La traduction de "rechtspolitisch" simplement par "politique" s'impose dès lors.

Au stade actuel de la révision - il existe un avant-projet de loi et un rapport explicatif non encore publiés - il me paraît politiquement fort inopportun qu'un membre de la Commission, qui a élaboré l'avant-projet, émette des prévisions quant à l'accueil que lui réserveront les acteurs politiques. Susciter des polémiques à propos d'un projet non publié ne profite jamais aux partisans du changement.

Quant aux casse-tête juridiques, ils ne surgissent qu'après que la décision politique est prise et relèvent essentiellement de la technique législative. Il y aura certainement un casse-tête juridique au cas où le Parlement déciderait que lors du divorce l'avoir-vieillesse LPP (caisse de pension) accumulé durant le mariage est partagé entre les époux. Il consiste à trouver des solutions pour atteindre ce but. Ce sont, en grande partie, des questions techniques à résoudre par des spécialistes et qui ne sauraient être approfondies ici sans être fastidieuses pour les lecteurs et lectrices.

4. Les résultats de l'étude de la Commission fédérale pour les questions féminines, "Effets juridiques du nouveau droit matrimonial", devraient-ils, selon vous, être pris en considération lors de la révision du droit du divorce. Si oui, quelles conséquences faut-il en tirer?

Cette étude critique à juste titre le manque de rigueur de la mise en oeuvre de certaines dispositions du nouveau droit matrimonial dont la cause serait, d'une part, l'absence de revendications des parties et, d'autre part, une certaine carence de divers tribunaux.

La révision en cours ne peut pas remédier à cet état des choses. Toutefois, il serait utile de faire connaître cette étude aux tribunaux de première instance notamment.

En revanche, les revendications de fond exprimées et qui n'auraient pas été retenues par l'avant-projet - elles ne sont pas légion - peuvent être développées dans le cadre de la procédure de consultation. L'étude permet en outre de souligner le bien-fondé d'une multitude de propositions contenues dans l'avant-projet. A cette fin, il serait indispensable de la discuter largement.

Divers postulats contenus dans les conclusions de l'étude revendiquent l'insertion dans la loi de critères précis et concrets pour l'application de certaines dispositions, par exemple celle sur l'autorité parentale conjointe. Ceci peut favoriser une mise en oeuvre rapide des nouvelles dispositions mais empêche l'évolution de l'institution par la jurisprudence, évolution très précieuse dans un pays où l'on prend son temps avant de procéder à une révision de la loi.

Verena Bräm, Oberrichterin, Zürich

1. Welches sind die wichtigsten Punkte, die aus Ihrer Sicht in der Scheidungsrechtsrevision geregelt werden müssen?

Die Rechtsprechung hat das Scheidungsrecht von 1907 den gesellschaftlichen Veränderungen weitgehend angepasst. Die Möglichkeiten der richterlichen Rechtsfortbildung sind an ihrer Grenze angelangt. Eine gesetzliche Neuregelung ist daher unabhängig von deren Inhalt eine rechtspolitische Notwendigkeit.

Die Ermöglichung einer echten einverständlichen Scheidung und das Abrücken vom Verschuldensprinzip sind die Hauptziele. Die gescheiterte Ehe soll geschieden werden können, unabhängig von der Frage, wer und zu wieviel Prozent dieses Scheitern zu verantworten hat. Das führt zu einer Objektivierung der Scheidungsgründe.

Die finanziellen Folgen der Scheidung sollen weitgehend verschuldensunabhängig geregelt werden.

2. Welches sind für Sie die wichtigsten frauen- und gleichstellungsrelevanten Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Scheidungsrechtsrevision stellen?

Spezielle rechtliche Gleichstellungspostulate sind im Scheidungsrecht nicht zu verwirklichen. Das Scheidungsrecht ist heute schon "geschlechtsneutral" konzipiert. Die spezifischen Frauenprobleme liegen nicht auf rechtlicher, sondern gesellschaftlicher, insbesondere ökonomischer Ebene. Die schlechteren Chancen der Frauen im Berufsleben, unter anderem auch bedingt durch einen zeitweiligen Ausstieg während der Phase der Kinderbetreuung, haben zur Folge, dass die Frauen durch die Folgen der Scheidung finanziell stärker getroffen werden. Das gilt für Frauen mit Kindern, aber auch für Frauen, die nach sehr langer Ehedauer ohne berufliche Tätigkeit geschieden werden. Obwohl es heute mehr als früher Väter gibt, welche die Verantwortung für die Kinder übernehmen oder übernehmen würden, bleiben die Kinder im Normalfall bei der Mutter. Das Selbstverständnis der Frau als Mutter erlaubt es ihr kaum oder nur in Ausnahmefällen, eine andere Lösung ernsthaft in Betracht zu ziehen. Ein Ausgleich durch

eine entsprechend höhere Alimentenzahlung des Mannes scheitert an seiner ungenügenden finanziellen Leistungsfähigkeit. Ein monatliches Einkommen von 4'000 bis 4'500 Franken reicht nicht aus, um zwei Haushalte zu finanzieren. Die geschiedene Frau mit Kindern muss daher recht bald, oft schon direkt nach der Scheidung, sich nach einer Teilzeitarbeit umsehen. Das führt zu einer starken Belastung. *Eine rechtliche Lösung gibt es für dieses Problem nicht.*

Ein Gleichstellungspostulat stellt sich dagegen bei der beruflichen Vorsorge (2. Säule). Die Scheidungsrechtsrevision soll zum Anlass genommen werden, die während einer Ehe entstandenen Vorsorge-Anwartschaften auf beide Ehegatten aufzuteilen. Dieses Postulat könnte unabhängig von der Scheidungsrechtsrevision auch im Rahmen einer OR- bzw. BVG-Revision gelöst werden.

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass die Finanzierung der 2. Säule über Lohnprozente erfolgt. Die Solidarität ist wesentlich schwächer ausgebildet als bei der staatlichen AHV. Nur derjenige Ehegatte, der in einem Arbeitsverhältnis steht, erwirbt Anwartschaften und später Ansprüche auf Leistungen gegenüber einer Vorsorgeeinrichtung. Auch wenn diese Anwartschaften bei der Scheidung aufgeteilt werden, wird es noch Fälle geben, in denen die Altersvorsorge der geschiedenen Frau ungenügend ist. Andererseits hat die Aufteilung der Anwartschaften für den geschiedenen Mann besonders dann einschneidende Konsequenzen, wenn es in den letzten 5 bis 10 Jahren vor der Pensionierung zur Scheidung kommt.

3. Wo liegen Ihrer Ansicht nach die juristischen und rechtspolitischen Knacknüsse bei der Scheidungsrechtsrevision?

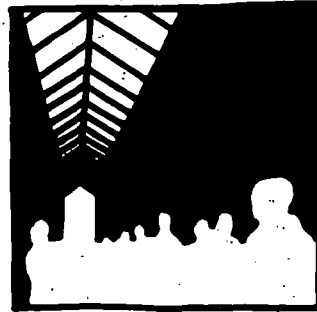
Die Scheidungsproblematik ist schwer rational anzugehen. Die Scheidung bedeutet das Scheitern einer Beziehung, verbunden mit einem - im besten Fall vorübergehenden - Absinken des Lebensstandards für die Geschiedenen. Sie ist und bleibt schmerzhaft für alle Beteiligten, die Ehegatten, die Kinder, die weitere Familie. *Das Scheidungsrecht kann dies nicht verhindern.* Wie die Erfahrungen unserer Nachbarstaaten, die ihr Scheidungsrecht bereits revidiert haben, zeigen, wird es die Scheidungsräten weder positiv noch negativ beeinflussen. Es werden viele Erwartungen enttäuscht werden. Die Erwartungen, man bekomme mit einem neuen Scheidungsrecht die steigenden Scheidungsraten in den Griff wie auch die Erwartung Geschiedener, seien das Frauen oder Männer, das neue Recht bringe eine finanzielle Besserstellung bzw. Entlastung.

4. Sollten Ihrer Meinung nach die Ergebnisse der Studie der Eidg. Kommission für Frauenfragen "Juristische Auswirkungen des neuen Eherechts" bei der Scheidungsrechtsrevision einbezogen werden und wenn ja, welche Konsequenzen sollten sie haben?

Aus den Ergebnissen der Studie der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen zu den juristischen Auswirkungen des neuen Eherechts sollten folgende Erkenntnisse berücksichtigt werden:

Rechtliche Gleichstellung hat nur beschränkte Auswirkungen auf die gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen. Wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen, bedeutet rechtliche Gleichstellung eine Benachteiligung des oder der Schwächeren.

Die Erwartungen unserer Gesellschaft an Gesetz und Rechtsprechung für die Lösung von Problemen sind zu hoch.



DIE SUCHE

Viele Jahre lang hat sie auf ihn gewartet. Er ist nicht wiedergekommen.

Sie weiß, er wird nie mehr wiederkommen.

Trotzdem, sie muß ihn suchen.

Sie verschenkt ihr Haus, sie verschenkt ihr ganzes Hab und Gut und zieht als Bettlerin in die Welt hinaus.

Sie weiß, nur so wird sie ihn finden.

Wo sie auch anklopft, die Leute weisen ihr die Tür.

Nein, sagen sie. Deinen Mann haben wir nicht gesehen. Den kennen wir nicht. Zieh weiter. Laß uns mit deiner Liebe in Ruh.

Und sie zieht weiter übers Land, durch viele Länder, durch viele Städte. Sieht in viele Häuser, fragt nach ihm.

Es gibt so viele Männer auf dieser Welt, sagen die Leute. Du bist unter deinen Lumpen jung und schön. Laß ihn fahren, deinen Mann. Nimm dir einen andern. Das Leben ist kurz und die Liebe ist süß.

Sie aber geht weiter, fragt und fragt.

Und sie fragt auch ihn.

Hast du meinen Mann nicht gesehen?

Er schüttelt den Kopf. Er erkennt sie nicht.

Komm, sagt er. Vergiß diesen Mann. Die Liebe ist süß und das Leben nicht lang. Zieh etwas Schöneres anstelle der Lumpen an.

Sie aber zieht weiter übers Land. Durch viele Länder, durch viele Städte. Wird immer älter und schwächer dabei.

Ich werde ihn suchen, bis ans Ende meines Lebens, bis ans Ende der Welt.

Wieder trifft sie in einem fernen Land einen Mann. Bist du es? fragt sie ihn. Deine Stimme ist mir vertraut. Dein Gesicht ist es nicht.

Vielleicht bin ich es, sagt der Mann. Ich bin durch die ganze Welt gefahren auf der Suche nach ihr. Und habe sie doch bis jetzt nicht gefunden. Die Liebe ist süß, das Leben nicht lang.

Sie aber muß weiter.

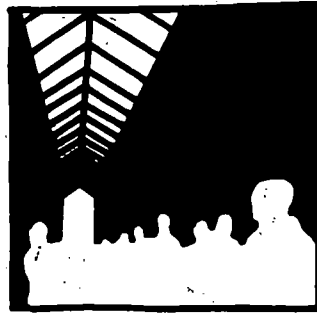
Du bist es nicht. Er war ein ganz anderer Mann. Der Mann, den ich suche, der sucht mich nicht. Ich ruhe nicht eher, als bis ich ihn gefunden habe.

Sie geht weiter übers Land, durch viele Länder, durch viele Städte. Kein Ort, an dem sie nicht schon gewesen ist. Sie erinnert sich nicht.

Er, dem all dieses Suchen gilt, er ist nun ein alter Mann, lebt in einem schönen Haus.

Bist du es? fragt die, die ihn so lange schon sucht.

Ich weiß es nicht, sagt der Mann. Du erinnerst



mich an etwas. Das ist so lange schon vorbei.
Tritt ein, ruh dich aus. Drinnen im Haus findest
du schöne Kleider. Zieh deine Lumpen aus. Sie
aber kann nicht bleiben.

Ich muß weiter, sagt sie, immer weiter. Ich fühle
mich alt und schwach und krank. Ich suche
einen, den muß ich finden. Ich werde ihn suchen
bis ans Ende meines Lebens, bis ans Ende der
Welt.

Und sie zieht weiter, immer weiter, umrundet
die Welt, Jahr für Jahr, immer aufs neue. Sie
kommt auch immer wieder zu dem, den sie
sucht.

Sie klopft an seine Tür. Die Tür geht auf. Jetzt
erinnert er sich. Jetzt erkennt er die Frau, die er
vor so langer Zeit vergessen hat. Er sagt ihr
nichts davon.

Bleib hier, sagt er. Ruh dich aus. Zieh schöne,
helle, luftige Kleider an.

Sie aber weint.

Ich kann nicht bleiben, ich muß ihn suchen, bis
ans Ende meiner Kräfte, bis ans Ende meines Le-
bens, bis hin ans Ende der Welt. Ich muß ihn
finden, meinen Mann. Leb wohl.

Ganz am Ende ihres Lebens steht sie noch ein-
mal vor seiner Tür.

Ich kenne dieses Haus, sagt sie. Hier war ich
schon. Wie friedlich es hier ist, wie nett deine

Frau, wie lieb deine Kinder und du selbst, du
bist mir so nah.

Tritt ein, sagt er. Du bist schwach.

Es wird das Ende sein, sagt sie. Lege ich mich
nieder, kann ich nicht wieder gehen.

Bleib, sagt er. Bleib.

Sie aber kann nicht bleiben.

Bis ans Ende meines Lebens, bis ans Ende der
Welt.

Sie fällt nieder vor seiner Tür.

Die Liebe ist süß, das Leben ist kurz.

Der Kinder- und Jugendmedienpreis "Rote Zora 1991" wurde an das Theater Bruchstein für die Inszenierung des gleichnamigen Musiktheaterstücks zum Thema Inzest vergeben.

Le prix ZORA LA ROUSSE 1991 des médias pour l'enfance et la jeunesse a été décerné au théâtre Bruchstein pour une pièce du même nom consacrée au thème de l'inceste.

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann verlieh im Herbst 1991 zum ersten Mal den Kinder- und Jugendmedienpreis *DIE ROTE ZORA*. Mit diesem Preis werden kulturelle Projekte aus verschiedenen Sparten (Theater, Tanz, Musik, Literatur, Film, Schulprojekte etc.) ausgezeichnet, welche die Gleichstellung von Mädchen und Knaben bzw. Frauen und Männern zum Thema haben, Rollenverhalten hinterfragen oder neue und bisher ungewohnte Formen der gemeinsamen Lebensgestaltung aufzeigen.

Die Preissumme beträgt jährlich 10'000 Franken. Jury-Mitglieder sind Marioliva Cavalli, Golino; Gunda Dimitri, Verscio; Thierry Durand, Jussy; Charlotte Huldi Baratta, Biel; Gabriela Kaegi, Bern; Hans Manz, Zürich sowie Claudia Kaufmann, Eidg. Gleichstellungsbüro.

Der Preis *DIE ROTE ZORA 1991* ging an die Zürcher Theatergruppe *BRUCHSTEIN* für die Inszenierung des gleichnamigen Musiktheaterstücks zum Thema Inzest. Die Autorin Christine Rinderknecht hat es für Jugendliche ab 15 Jahren verfasst. Die Jury zeichnete sowohl Stück wie auch Inszenierung aus, die auf feinfühlig und gleichzeitig kompromisslos deutliche Art einen wichtigen Beitrag zur Enttabuisierung des Themas Inzest leisten. Autorin und Ensemble zeigen in ihrer künstlerisch hochstehenden und dichten Produktion den Zusammenhang zwischen persönlicher Betroffenheit und gesellschaftlicher Relevanz sexueller Gewalt an Mädchen.

Die Preisverleihung erfolgte anlässlich der Aufführung des Stücks am 15. Dezember 1991 im Theater am Gleis in Winterthur. Die Ansprache hielt Hansueli W. Moser-Ehinger, Kulturjournalist aus Basel.

En automne 1991, le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes a décerné pour la première fois le prix *ZORA LA ROUSSE* des médias pour l'enfance et la jeunesse. Ce prix récompense des projets culturels dans les domaines du théâtre, de la danse, de la musique, de la littérature, du cinéma, des projets scolaires, etc., qui abordent le thème de l'égalité des sexes, s'interrogent sur la répartition des rôles, et évoquent des modèles nouveaux et originaux de vie en commun.

Le montant du prix est de 10'000 francs. Les membres du jury sont Marioliva Cavalli, Golino; Gunda Dimitri, Verscio; Thierry Durant, Jussy; Charlotte Huldi Baratta, Bienne; Gabriela Kaegi, Berne; Hans Manz, Zurich et Claudia Kaufmann, Bureau fédéral de l'égalité.

Le prix *ZORA LA ROUSSE 1991* a été décerné à la troupe de théâtre zurichoise *BRUCHSTEIN* pour une pièce du même nom consacrée au thème de l'inceste. L'auteur de la pièce, Christine Rinderknecht, l'a conçue pour des jeunes de plus de 15 ans. Le jury distingue aussi bien la mise en scène que la pièce elle-même, qui contribuent, subtilement mais sans compromis, à détabouiser le thème de l'inceste. L'auteur, les comédiennes et les comédiens, montrent dans cette production dense et de haute tenue les rapports qui existent entre le problème individuel et la dimension sociale de la violence sexuelle à l'égard des jeunes femmes.

Le prix a été remis à l'occasion de la représentation qui a eu lieu le 15 décembre 1991 au théâtre "am Gleis" à Winterthur.

GEBRAUCHSTHEATER

Rede anlässlich der Preisverleihung *DIE ROTE ZORA* vom 15.12.91

von Hansueli W. Moser-Ehinger

Wir sind hier, um die erste Uebergabe des Preises *DIE ROTE ZORA* zu feiern. Damit ausgezeichnet werden kulturelle Projekte "aus dem Bereich der Kinder- und Jugendmedien, die die Gleichstellung von Mädchen und Knaben beziehungsweise Frauen und Männern zum Thema haben, Rollenverhalten hinterfragen oder neue und bisher ungewohnte Formen der gemeinsamen Lebensgestaltung aufzeigen". Ausgezeichnet werden können Werke aus den verschiedensten Bereichen - vom Theater über Musik, Ausstellungen, Literatur, Film und Zeitungen bis zu Lehrmitteln und Animationen.

Wenn ein Preis in so vielen Bereichen zugesprochen werden kann, fällt er nicht oft auf die Sparte Theater. Es war beispielsweise eine kleine Sensation, als der Kunstpreis der Stadt Basel 1987 dem Theater Spilkische zugesprochen wurde - zuvor hatte als selbstverständlich gegolten, dass preiswürdige Kunst aus den Bereichen der Literatur, der Musik und der bildenden Künste zu stammen habe. Umso bemerkenswerter ist, dass nun das Gremium, das für die Vergebung des Preises *DIE ROTE ZORA* zuständig ist, seine Tätigkeit mit der Auszeichnung einer Theaterproduktion begonnen hat.

Ist eine Tendenz auszuzeichnen (und das ist bei *DIE ROTE ZORA*, wie wir gehört haben, zweifellos der Fall), so zählt für die Auswahl der Sparte nicht zuletzt ihre Wirksamkeit. Dass der Preis dem *BRUCHSTEIN*-Ensemble zugesprochen wurde, darf also durchaus als Hinweis darauf betrachtet werden, dass die Jury Theater für ein wirksames Medium hält. Wenn sie also davon ausgeht, dass ein Theaterstück den Bestrebungen zur Gleichstellung von Frau und Mann förderlich sein könne, so setzt sie sich allerdings in einen gewissen Widerspruch zur Meinung vieler Theaterleute, dass die Welt mit Theater nämlich nicht verändert werden könne. Es ist nicht auszuschliessen, dass sich beide Meinungen belegen lassen, und ich denke, das liegt nicht zuletzt daran, dass eben lange nicht alle unter "Theater" ein und dasselbe verstehen.

Das ist auch der Grund, warum ich angezeigt habe, hier über "Gebrauchstheater" reden zu wollen. Ich weiss, dass der Begriff gefährlich ist. Wortverbindungen mit "Gebrauchs-" suggerieren, dass es noch eine andere, eine absolute, eine höhere Form dessen gäbe, was dahintergekuppelt ist. Ich erinnere an

"Gebrauchsgrafik" oder an "Gebrauchslyrik". Solche Begriffe haben den Beigeschmack der Disqualifikation, erwecken den Verdacht von Minderwertigkeit. Allerdings wage ich die Vermutung zu äussern, dass - beispielsweise - Erich Kästners "Lyrische Hausapotheke" kaum weniger Menschen berührt hat als - beispielsweise - die Lyrik von Gottfried Benn. Und ich meine, dass die Qualität der sogenannten Gebrauchsgrafik unsere Lebensqualität mindestens so nachhaltig prägt wie die Zeichnungen von Michelangelo.

Sie sehen: ich jedenfalls halte "Gebrauchstheater" nicht für ein Schimpfwort. Ebensowenig würde mich die Etikette "Kunsttheater" beispielsweise vom Besuch von Goethes "Faust" abhalten. Aber ich bin überzeugt davon, dass eben das, was ich "Gebrauchstheater" nenne, im heutigen Kunstbetrieb masslos unterschätzt wird.

Dass ich eben dem "Gebrauchs-" das "Kunsttheater" gegenübergestellt habe, soll und darf nun aber keineswegs heissen, dass ich hier einen Gegensatz sähe in dem Sinne, dass dem einen qualitativ fehle, was das andere - qualitativ - habe. Mir geht es einzig und allein darum, dass ich beim "Kunsttheater" die Furcht nicht loswerde, es bleibe zu oft art pour l'art und erreiche deswegen nicht, was erreicht werden könnte.

Auf Gedanken und Wertungen, wie ich sie hier aufgezeigt habe, kommen allerdings wahrscheinlich nur Erwachsene. Solche Qualifikationen müssen Kindern und Jugendlichen erst einmal eingepflanzt werden. Ich wage auch hier ein Beispiel. Das Basler Jugendtheater spielt "Kasch mi gärn ha". Es geht da ganz konkret um die Beziehungen zwischen werdenden Frauen und werdenden Männern und ihrer Umgebung. Der recht jugendlichen Truppe gelingt dabei eine Umsetzung, die weit entfernt ist von einer Abbildung 1 zu 1 - sie macht also Kunst, zumindest im ersten Teil des Abends. Der ist entsprechend spannend. Den zweiten Teil, in dem - spielerisch demonstrativ - dargelegt und gezeigt wird, wie Frau und Mann technisch miteinander und mit Hilfsmitteln umgehen, damit nicht passiere, was passieren könnte, habe ich als riesige Enttäuschung empfunden: als unelegant und plakativ. Damit jedoch befand ich mich sicht- und hörbar im Gegensatz zum jugendlichen Publikum: den Buben und Mädchen im Zuschauerraum war diese technische Aufklärung und Anleitung mindestens ebensowichtig wie das "Vorspiel" vor der Pause. Es kam den Jugendlichen auf den Inhalt an - die (vermeintlich fehlende) Kunst interessierte nur die Vorgestrigen. Ich habe bei solchen Gelegenheiten gelernt, dass Qualität eben auch abhängig ist vom Verhältnis des Publikums zum Gegenstand, zum Thema, zum Inhalt der Aufführung.

Sie haben unterdessen wohl gemerkt, dass ich mit "Gebrauchstheater" Produktionen und Aufführungen meine, die sich mehr oder weniger direkt mit Situationen, Befindlichkeiten und Problemen befassen, die denen des Publikums entsprechen. Das tun, zumindest indirekt, natürlich auch fast alle dramatischen Werke der Weltliteratur; aber sie tun es - zu oft eben in einer künstlerisch derart überhöhten Form, dass der Gegenwartsbezug erst erarbeitet werden muss. Ich habe kürzlich wieder einmal Shakespeares "Mass für Mass" gesehen - ein Stück also, das mit seiner Thematik durchaus in den Bereich hineinreicht, für dessen Behandlung *BRUCHSTEIN* den Preis bekommt. Dass es bei Shakespeare dem Machthaber nicht gelingt, eine Frau zu nötigen, ihm ausserhalb der erlaubten Konventionen zu Willen zu sein, ist zwar erbaulich - aber wenn danach der Fürst, der das verhindert hat, in durchaus vergleichbarer Weise über die betroffene Frau verfügt, indem er sie - nach der Verheiratung der übrigen Beteiligten - zum happy end im Sinne des Wortes zur Frau nimmt, wird wiederum eine Männermacht verselbstständlicht, dass es einem den Magen umdreht.

Es ist natürlich eine Uebertreibung zu behaupten, solche Verselbstverständlichungen unhaltbarer Rollenbilder beherrschten das gesamte Repertoire des "Kunsttheaters". Aber wir dürfen nicht vergessen, dass es, auch als bürgerliches Theater bei der Ablösung des Hoftheaters, bei allen revolutionären Ausnahmen, eben doch auch ein Instrument zur intellektuellen Konservierung überlieferter Gesellschaftsordnungen war.

Es kommt darum nicht von ungefähr, dass das Theater, das sich wirklich mit aktuellen Gegenwartsfragen auseinandersetzt, nur ausnahmsweise auf etablierten Bühnen zu sehen ist. Deswegen freut es mich umso mehr, dass erster Träger des Preises *DIE ROTE ZORA* eine Produktion, ein Ensemble ist, das der freien Theaterszene zuzurechnen ist. Ich habe bei der Vorbereitung dieses Referats nochmals sorgfältig die Spielpläne der Schweizer Theater durchgesehen. Stücke, die sich eines aktuellen Gegenwartsthemas annehmen, das jedefrau und jedermann akut betreffen kann, wie das in *BRUCHSTEIN* der Fall ist, sind selten - auch in der freien Szene und in Anbetracht der Tatsache, dass dort öfters anderes produziert wird, als angekündigt war. Ebenso klar wird dabei aber, dass eben diese freie Szene sich öfter und energischer solcher Themenkomplexe annimmt.

Ich erinnere Sie an meine Feststellung, dass jugendlichen Theaterbesuchern der Inhalt eines Theaterstücks, die darin enthaltenen Informationen, offenbar wichtiger sind als die - künstlerische - Form, in der sie dargeboten werden. Wir kunst- und kulturbehiessenen Beobachter nennen ein solches Publi-

kum gern naiv - und wir meinen das oft kaum als Auszeichnung. Ich halte das für gefährlich. Ich meine nämlich, dass ein grosser Teil des potentiellen Theaterpublikums eben naiv ist - naiv im dem Sinne, als es unbeleckt von allen kunst- und kulturästhetischen Theorien ins Theater geht und dort vielleicht nicht nur, aber eben auch an Inhalt und Information interessiert ist. Und ich fürchte, dass viele Produktionen, von den schreibenden über die inszenierenden bis zu den darstellenden Personen, diesem Bedürfnis zu wenig Rechnung tragen. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: ich halte künstlerische Anforderungen an das Theater, an die Theaterarbeit, an die Theatermacherinnen und Theatermacher für ungeheuer wichtig. Gerade deswegen aber dürfen solche Anforderungen nie und nirgends einem auch noch so naiven Publikum den Zugang zum Theater erschweren. Das Kunststück ist, wie immer, ein Gleichgewicht zu finden.

Und das meine ich vor allem, wenn ich von "Gebrauchstheater" rede. Und ich bin froh um alle, die sich dafür nicht zu gut sind, die nicht mit ästhetischem Formenspiel verniedlichen, was uns alle umtreibt, umtreiben muss. Darum freut mich dieser Preis - für eine solche Produktion, und für eine Autorin, die ihre Arbeit selber offen "Gebrauchstheater" nennt.

DIE TÄTIGKEIT DER EIDG. KOMMISSION FÜR FRAUENFRAGEN IM JAHRE 1991

Themenschwerpunkte des Jahres 1991 waren für die Eidg. Kommission für Frauenfragen die juristischen Auswirkungen des neuen Eherechts im Eheschutz- und Scheidungsverfahren, die Situation der ausserhäuslichen Kinderbetreuung und die Stellungnahmen der Kommission in verschiedenen Vernehmlassungsverfahren, insbesondere zum Entwurf des Gleichstellungsgesetzes.

Für das zurückgetretene Kommissionsmitglied Frau Ruth Hungerbühler wurde Frau Silvia Grossenbacher neu in die Eidg. Kommission für Frauenfragen gewählt.

Auf Ende des Jahres aus Altersgründen zurückgetreten ist Frau Alma Bacciarini, Vizepräsidentin und langjähriges und engagiertes Mitglied der Eidg. Kommission für Frauenfragen. Ebenfalls auf Ende Jahr traten Frau Anne-Marie Walther-Roost und Frau Denise Boudry Wyss zurück.

1. SITZUNGEN

1.1. Plenarsitzungen

An insgesamt 5 Sitzungstagen (25./26. März, 26. Juni, 19./20. November) behandelte die Kommission als wesentlichste Traktanden: Diskussion und Verabschiedung der Stellungnahmen zum Gleichstellungsgesetz, zur Revision der Krankenversicherung und zur Teilrevision der beruflichen Vorsorge (Freizügigkeit); Diskussion und Verabschiedung des Berichts zu den juristischen Auswirkungen des neuen Eherechts, Entwicklung und Verabschiedung von Folgerungen, welche sich aus der Studie ergeben, Herausgabe einer Broschüre zum neuen Eherecht; Diskussion und Verabschiedung des ersten und zweiten Teils des Berichts zur ausserhäuslichen Kinderbetreuung in der Schweiz; Auswertung der Umfrage bei den kantonalen politischen Organisationen zum Bericht 'Nehmen Sie Platz, Madame' und den Wahlprospekt 'Am 20. Oktober ist Damenvahl'.

1.2. Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppe *Sozialpolitik* bereitete die Stellungnahme der Kommission zur Vernehmlassung der Teilrevision der beruflichen Vorsorge (Freizügigkeit) zuhanden der Plenarsitzung vor.

Die Arbeitsgruppe *Kinderbetreuung* hat sich im Laufe des Jahres intensiv mit der Thematik 'Ausserhäusliche Kinderbetreuung' beschäftigt. Gemeinsam mit den Auftragnehmerinnen wurde über die Definitionen von Kinderbetreuungseinrichtungen, den Umfang der Bestandsaufnahme, die Entwicklung des Fragebogens zuhanden der Institutionen der ausserhäuslichen Kinderbetreuung diskutiert und die Zielsetzung der Studie festgelegt. Des Weiteren setzte sich die Arbeitsgruppe mit dem Bericht "Bildung in der Schweiz von morgen" der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) auseinander.

Die Arbeitsgruppe *Männerkultur*, welche sich dieses Jahr neu konstituierte, setzte sich mit der Frage auseinander, welche Wirkungen und Impulse die Kommission mit ihren Arbeiten in der gesellschaftspolitischen Diskussion auslösen kann. Welche Strategien, Verhaltensweisen und Widerstände bestehen seitens der Männer gegenüber Emanzipationsprozessen der Frauen sowie gegenüber gesellschaftspolitischen Gleichstellungsmassnahmen? Zur Diskussion dieser Fragen wurde u.a. ein Gespräch mit den ehemaligen männlichen Mitgliedern der Kommission geführt.

Ebenfalls neu konstituiert hat sich die Arbeitsgruppe *Medien*, die sich mit dem Thema 'Frauen und Medien' befasste und allfällige Vorschläge zuhanden des Plenums ausarbeiten wird.

2. PUBLIKATIONEN

2.1. Bericht 'Juristische Auswirkungen des neuen Eherechts'

Im November wurde der Bericht über die juristischen Auswirkungen des neuen Eherechts in einer deutschen und französischen Fassung publiziert und an einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

2.2. F-Frauenfragen

Auch in diesem Jahr erschienen drei Ausgaben des Bulletins F-Frauenfragen.

Die erste Nummer des Bulletins enthält die Stellungnahme der Eidg. Kommission für Frauenfragen zur Gen- und Fortpflanzungstechnik, welche namentlich im Hinblick auf die Beratungen des Nationalrats über den Gegenvorschlag des Ständerates zur Volksinitiative "gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie beim Menschen" im Januar 1991 von der Kommission erarbeitet wurde. Des Weiteren enthält dieses Heft Referate von zwei Veranstaltungen; der Informationstagung des Eidg. Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann zum aktuellen Stand des Gleichstellungsgesetzes am 2. November 1990 und der gemeinsam von der Eidg. Kommission für Frauenfragen mit dem Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann organisierten Tagung "Frauen und Europäische Gemeinschaft" am 7. Dezember 1990. Mehrere Beiträge beschäftigen sich mit der Thematik "700 Jahre Eidgenossenschaft, 20 Jahre Frauenstimm- und -wahlrecht, 10 Jahre Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung". Ein weiterer Artikel enthält die Ergebnisse einer Untersuchung über Frauen in den Schweizer Gemeindeexekutiven.

Im F 2/91 wurden die Stellungnahmen der Eidg. Kommission für Frauenfragen zur Vernehmlassung des Gleichstellungsgesetzes, zur Revision der Krankenversicherung, zur Teilrevision der beruflichen Vorsorge (Freizügigkeit) veröffentlicht. Schwerpunktthema war die Schule und die Chancen von Mädchen in unserem Bildungssystem. F 2/91 enthält statistische Angaben zu Lehrerinnen, thematisiert die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern wie von Kindergärtnerinnen, geht auf die Koedukationsdebatte ein und versucht dabei auch neue Aspekte von Schule und Unterricht zu beleuchten.

Die dritte und letzte Ausgabe des Jahres 1991 thematisiert die heutige Situation von ausländischen/fremdsprachigen Frauen in der Schweiz, ihre Lebensbedingungen, ihre Ausbildungschancen und Stellung in der Arbeitswelt. Die Autorinnen schreiben über die doppelte Marginalisierung als Frau und als Ausländerin, den Statusverlust in persönlicher und beruflicher Hinsicht, frauenspezifische Fluchtursachen und Flüchtlingspolitik und die Facetten des Lebens in und mit zwei verschiedenen Kulturen.

2.3. Pressemappe/Dokumentationsstelle

Auch in diesem Jahr informierte eine Pressemappe monatlich zu den Stichworten Gewalt; gleiche Rechte; Politik; Erziehung, Bildung; Ehe, Familie,

Sexualität; Kunst, Wissenschaft, Medien, Kirche; Gesundheitswesen, soziale Sicherheit und Arbeit, Beruf. Eine Sonderausgabe der Pressemappe erschien anlässlich des Frauenstreiks am 14. Juni 1991.

Die Bibliothek wird laufend mit Neuerscheinungen ergänzt, welche neu elektronisch erfasst werden. Das bedeutet, dass regelmässig eine Liste der Neuerwerbungen erstellt werden kann. Auf Anfrage werden auch Literaturlisten zu bestimmten Themen erstellt und abgegeben. Damit die Dokumentationsstelle ihre Aufgaben in befriedigendem Umfang wahrnehmen kann, ist eine personelle Verstärkung unerlässlich.

3. VERNEHMLASSUNGEN

Stellungnahme zum Vorentwurf für ein Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann:
Die Eidg. Kommission für Frauenfragen hat bereits 1988 in ihrer Stellungnahme zum Schlussbericht 'Lohngleichheit für Frau und Mann' auf die Notwendigkeit eines effektiven Gleichstellungsgesetzes hingewiesen. Daher begrüsst sie den vorliegenden Entwurf des Bundesrates. Auf die Bestimmungen über ein allgemeines Diskriminierungsverbot im Erwerbsleben und über einen verbesserten Kündigungsschutz kann nicht verzichtet werden; ein Vorbehalt zu diesen beiden zentralen Bestimmungen ist nicht angebracht. Die vorgesehenen Verfahrenserleichterungen bei Lohndiskriminierung sind auf alle Benachteiligungen im Erwerbsleben auszudehnen.

Stellungnahme zur Revision der Krankenversicherung:

Die Kommission betrachtet die vorgesehenen Änderungen als Minimallösung. Sie unterstützt die Einführung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, die Lösung, dass Taggeldleistungen bei Mutterschaft vom Abschluss einer freiwilligen Versicherung abhängig sein sollen, ist unzureichend. Die Fragen des Mutterschutzes sind nicht befriedigend gelöst. Die Kommission hält deshalb an ihrer Forderung nach einer Mutterschaftsversicherung als eigenständigen Zweig der Sozialversicherung und an der Notwendigkeit der Einführung eines Elternurlaubs fest.

Stellungnahme zur Teilrevision der beruflichen Vorsorge (Freizügigkeit):

Grundlage der Stellungnahme der Eidg. Kommission für Frauenfragen waren die von ihr 1987 entwickelten Vorschläge für ein künftiges BVG, die eine Reihe von Grundsätzen zur Gleichstellung von Frau und Mann in der beruflichen Vorsorge enthalten. Die Verbesserung der Freizügigkeit in der beruflichen Vorsorge wird ausdrücklich begrüsst. Als zusätzlicher Tatbestand der Freizügigkeit soll die Schei-

dung aufgenommen werden. Verlangt wird eine umfassendere Informationspflicht der Vorsorgeeinrichtungen gegenüber den Vorsorgenehmenden. Mit dem im Entwurf vorgesehenen Verzicht auf die Heimat der Arbeitnehmerin als Barauszahlungsgrund wird eine der Forderungen der Frauenkommission erfüllt.

4. VERSCHIEDENES

4.1. Parteienbefragung zum Bericht 'Nehmen Sie Platz, Madame'

Die Umfrage bei den kantonalen politischen Organisationen, welche Ende 1990 durchgeführt wurde, hatte zwei Ziele: 1. Wie wurde der Bericht 'Nehmen Sie Platz, Madame' von den Parteien eingeschätzt und 2. Was hat er an konkreten Handlungen im Hinblick auf die Wahlen im Herbst 1991 ausgelöst? Die Resultate zeigen, dass der Bericht mehrheitlich positiv aufgefasst und die Empfehlungen zum grössten Teil als brauchbar eingestuft wurden. Konkrete Entscheide in Bezug auf die Wahlen '91 hat der Bericht kaum ausgelöst, hingegen scheint es, dass die Diskussion um Frauenförderungsmassnahmen innerhalb der Parteien durch diese Publikation nochmals intensiviert wurde.

4.2. Situation der Frauen in der Invalidenversicherung

Als Vertreterin der Eidg. Kommission für Frauenfragen arbeitet Frau Elisabeth Keller, Kommissionssekretärin, in der Arbeitsgruppe *Situation der Frau in der Invalidenversicherung* mit, die zu Beginn des Jahres unter Federführung des Bundesamtes für Sozialversicherung eingesetzt wurde. Ihre Aufgabe ist die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen auf der Verordnungs- und Weisungsebene. Die Einsetzung der Arbeitsgruppe geht auf die von der Frauenkommission entwickelten Vorschläge für die Gleichstellung der Frauen in der Invalidenversicherung zurück.

4.3. NFP 35 "Frauen in Recht und Gesellschaft - Wege zur Gleichstellung" - Hearing am 2. Juli 1991 in Bern

Im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes 35 "Frauen in Recht und Gesellschaft - Wege zur Gleichstellung" fand ein Hearing mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden und Bundesämtern statt, die sich in ihrer Praxis häufig mit Frauenfragen befassen. Als Vertreterin der Eidg. Kommission für Frauenfragen nahm die Kommissionssekretärin teil und reichte einen Katalog des aus Sicht der Frauenkommission bestehenden Forschungsbedarfs zu Frauen- und Gleichstellungsfragen ein.

4.4. Wahlprospekt 'Am 20. Oktober 1991 ist Damenwahl'

Als Folgearbeiten des Berichts 'Nehmen Sie Platz, Madame' und auf Anregung von verschiedenen Frauenorganisationen erstellten das Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und die Eidg. Kommission für Frauenfragen einen Prospekt (Faltblatt) im Hinblick auf die Wahlen im Herbst 1991. Der Prospekt erschien in deutscher, französischer und italienischer Sprache in einer hohen Auflage und wurde kostenlos an die Frauenorganisationen abgegeben. Des weiteren erschien in einer kleineren Auflage ein Plakat, das sich für den Aushang bei Veranstaltungen eignete.

4.5. Tagung zum neuen Eherecht und zur Revision des Scheidungsrechts

Ende des Jahres organisierte die Eidg. Kommission für Frauenfragen gemeinsam mit dem Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann eine Tagung, die der Information und Diskussion über die Folgerungen diente, die sich aus dem Bericht der Eidg. Kommission für Frauenfragen zu den juristischen Auswirkungen des neuen Eherechts ergeben und die auch im Hinblick auf die bevorstehende Scheidungsrechtsrevision relevant sein werden. Das Schwergewicht lag dabei auf dem nach wie vor ungelösten Problem einer gerechten Altersvorsorge der Frau, den Ambivalenzen eines gemeinsamen Sorgerechts geschiedener Eltern und den entstehenden aussergerichtlichen Vermittlungsangeboten (Mediation).

4.6. Kontakte

An der Frauensession vom 7. und 8. Februar 1991 in Bern nahmen die Präsidentin der Frauenkommission, mehrere weibliche Mitglieder der Kommission und das Kommissionssekretariat teil. Das diesjährige Treffen der Parlamentarierinnen mit den Präsidentinnen der gesamtschweizerischen Frauenverbände und -organisationen sowie der Eidg. Kommission für Frauenfragen stand unter dem Motto "Synergie 91". Das Kommissionssekretariat nahm wie bereits in den vergangenen Jahren an den in jeder Session stattfindenden Treffen der Parlamentarierinnen teil.

4.7. Internationale Organisationen

Das CEEG (Comité Européen pour l'égalité entre les femmes et les hommes) des Europarates befasste sich an seiner 9. und 10. Sitzung im Jahr 1991 mit der Vorbereitung der Ost-West-Konferenz zur Situation der Frauen in einem sich wandelnden Europa in

Polen 1992 und der 3. Europäischen Ministerkonferenz zur Gleichstellung von Frauen und Männern 1993 in Italien. Der Schwerpunkt der Tätigkeit lag auf der Umwandlung des CEEG (ad hoc-Komitee) in ein CDEG (Comité directeur pour l'égalité entre les femmes et les hommes) als ständige Kommission. Um die Effizienz der Arbeiten bereits in diesem Jahr zu erhöhen, wurden zwei Arbeitsgruppen eingesetzt. Als Schweizer Vertreterin nahm die Kommissionssekretärin an den Sitzungen teil.

Im September 1991 fand das vom CEEG organisierte Seminar über Frauenhandel und Prostitution in Strassburg statt.

TÄTIGKEITSPROGRAMM 1992

1. BROSCHÜRE 'NEUES EHERECHT'

Anfangs des Jahres wird die Broschüre 'Neues Ehe-recht' in einer deutschen, französischen und italienischen Fassung herausgegeben werden. Sie enthält eine Zusammenfassung der drei Studien des Berichts 'Juristische Auswirkungen des neuen Eherechts', das Fazit und die Folgerungen der Eidg. Kommission für Frauenfragen, eine Synopse der für Frauen besonders relevanten Bestimmungen des alten und des neuen Eherechts und eine Bibliographie. Die Broschüre wendet sich an Frauenberatungsstellen und Frauenorganisationen, an Rechtsanwältinnen und -anwälte, an interessierte Juristinnen und Juristen sowie an alle an der Gleichstellung von Frau und Mann Interessierten.

2. AUSSERHÄUSLICHE KINDERBETREUUNG IN DER SCHWEIZ

Die Kommission wird sich zu Beginn des Jahres mit dem dritten und vierten Teil des Berichts über die ausserhäusliche Kinderbetreuung befassen. Der vollständige Bericht soll in der zweiten Hälfte 1992 publiziert werden können.

Dieses Thema wird somit für die Kommissionsarbeit 1992 der Schwerpunkt sein. Die von der Kommission erarbeiteten Empfehlungen sollen breit gestreut werden und die Diskussion über Möglichkeiten und Chancen von ausserhäuslichen Kinderbetreuungseinrichtungen vorangebracht werden.

3. FRAUEN UND POLITIK

Dieses Thema ist für die Eidg. Kommission für Frauenfragen nicht abgeschlossen. Die Wahlen 1991 werden unter diesem Aspekt zu analysieren und weitere Massnahmen zu diskutieren sein.

4. SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Auch 1992 werden die verschiedenen Bereiche des Sozialversicherungsrechts, in denen die Gleichstellung von Frau und Mann noch nicht realisiert wurde, namentlich die 10. AHV-Revision, die IV, die Krankenversicherung und Mutterschaftsversicherung, wichtige Themen für die Kommission sein.

5. F-FRAUENFRAGEN

Weitere 3 Nummern des Bulletins F-Frauenfragen sollen herausgegeben werden und aktuelle frauenrelevante Fragestellungen behandeln.

6. WEITERES

Die Kommission wird im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zu der Vorlage des Bundesrates zur Revision des Scheidungsrechts eine Stellungnahme abgeben.

LES ACTIVITES DE LA COMMISSION FEDERALE DES QUESTIONS FEMININES EN 1991

En 1991, les points et objets suivants ont été au centre des activités de la Commission fédérale des questions féminines: effets juridiques du nouveau droit matrimonial pour ce qui est des procédures de divorce et de protection de l'union conjugale; garde des enfants hors du domicile; prises de position de la Commission dans le cadre de différentes procédures de consultation, notamment celle relative au projet de loi sur l'égalité entre femmes et hommes.

Madame Silvia Grossenbacher a été nommée membre de la Commission en remplacement de Madame Ruth Hungerbühler, démissionnaire.

Madame Alma Bacciarini, vice-présidente de la Commission, ayant atteint la limite d'âge, a donné sa démission pour la fin de l'année. Madame Bacciarini a joué pendant de nombreuses années un rôle très actif au sein de la Commission. Mesdames Anne-Marie Walther-Roost et Denise Boudry Wyss ont également donné leur démission pour la fin de l'année.

1. SEANCES DE LA COMMISSION

1.1. Séances plénières

Dans le cadre de ses séances, réparties sur cinq journées (25/26 mars, 26 juin, 19/20 novembre), la Commission a traité essentiellement les points suivants: discussion et prise de position sur la loi sur l'égalité entre femmes et hommes, sur la révision de l'assurance-maladie et sur la révision partielle de la prévoyance professionnelle (libre passage); discussion et approbation du rapport sur les effets juridiques du nouveau droit matrimonial, formulation des conclusions à tirer de ce rapport, publication d'une brochure sur le nouveau droit matrimonial; discussion et approbation des deux premières parties du rapport sur les structures d'accueil pour les enfants en Suisse; étude des résultats de l'enquête auprès des organisations politiques cantonales sur le rapport "Prenez place, Madame" et le dépliant "Le 20 octobre: Place aux femmes!".

1.2. Groupes de travail

Le groupe de travail chargé de la *politique sociale* a préparé, en vue de la séance plénière, la prise de position de la Commission sur la révision partielle de la prévoyance professionnelle (libre passage).

Le groupe de travail chargé du dossier des *structures d'accueil pour les enfants* s'est occupé activement de la question de la prise en charge des enfants hors du domicile. Il s'est penché avec la collaboration des personnes concernées, sur la question de la définition des institutions de garde d'enfants, sur leurs capacités d'accueil, sur l'élaboration du questionnaire destiné à ces institutions. On a en outre défini les objectifs de l'enquête. Par ailleurs, le groupe de travail a étudié le rapport établi par la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP) sur l'"Education dans la Suisse de demain".

Le groupe de travail *culture masculin*, institué cette année, a tenté d'évaluer les effets et les impulsions que suscitent les interventions de la Commission dans la vie politique et sociale. Quelles stratégies, quels comportements et quels résistances les hommes opposent-ils au processus d'émancipation des femmes et aux mesures politiques visant à instaurer l'égalité des sexes? Une séance de discussion sur ce sujet a été organisée avec les anciens membres masculins de la Commission.

Le groupe de travail sur les *médias*, nouvellement constitué, a été chargé de préparer, à l'intention du plénum, d'éventuelles propositions sur le thème "Les femmes et les médias".

2. PUBLICATIONS

2.1. Rapport sur les effets juridiques du nouveau droit matrimonial

Le rapport sur les effets juridiques du nouveau droit matrimonial a été publié en novembre, en allemand et en français. Il a été présenté dans le cadre d'une conférence de presse.

2.2 F-Questions au féminin

Trois numéros du bulletin F-Questions au féminin ont paru cette année.

Le premier numéro contient la prise de position de la Commission sur le génie génétique et les techniques de reproduction, qui a été préparée par la Commission en janvier 1991 en vue des délibérations du Conseil national sur le contre-projet de Conseil des Etats à l'initiative populaire "contre l'application abusive des techniques de reproduction et de manipulation génétique à l'espèce humaine". Ce numéro publie des textes de conférences se rapportant à deux manifestations: la séance d'information du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes sur la loi sur l'égalité des sexes, qui a eu lieu le 2 novembre, et le colloque sur le thème "Les femmes et la Communauté européenne", qui a été organisé le 7 décembre par le Bureau de l'égalité entre femmes et hommes et la Commission fédérale pour les questions féminines. Le bulletin a consacré plusieurs articles aux 700 ans de la Confédération, au 20e anniversaire du suffrage féminin et au 10e anniversaire de l'article constitutionnel sur l'égalité. Un article contient les résultats d'une étude sur la place des femmes dans les exécutifs des communes de Suisse.

Dans le numéro F 2/91, la Commission fédérale pour les questions féminines publie ses prises de position sur trois projets soumis en consultation: loi sur l'égalité entre femmes et hommes, révision de l'assurance-maladie, libre passage dans la prévoyance professionnelle (révision partielle). L'essentiel du numéro est consacré à l'école et aux chances des filles dans notre système éducationnel. F 2/91 contient des données statistiques sur les enseignantes, aborde la question de la formation et de la formation continue des femmes dans l'enseignement et l'enseignement préscolaire; ce numéro s'interroge en outre sur la question de l'enseignement coéducatif en essayant de jeter un éclairage nouveau sur les développements de l'école et de l'enseignement.

Le dernier numéro de l'année contient des articles sur la situation en Suisse des femmes étrangères - ou parlant une langue étrangère -, leurs conditions de vie, leurs chances d'acquiescer une formation et leur situation dans le monde professionnel. Les auteures soulignent que ces personnes sont doublement marginalisées, en tant que femme et en tant qu'étrangère, et qu'elles sont victimes d'un déracinement à la fois sur le plan personnel et professionnel; un autre article essaie de cerner les motifs qui poussent les femmes à fuir leur pays et, plus globalement, de considérer la politique d'asile sous l'angle des femmes; en conclusion, l'article se penche sur les problèmes des femmes dont la vie est parta-

gée entre deux cultures différentes.

2.3. Dossier de presse/Service de documentation

Comme les années précédentes, un dossier de presse a été publié mensuellement; les thèmes suivants ont été abordés: violence; égalité des droits; politique; éducation, formation; mariage, famille, sexualité; arts, sciences, médias, Eglises; santé, sécurité sociale et emploi, profession; un dossier de presse a paru à l'occasion de la grève des femmes du 14 juin 1991. La bibliothèque s'enrichit constamment de nouvelles acquisitions, qui sont désormais saisies électroniquement. Une liste des nouvelles acquisitions est établie régulièrement. Des listes d'ouvrages sur différents thèmes peuvent aussi être mises à la disposition des personnes qui en font la demande. Pour que le centre de documentation s'acquitte de ses tâches de manière satisfaisante, il est indispensable de renforcer ses effectifs.

3. PROCEDURES DE CONSULTATION

Procédure de consultation sur l'avant-projet de loi sur l'égalité entre femmes et hommes:

En 1988 déjà, dans sa prise de position sur le rapport "Egalité de salaires entre hommes et femmes", la Commission fédérale pour les questions féminines avait souligné la nécessité d'une loi visant à instaurer l'égalité de fait en hommes et femmes. Elle salue dès lors l'avant-projet du Conseil fédéral. Des dispositions instituant d'une part une interdiction générale de toute discrimination et d'autre part une meilleure protection contre le licenciement sont deux éléments indispensables dans une loi sur l'égalité des sexes; elles ne doivent être assorties d'aucune restriction. Il convient d'étendre les allègements de la procédure de plainte prévus dans le domaine de l'égalité des salaires à tous les domaines de la vie professionnelle où la femme est désavantagée.

Prise de position sur la révision de l'assurance-maladie:

La Commission estime que les modifications envisagées sont une solution minimale. Elle soutient l'introduction de l'assurance-maladie obligatoire et juge insatisfaisante la solution qui consiste à subordonner les indemnités journalières en cas de maternité à la conclusion d'une assurance facultative. Le projet n'apporte de solution satisfaisante au problème de la protection de la maternité. La Commission continue de revendiquer d'une part la création d'une assurance-maternité comme élément à part entière de notre système d'assurances sociales et, d'autre part, l'introduction d'un congé parental.

Prise de position sur le libre passage dans la prévoyance professionnelle (libre passage):

La prise de position de la Commission fédérale pour les questions féminines repose sur ses propositions concernant la future LPP, rendues publiques en 1987; ce document contient une série de principes visant à instaurer l'égalité des sexes dans la prévoyance professionnelle. La Commission se félicite de la proposition de faciliter le libre passage. Elle propose que le divorce soit également considéré comme un cas de libre passage. Elle demande l'introduction d'une disposition qui oblige l'institution de prévoyance à fournir une information complète aux assurés et assurés. Le projet prévoit que le mariage de la travailleuse ne peut être un motif justifiant le paiement en espèces; une des exigences de la commission féminine est ainsi remplie.

4. DIVERS

4.1. Enquête auprès des partis sur le rapport *Prenez place, Madame*

L'enquête réalisée à la fin de 1990 auprès des organisations politiques cantonales poursuivait deux objectifs: 1. Quelle appréciation les partis ont-ils porté sur le rapport *Prenez place, Madame* et 2. Quelles actions concrètes ce rapport a-t-il suscitées en vue des élections de l'automne 1991? L'enquête a montré que le rapport a reçu un accueil favorable et que ses recommandations ont été jugées dans l'ensemble applicables. Le rapport n'a certes pas été suivi de décisions concrètes à l'occasion des élections de 1991, mais il a semble-t-il stimulé la recherche de mesures de promotion de la femme au sein des partis politiques.

4.2 Situation de la femme dans l'assurance-invalidité

Madame Elisabeth Keller, secrétaire de la Commission, représente la Commission fédérale pour les questions féminines dans le groupe de travail *Situation de la femme dans l'assurance-invalidité* institué au début de l'année et placé sous l'égide de l'Office fédéral des assurances sociales. La tâche du groupe de travail est d'élaborer des propositions au niveau de l'ordonnance et des directives. Rappelons que ce groupe de travail a été constitué suite aux propositions que la Commission a formulées pour instaurer l'égalité des sexes dans l'assurance-invalidité.

4.3 PNR 35 "Les femmes dans le droit et la société - les voies vers l'égalité" - Hearing du 2 juillet 1991 à Berne

Une réunion d'information (Hearing) a eu lieu le 2

juillet dans le cadre du Programme national de recherche 35 "Les femmes dans le droit et la société - les voies vers l'égalité"; elle a regroupé des représentantes et représentants d'associations et d'offices fédéraux dont le domaine d'activités est en rapport avec les questions féminines. La Commission féminine était représentée par sa secrétaire, qui a communiqué la liste des besoins en matière de recherche sur l'égalité des sexes et les questions féminines.

4.4 Dépliant "Le 20 octobre: Place aux femmes!"

Dans la foulée du rapport "Prenez place, Madame", et sur la demande de diverses organisations féminines, le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes et la Commission fédérale pour les questions féminines a distribué un dépliant en vue des élections de l'automne 91. Ce dépliant, qui a paru en allemand, en français et en italien, a été tiré en de nombreux exemplaires; il a été remis gratuitement aux organisations féminines. Par ailleurs, une affiche sur le même thème a été créée, à plus faible tirage, pour être placardée lors de différentes manifestations.

4.5 Séminaire sur le nouveau droit matrimonial et sur la révision du droit du divorce

A la fin de l'année dernière, la Commission fédérale pour les questions féminines a organisé, en collaboration avec le Bureau de l'égalité entre femmes et hommes, un séminaire sur le nouveau droit matrimonial. Cette rencontre a été l'occasion pour les participantes et participants de s'informer et de discuter des conclusions du rapport de la Commission sur les effets juridiques du nouveau droit matrimonial; conclusions dont il faudra également tenir compte à l'occasion de la prochaine révision du droit du divorce. Les débats ont été axés sur l'éternel problème de la prévoyance-vieillesse, qui désavantage les femmes; sur les ambivalences du droit de garde commun des parents séparés, et sur la question des offres de médiation extrajudiciaire.

4.6 Contacts

La présidente de la Commission pour les questions féminines, plusieurs membres de la Commission ainsi que son secrétariat ont pris part à la session des femmes des 7 et 8 février 1991 à Berne.

Cette année, la rencontre des femmes parlementaires avec les présidentes des associations et organisations féminines nationales et de la Commission fédérale pour les questions féminines a été placée sous le signe de la "synergie".

Comme les années passées, le secrétariat de la

Commission a pris part aux rencontres des femmes parlementaires qui ont lieu lors de chaque session.

4.7 Organisations internationales

En 1991, lors de ses 9e et 10e séances, le CEEG (Comité Européen pour l'égalité entre les femmes et les hommes) du Conseil de l'Europe a préparé la conférence Est-Ouest sur la situation de la femme dans une Europe en pleine mutation (qui aura lieu en Pologne en 1992), ainsi que la 3e Conférence des ministres responsables de l'égalité entre les femmes et les hommes, qui se tiendra en Italie en 1993. Les activités ont été axées sur la transformation du CEEG (comité ad hoc) en un CDEG (Comité directeur pour l'égalité entre les femmes et les hommes) qui fonctionnera comme une commission permanente. Deux groupes de travail ont d'ores et déjà été constitués afin d'accroître l'efficacité des travaux dès cette année. La Suisse était représentée par la secrétaire de la Commission.

Le séminaire sur le commerce des femmes et la prostitution mis sur pied par la CEEG a eu lieu à Strasbourg en septembre 1991.

PROGRAMME D'ACTIVITE POUR 1992

1. UNE BROCHURE SUR LE NOUVEAU DROIT MATRIMONIAL

La brochure sur le nouveau droit matrimonial sera publiée en français, en allemand et en italien au commencement de l'année. Elle contient une synthèse des trois études du rapport sur les effets juridiques du nouveau droit matrimonial, accompagné du bilan et des conclusions de la Commission fédérale pour les questions féminines et d'un tableau synoptique des dispositions du nouveau et de l'ancien droit matrimonial qui concernent tout particulièrement les femmes; la brochure comprend une bibliographie. Elle est destinée aux centres de consultation pour les femmes et aux organisations féminines; aux avocates et avocats, aux juristes intéressés et à toutes les personnes qui s'intéressent aux questions de l'égalité entre les sexes.

2. LA GARDE DES ENFANTS HORS DU DOMICILE

La Commission entamera les 3e et 4e parties du rapport sur la garde des enfants hors du domicile. L'intégralité du rapport devrait être publiée dans la deuxième moitié de 1992.

Ce thème sera donc au centre des travaux de la Commission durant les premiers mois de l'année. Les recommandations formulées par la Commission seront largement diffusées; on veut susciter un débat sur les possibilités et les perspectives des institutions qui prennent en charge les enfants hors du ménage.

3. LES FEMMES ET LA POLITIQUE

La Commission fédérale pour les questions féminines considère que le sujet n'est pas clos. Il faudra maintenant analyser les élections de 1991 et préparer d'autres mesures dans ce domaine.

4. DROIT DES ASSURANCES SOCIALES

La Commission continuera en 1992 d'accorder une place importante aux domaines des assurances sociales dans lesquels des inégalités subsistent; la 10e révision de l'AVS, l'AI, l'assurance-maladie et l'assurance-maternité resteront en conséquence des sujets d'actualité pour la Commission.

5. F-QUESTIONS AU FEMININ

Trois numéros de F-Questions au féminin paraîtront au cours de l'année; des questions d'actualité intéressant les femmes y seront traitées.

6. DIVERS

La Commission donnera son avis sur le projet de révision du droit du divorce que le Conseil fédéral mettra en consultation.

(Traduction: Gilles Cuénot, André Frossard)

LE ATTIVITA' DELLA COMMISSIONE PER I PROBLEMI DELLA DONNA NEL 1991

Gli argomenti sui quali la Commissione federale per i problemi della donna si è chinata nel 1991 furono: le ripercussioni giuridiche del nuovo diritto matrimoniale nelle procedure a tutela dell'unione coniugale e di divorzio; la situazione nel campo dell'assistenza extradomestica all'infanzia; e varie consultazioni, tra le quali in particolare il disegno di legge sull'uguaglianza.

In seno alla Commissione federale per i problemi della donna è stata eletta la signora Silvia Grossenbacher, in sostituzione della dimissionaria signora Ruth Hungerbühler.

A fine anno, si è ritirata per ragioni di età la vicepresidente, signora Alma Bacciarini, da tanti anni una commissaria oltremodo impegnata. Pure a fine anno, si sono inoltre ritirate le signore Anne-Marie Walther-Roost e Denise Boudry Wyss.

1. SEDUTE

1.1. Sedute plenarie

La Commissione si è riunita complessivamente per cinque giornate di lavoro (25-26 marzo, 26 giugno, 19-20 novembre), durante le quali ha approfondito soprattutto i seguenti punti dell'ordine del giorno: discussione e licenziamento delle prese di posizione in merito alla legge sull'uguaglianza, alla revisione dell'assicurazione malattie e alla revisione parziale della previdenza professionale (libero passaggio); discussione e licenziamento del rapporto sulle ripercussioni giuridiche del nuovo diritto matrimoniale, elaborazione e approvazione delle conclusioni derivanti dalle indagini, e pubblicazione di un opuscolo sul nuovo diritto matrimoniale; discussione e licenziamento della prima e della seconda parte del rapporto concernente l'assistenza extradomestica all'infanzia in Svizzera; spoglio dell'indagine svolta presso le organizzazioni politiche cantonali in merito al rapporto 'Prego s'accomodi, signora' e al prospetto per le elezioni 'Vota donna!'

1.2. Gruppi di lavoro

Il gruppo di lavoro *politica sociale* ha preparato, all'attenzione della seduta plenaria, la risposta della Commissione alla consultazione sulla revisione parziale della previdenza professionale (libero passaggio).

Nel corso dell'anno, il gruppo di lavoro *assistenza all'infanzia* si è occupato intensamente della custodia extradomestica. In collaborazione con le incaricate, vennero stabilite la definizione di ciò che sia da intendersi per servizi di assistenza all'infanzia, l'entità dell'inventario, l'articolazione del questionario destinato alle istituzioni che offrono assistenza extradomestica ai bambini e alle bambine, e gli obiettivi dell'indagine. Il gruppo ha inoltre discusso il rapporto "Education dans la Suisse de demain / Bildung in der Schweiz von morgen", pubblicato dalla Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione.

Il gruppo di lavoro *cultura maschile*, costituitosi durante l'anno, ha approfondito la questione degli effetti e degli impulsi che potrebbero derivare nel dibattito sociopolitico ai lavori della Commissione. Quali strategie, comportamenti e resistenze sono messi in atto dagli uomini di fronte ai processi emancipatori delle donne e di fronte alle misure di politica sociale attuate all'insegna della parità di diritti? Per discutere simili questioni, si è tra l'altro avuto un colloquio con gli uomini ex commissari.

Di recente costituzione è anche il gruppo di lavoro *mass media*, che si occupa del rapporto tra donne e media. Esso elaborerà eventuali proposte all'attenzione del plenum.

2. PUBBLICAZIONI

2.1. Rapporto 'Gli effetti giuridici del nuovo diritto matrimoniale'

In novembre è stato pubblicato e presentato alla stampa - nelle versioni francese e tedesca - il rapporto sugli effetti giuridici del nuovo diritto matrimoniale.

2.2. F-Problemi al femminile

Anche durante il 1991 sono apparsi tre numeri del bollettino F-Problemi al femminile.

Il primo numero reca la presa di posizione della Commissione federale per i problemi della donna in merito alle tecnologie genetiche e riproduttive, elaborata nel gennaio 1991 in vista del dibattito che si sarebbe tenuto in Consiglio nazionale sul controprogetto del Consiglio degli stati concernente l'iniziativa popolare "contro gli abusi della tecnologia riproduttiva e genetica sull'essere umano". Questo quaderno contiene inoltre le relazioni tenute in occasione di due convegni, segnatamente alla giornata informativa indetta il 2 novembre 1990 dall'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo per fare il punto della situazione in materia di legge sull'uguaglianza, e al convegno "Le donne e la Comunità europea", organizzato congiuntamente dalla Commissione federale per i problemi della donna e dall'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo il 7 dicembre 1990. Vari contributi trattano inoltre l'argomento "il 700° della Confederazione - i 20 anni del diritto di voto ed eleggibilità - i 10 anni dell'articolo costituzionale sulla parità di diritti". Un altro articolo riassume i risultati di un'indagine sulla rappresentanza femminile negli organi esecutivi comunali.

F 2/91 reca le risposte della Commissione federale per i problemi della donna alle consultazioni concernenti la legge sull'uguaglianza, la revisione dell'assicurazione malattie, la revisione parziale della previdenza professionale (libero passaggio). L'argomento principale era la scuola e le opportunità offerte alle fanciulle dal nostro sistema scolastico. F 2/91 contiene dati statistici sulle insegnanti, approfondisce l'argomento della formazione e del perfezionamento del personale insegnante nelle scuole e nelle scuole materne, offre un contributo al dibattito sulla coeducazione e tenta anche di chiarire nuovi aspetti della scuola e dell'insegnamento.

Il terzo e ultimo numero del 1991 ha per tema l'attuale situazione delle donne straniere e di lingua straniera in Svizzera, le loro condizioni di vita, le loro opportunità di formazione e la loro posizione nel mondo del lavoro. Le autrici evidenziano la doppia marginalizzazione che le colpisce in quanto donne e in quanto straniere, le perdite subite sul piano personale e professionale, le ragioni che hanno motivato fuga delle donne, la politica applicata alle profughe, e i risvolti di una vita vissuta all'insegna di due culture.

2.3. Rassegna della stampa / Centro di documentazione

Come di consueto, si è allestita mensilmente una rassegna della stampa sugli argomenti seguenti: violenza; parità di diritti; politica; educazione e formazione; matrimonio, famiglia e sessualità; arte, scienza, mass media, chiesa; sistema sanitario, sicurezza sociale e lavoro, professione. La rassegna è uscita in edizione speciale in occasione dello sciopero delle donne del 14 giugno 1991.

La biblioteca si arricchisce costantemente di nuove pubblicazioni, ora schedate nel computer. Il nuovo sistema permette di allestire regolarmente un elenco delle nuove acquisizioni. Dietro richiesta, può essere allestita anche una bibliografia su temi scelti. Affinché il Centro di documentazione possa assicurare un servizio soddisfacente è indispensabile che venga assunto altro personale.

3. CONSULTAZIONI

Presa di posizione sull'avamprogetto di una legge federale concernente l'uguaglianza tra donna e uomo: La Commissione federale per i problemi della donna aveva già segnalato nel 1988, nella sua presa di posizione in merito al rapporto conclusivo sulla 'parità salariale per donna e uomo', la necessità di una efficace legge sull'uguaglianza. Per questo, accoglie con piacere il presente avamprogetto del Consiglio federale. Essa ritiene che i disposti relativi al divieto generale di discriminazione nel mondo del lavoro e a una migliore tutela di fronte ai licenziamenti siano irrinunciabili; qualsiasi riserva riguardo a questi due disposti centrali è da considerarsi inopportuna. Le facilitazioni procedurali previste in materia di discriminazioni salariali vanno estese a tutte le discriminazioni nel campo del lavoro remunerato.

Presa di posizione sulla revisione dell'assicurazione malattie:

La Commissione giudica le modifiche proposte come una soluzione minima. Essa si esprime a favore dell'introduzione dell'assicurazione obbligatoria per le cure mediche; ritiene tuttavia insufficiente la soluzione che fa dipendere l'indennità giornaliera in caso di maternità dalla conclusione di un'assicurazione facoltativa; e stima che le questioni inerenti alla tutela della madre non siano risolte in maniera soddisfacente. La Commissione continua perciò a rivendicare un'assicurazione maternità che si configuri come un ramo autonomo delle assicurazioni sociali, e richiama la necessità di introdurre un congedo parentale.

Presa di posizione sulla revisione parziale della previdenza professionale (libero passaggio):

Alla base della presa di posizione della Commissione federale per i problemi della donna stanno le proposte sviluppate nel 1987 per una futura legge sulla previdenza professionale. Tali proposte enunciavano una serie di principi inerenti all'uguaglianza tra donna e uomo nel campo della previdenza professionale. I miglioramenti previsti nella previdenza professionale in materia di libero passaggio incontrano l'esplicita approvazione della Commissione. Nell'ambito del libero passaggio occorre tuttavia contemplare il divorzio quale ulteriore fattispecie. Irrinunciabile è pure un più ampio dovere d'informazione degli istituti previdenziali nei confronti delle persone assicurate. La rinuncia, prevista dall'avamprogetto, a considerare il matrimonio della lavoratrice una giustificazione per il pagamento in contanti soddisfa una delle rivendicazioni espresse dalla Commissione.

4. VARIA

4.1. *Indagine presso i partiti in merito al rapporto 'Prego s'accomodi, signora'*

L'indagine condotta a fine 1990 presso le organizzazioni politiche cantonali si prefiggeva due obiettivi: anzitutto, verificare l'accoglienza riservata dai partiti al rapporto 'Prego s'accomodi, signora' e, in secondo luogo, verificare quali effetti concreti avesse avuto in vista delle elezioni dell'autunno 1991. I risultati mostrano che il rapporto è generalmente stato apprezzato e che le sue raccomandazioni sono in gran parte state considerate utili. Se, a un lato, il rapporto non sembra essere riuscito a provocare decisioni concrete in vista delle elezioni del 1991, dall'altro, la sua pubblicazione ha avuto l'effetto di risollevare il dibattito sulle misure atte a promuovere le donne all'interno dei partiti.

4.2. *Situazione delle donne nell'assicurazione invalidità*

La signora Elisabeth Keller, segretaria di concetto della Commissione, ha partecipato in quanto rappresentante della Commissione federale per i problemi della donna ai lavori del gruppo di lavoro *situazione della donna nell'assicurazione invalidità*, istituito all'inizio dell'anno sotto la responsabilità dell'Ufficio federale delle assicurazioni sociali. Compito del gruppo è di elaborare proposte di soluzione a livello di ordinanza e di direttiva. La creazione del gruppo di lavoro è riconducibile alle proposte elaborate dalla Commissione in merito alla parificazione delle donne nell'assicurazione invalidità.

4.3. *PNR 35 "Le donne nel diritto e nella società - Vie verso l'uguaglianza" - audizione del 2 luglio 1991 a Berna*

Nell'ambito del programma nazionale di ricerca 35 "Le donne nel diritto e nella società - Vie verso l'uguaglianza" si è avuta un'audizione con le rappresentanti e i rappresentanti delle associazioni e degli uffici federali che si vedono spesso confrontati nella pratica con le questioni femminili. Quale rappresentante della Commissione federale per i problemi della donna vi ha partecipato la sua segretaria di concetto, che ha presentato un catalogo delle esigenze di ricerca in materia di questioni femminili e di uguaglianza.

4.4. *Prospetto 'Vota donna!' per le elezioni del 20 ottobre 1991*

Quale seguito del rapporto 'Prego s'accomodi, signora' e dietro sollecitazione di varie organizzazioni femminili, in vista delle elezioni dell'autunno 1991, l'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo e la Commissione federale per i problemi della donna hanno pubblicato in grande tiratura - nelle versioni italiana, francese e tedesca - il dépliant 'Vota donna!', distribuito gratuitamente alle organizzazioni femminili. Inoltre, con una tiratura più limitata, è stata creata una locandina destinata a essere esposta in occasione di riunioni e comizi.

4.5. *Convegno sul nuovo diritto matrimoniale e sulla revisione del diritto concernente il divorzio*

A fine anno, la Commissione federale per i problemi della donna ha organizzato, in collaborazione con l'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo, un convegno per informare e aprire il dibattito sul tema degli effetti giuridici del nuovo diritto matrimoniale, quali emergono dal rapporto esperito su mandato della Commissione stessa. Tali effetti sono ritenuti rilevanti anche in vista della prossima revisione del diritto concernente il divorzio. Argomenti-chiave del convegno: il problema, tuttora irrisolto, di una giusta previdenza per la vecchiaia della donna; le ambivalenze inerenti all'esercizio congiunto dell'autorità parentale da parte dei genitori divorziati; e le offerte extragiudiziali di mediazione che stanno sorgendo.

4.6. *Contatti*

Alla sessione delle donne, tenutasi il 7 e 8 febbraio 1991 a Berna, hanno partecipato la presidente, alcune commissarie e il personale della segreteria della Commissione.

L'incontro annuale tra deputate in parlamento, presidenti delle associazioni e organizzazioni nazionali delle donne e la Commissione federale per i problemi della donna si è tenuto all'insegna del motto "Sinergie 91".

Come in passato, il personale della segreteria della Commissione ha presenziato all'incontro tra deputate, che si tiene nel corso di ogni sessione.

4.7. Organizzazioni internazionali

Il CEEG (Comité européen pour l'égalité entre les femmes et les hommes) del Consiglio d'Europa si è occupato, nell'ambito della sua 9^a e 10^a riunione del 1991, dei preparativi in vista sia della Conferenza est-ovest sulla situazione delle donne nell'Europa in cambiamento che si terrà in Polonia nel 1992, sia della 3^a Conferenza europea dei ministri sull'uguaglianza tra donne e uomini che si terrà nel 1993 in Italia. Altro argomento importante è stata la trasformazione del CEEG da comitato ad hoc in commissione permanente, ossia in un CDEG (Comité directeur pour l'égalité entre les femmes et les hommes). Per accrescere l'efficacia dei lavori, già nel corso dell'anno si sono creati due gruppi di lavoro. In rappresentanza della Svizzera, alle sedute ha partecipato la segretaria di concetto della Commissione.

Nel settembre 1991, a Strasburgo, si è tenuto il seminario del CEEG sulla tratta delle donne e la prostituzione.

PROGRAMMA D'ATTIVITA' PER IL 1992

1. OPUSCOLO 'NUOVO DIRITTO MATRIMONIALE'

All'inizio dell'anno verrà pubblicato - nelle versioni italiana, francese e tedesca - l'opuscolo 'Nuovo diritto matrimoniale'. Recherà un riassunto delle tre indagini contenute nel rapporto sugli 'Effetti del nuovo diritto matrimoniale', la valutazione e le conclusioni della Commissione federale per i problemi della donna, una panoramica dei disposti del vecchio e del nuovo diritto matrimoniale aventi particolare rilievo per le donne, e una bibliografia. L'opuscolo è destinato ai consultori per le donne, alle organizzazioni delle donne, alle avvocate e agli avvocati, alle giuriste e ai giuristi, e a tutte le persone interessate alla causa dell'uguaglianza tra i sessi.

2. ASSISTENZA EXTRADOMESTICA ALL'INFANZIA IN SVIZZERA

All'inizio dell'anno, la Commissione si occuperà della terza e della quarta parte del rapporto sull'assistenza extradomestica all'infanzia. Il rapporto integrale dovrebbe poter essere pubblicato nella seconda metà del 1992.

Questo argomento costituirà il fulcro dell'attività commissariale del 1992. La Commissione provvederà a divulgare debitamente le sue raccomandazioni nell'intento di dare un importante impulso al dibattito sulle possibilità e le opportunità dei servizi di custodia per bambine e bambini.

3. DONNE E POLITICA

Per la Commissione federale per i problemi della donna l'argomento non è ancora da considerarsi chiuso. Infatti occorrerà analizzare i dati delle elezioni del 1991 in quest'ottica e discutere possibili ulteriori provvedimenti.

4. DIRITTO DELLE ASSICURAZIONI SOCIALI

Anche nel 1992, la Commissione dovrà chinarsi sui settori del diritto delle assicurazioni sociali in cui non si è ancora realizzata la parità tra donna e uomo. Dovrà affrontare in particolare i problemi inerenti alla 10^a revisione dell'AVS e alle assicurazioni concernenti l'invalidità, la malattia e la maternità.

5. F-PROBLEMI AL FEMMINILE

Si prevede la pubblicazione di altri tre numeri del bollettino F-Problemi al femminile, che tratterà le questioni d'attualità concernenti le donne.

6. VARIA

La Commissione elaborerà la sua risposta alla consultazione sul progetto del Consiglio federale in materia di revisione del diritto concernente il divorzio.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)

**PUBLIKATIONEN DER EIDG. KOMMISSION
FÜR FRAUENFRAGEN**
(1.2.1992)

Die Folgen der Rezession für die Frau. 1976
(vergriffen)

Strafvollzug an Frauen in der Schweiz. 1978
(vergriffen)

Die Stellung der Frau in der Schweiz. Teil I:
Gesellschaft und Wirtschaft. 1979. 161 S., Fr. 13.-

Die Stellung der Frau in der Schweiz. Teil II:
Biographien und Rollennorm. 1982. 138 S., Fr. 11.-

Die Stellung der Frau in der Schweiz. Teil III: Recht.
1980. 73 S., Fr. 6.50 (vergriffen)

Die Stellung der Frau in der Schweiz. Teil IV:
Frauenpolitik. 1984.
303 S., Fr. 33.-

Frauen und Männer: Fakten, Perspektiven, Utopien.
1987. 289 S., Fr. 33.-

Ausgelaut bis Zärtlichkeit. Fakten zur
Emanzipation von Frau und Mann. Zweite
überarbeitete und erweiterte Auflage. 1983. Fr. 10.-

Die Sonderschutzvorschriften für weibliche
Arbeitnehmer in der Schweiz. 1985. 145 S., Fr. 18.-

Auswirkungen neuer Techniken auf
Frauenarbeitsplätze im Büro- und
Verwaltungsbereich. 1988. 172 S., Fr. 19.-

Nehmen Sie Platz, Madame. Die politische
Repräsentation der Frauen in der Schweiz. 1990. 267
S. - gratis -

Juristische Auswirkungen des neuen Eherechts.
1991. 205 S., Fr. 24.-

Juristische Auswirkungen des neuen Eherechts.
Erweiterte Kurzfassung. 1992.
58 S., Fr. 5.-

*Diese Publikationen können (sofern nicht vergriffen)
bei der Eidg. Drucksachen und Materialzentrale
EDMZ, 3000 Bern, schriftlich bestellt werden.*

Gewalt an Frauen in der Schweiz. Bericht zum
Postulat Deneys. F-Frauenfragen Nr. 2 (5. Jg.) 1982.
34 S. (vergriffen)

Frauenberatungsstellen. Handbuch. 1983. 73 S.
(vergriffen)

Gleiche Rechte für Mann und Frau. Stand der
Ungleichheiten im Bundesrecht und Vorschläge zu
deren Beseitigung. 1983. 101 S. (vergriffen)

Frauen und Gesundheit. Bericht der Autorengruppe
SOMIPOPS. F-Frauenfragen Nr. 3 (8. Jg.) 1985.
86 S. (gratis)

Revision des Scheidungsrechts in der Schweiz. F-
Frauenfragen Nr. 2 (10. Jg.) 1987. 88 S. (gratis)

F-Frauenfragen. Bulletin der Eidg. Kommission für
Frauenfragen. Erscheint seit 1978 in loser Folge, ca.
3mal pro Jahr (gratis).

*Diese Publikationen können (sofern nicht vergriffen)
beim Sekretariat der Eidg. Kommission für
Frauenfragen, Postfach, 3000 Bern 6, schriftlich bestellt
werden.*

**PUBLICATIONS DE LA COMMISSION
FEDERALE POUR LES QUESTIONS FEMININES**
(1.2.1992)

Les conséquences de la récession pour la femme.
1976 (épuisé)

Exécution pénale pour les femmes en Suisse. 1978
(épuisé)

La situation de la femme en Suisse. Première partie:
Société et économie. 1979. 175 p., fr. 13.- (épuisé)

La situation de la femme en Suisse. Deuxième partie:
Biographies et rôle. 1982. 138 p., fr. 11.-

La situation de la femme en Suisse. Troisième partie:
Droit. 1980. 74 p., fr. 6.50

La situation de la femme en Suisse. Quatrième
partie: Politique au féminin. 1984. 303 p., fr. 26.-

Femmes et hommes: faits, perspectives, utopies.
1987. 303 p., fr. 33.-

D'Adaptation à Zèle. Données sur l'émancipation
des femmes et des hommes. Deuxième édition. 1983.
fr. 10.-

Les dispositions protectrices spéciales applicables
aux femmes en Suisse. 1986. 109 p., fr. 18.-

Effets des nouvelles techniques sur les emplois des
femmes dans les bureaux et dans l'administration.
1988. 161 p., fr. 19.-

Prenez place, Madame. La représentation politique
des femmes en Suisse. 1990. 267 p., gratuit

Effets juridiques du nouveau droit matrimonial.
1991. 205 p., fr. 24.-

Effets juridiques du nouveau droit matrimonial.
Version abrégée. 1992. 58 p., fr. 5.-

*Toutes ces publications (sauf celles qui sont épuisées)
peuvent être commandées auprès de l'Office central
fédéral des imprimés et du matériel OCFIM, 3000
Berne*

Violence contre les femmes en Suisse. Rapport
relatif au postulat du Conseil national (Deneys). F-
Questions au féminin 2/82 35 p. (épuisé)

Services de consultation pour femmes. Manuel. 1983.
73 p. (épuisé)

Gleiche Rechte für Mann und Frau. Stand der
Ungleichheiten im Bundesrecht und Vorschläge zu
deren Beseitigung. 1982. 101 p. (épuisé)

Femmes et santé. Rapport du Groupe d'auteurs
SOMIPOPS. F-Questions au féminin 3/85. 88 p.
(gratuit)

Révision du droit du divorce en Suisse. F-Questions
au féminin 2/87. 93 p. (gratuit)

F-Questions au féminin. Bulletin de la Commission
fédérale pour les questions féminines. Publié dès
1978, 3 fois par an (gratuit)

*Toutes ces publications (sauf celles qui sont épuisées)
peuvent être commandées auprès du Secrétariat de la
Commission fédérale pour les questions féminines,
Case postale, 3000 Berne 6.*

PUBLIKATIONEN DES EIDG. BÜROS FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN

BROSCHÜREN

Frauenforderung nach Frauenförderung; Ein Leitfaden zur Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Arbeitswelt, 1989. (*EDMZ)

Frauenberatungsstellen in der Schweiz, 1990. (*EDMZ)

Lohnleichheit für Mann und Frau; Kurzfassung des Schlussberichtes der vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement eingesetzten Arbeitsgruppe "Lohnleichheit", 1990. (*EDMZ)

Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit; Wegleitung zur Verwirklichung des Lohnleichheitsanspruchs, Sommer 1992. (*EDMZ)

BERICHTE

Arbeitsbewertung und Lohndiskriminierung von Frauen, 1992. April 1992. (*EDMZ)

Darf's auch eine Frau sein? Eine Untersuchung zur geschlechtsspezifischen Ausschreibung von Stelleninseraten. 1991, Fr. 10.- (*EDMZ)

Kantonale Behördenbeschwerde/-klage zur Durchsetzung von Artikel 4 Absatz 2 BV, Gutachten des Bundesamtes für Justiz, 1990.

PROSPEKTE

Faltprospekt "Darf's auch eine Frau sein", Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse und Empfehlungen. 1991

"Wenn einer eine Reise tut... Faltprospekt zum Thema Sextourismus, 1991

ZUSAMMENSTELLUNGEN

Übersicht über die Regelung des Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaubs in den Verwaltungen der Kantone und des Bundes, 1991.

Rechtsetzungsprogramm "Gleiche Rechte für Frau und Mann", Stand der Umsetzungsarbeiten, Dezember 1990.

Stellungnahme aufgrund des Gutachtens des Bundesamtes für Justiz, 1990.

SPIELE

Berufslotto-Puzzle, 6 bunte Spielbretter mit verschiedenen Arbeitsbereichen und Berufen, ausgeübt von Frau und Mann, laden zum Puzzeln oder Lotto-Spiel ein, 1991, Fr. 29.-.

Berufe-Doppelspiel, Ein farbig illustriertes Spiel mit 72 Karten, auf denen Frauen und Männer 36 verschiedene Berufe ausüben, 1991, Fr. 19.-.

Berufe-Raten, Anhand von Werkzeug, Arbeitsplatz oder Kleidung wird der Beruf des Paares erraten, 3 mal 16 farbige Karten, 1991, Fr. 18.-.

BEZUGSORT

Die Spiele sind im Spielwarengeschäft oder bei der Pro Juventute, Postfach, 8022 Zürich, zu beziehen.

Die mit (*EDMZ) bezeichneten Publikationen sind bei der Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale EDMZ, 3003 Bern, schriftlich zu bestellen.

Alle übrigen Publikationen sind beim Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, Postfach, 3000 Bern 6, zu beziehen.

(Januar 1992)

**PUBLICATIONS DE BUREAU FEDERALE DE
L'EGALITE ENTRE FEMMES ET HOMMES**

BROCHURES

La promotion de la femme une promesse à tenir,
Vade-mecum pour l'égalité entre femmes et hommes
dans le monde du travail, 1989.

Services de consultation pour les femmes en Suisse,
1990.

Egalité des salaires entre hommes et femmes,
Résumé du rapport final du groupe de travail
"Egalité des salaires" institué par le Département
fédéral de justice et police, 1990.

Et pourquoi pas une femme? Un rapport d'une
recherche concernant les annonces d'offres d'emploi
vues sous l'angle de la spécificité des sexes, 1991, fr.
10.- (*OCFIM).

RAPPORTS

Evaluation du travail et discrimination salariale des
femmes, avril 1992. (*OCFIM)

PROSPECTUS

Enquête "Et pourquoi pas une femme? "Résumé du
rapport et des recommandations, 1991.

Enquête "A vous qui partez en voyage... sur le theme
du tourisme sexuel.

Répertoires vue d'ensemble des réglementations
dans les administrations cantonales et dans la
Confédération, 1991.

Programme Législatif, "Egalité des droits entre
femmes et hommes", Réalisations concrétisées
décembre 1990.

JEUX

Le Loto-Puzzle, 6 planches captivantes représentant
chacune un milieu professionnel dans lequel chaque

métier est exercé au féminin et au masculin, 1991,
frs. 25.-.

Le duo des métiers, Un jeu vivant et coloré de 72
cartes représentant 36 métiers au féminin et au
masculin, 1991, frs. 19.-.

Le métier secret, Jeu de déduction composé de 3
séries de 16 cartes représentant 16 Métiers au
féminin et au masculin, 1991, frs. 18.-.

COMMANDES

Les Jeux sont en vente dans les magasins de jouets,
ou chez Pro Juventute -Genève, 26, bd Helvétique,
1207 Genève.

Les publications avec (*OFICM) peuvent être
commandées de l'Office central fédéral des
imprimés et du matériel OCFIM, 3003 Berne.

Toutes les autres publications peuvent être
commandées auprès du Bureau fédéral de l'égalité
entre femmes et hommes, Case postale,
3000 Berne 6.

(janvier 1992)

CHRONIK DER LAUFENDEN EREIGNISSE OKTOBER 1991 - FEBRUAR 1992

von Elisabeth Kaestli

MATHEMATIK-PROFESSORIN FUER BERN

(9.10.) Die gebürtige Baslerin Christine Riedtmann ist zur ordentlichen Professorin für Mathematik an der Universität Bern ernannt worden. Die 40jährige Mathematikerin tritt die Nachfolge von Professor Hans Debrunner an. Sie habilitierte sich 1983 in Basel und erhielt darauf eine Professur an der Universität Grenoble, wo sie 1988 zur Ordinaria befördert wurde.

NATIONALFONDS FRAUENFOERDERUNG

(15.10.) Elf Naturwissenschaftlerinnen werden dank einem Sonderprogramm des Nationalfonds für ihr wissenschaftliches Forschungsprojekt während maximal drei Jahren finanziell unterstützt. In Erinnerung an Marie Heim-Vögtlin, die 1873 als erste Schweizerin nach vielen Kämpfen das Arztexamen ablegen konnte, hat der Schweizerische Nationalfonds diese Sonderförderung für Wiedereinsteigerinnen beschlossen. Von rund 50 Bewerberinnen wurden 11 Wissenschaftlerinnen ausgewählt, die ihre Tätigkeit nach einem Unterbruch aus Familiengründen nun wieder aufnehmen möchten.

KAMPAGNE GEGEN SEXUELLE BELAESTIGUNG

(15.10.) Sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz sollen von Frauen nicht einfach hingenommen werden. Zwei Komitees in Genf und Lausanne wollen mit Plakaten und Informationsständen auf dieses tabuisierte Thema aufmerksam machen. Eine Umfrage der Sonntagszeitung beispielsweise zeigt, dass jede fünfte Frau schon von Vorgesetzten oder Arbeitskollegen sexuell belästigt wurde; die Belästigungen reichen von anzüglichen Witzen bis zur Nötigung. Die betroffenen Frauen trauen sich oft nicht, sich zu wehren, weil sie nicht ernst genommen werden oder ihnen gar die Kündigung droht. Sehr viele wechseln schliesslich freiwillig die Arbeitsstelle, um den Belästigungen zu entgehen.

FRAUENANTEIL IM PARLAMENT STAGNIERT

(20.10.) Die eidgenössischen Wahlen brachten den Frauen trotz Frauensession und Frauenstreik keinen bedeutenden Sitzzuwachs. Gegenüber den Wahlen

von 1987 hat sich zwar die Zahl der Nationalrätinnen von 32 auf 35 erhöht (Frauenanteil 17,5%), im Ständerat dagegen sind statt 5 nurmehr 4 Frauen gewählt worden (Frauenanteil 8,7%). Bei den Parteien ist der Frauenanteil unter den Gewählten sehr unterschiedlich, nämlich 57% bei den Grünen, 29% bei der SP, 12% bei der SVP, je 11% bei CVP und FDP und schliesslich haben die FraP, der LdU und die Lib. je eine weibliche Vertreterin.

FRAUENBESUCH BEIM BUNDESRAT

(28.10.) Bundespräsident Flavio Cotti und Justizminister Arnold Koller erhielten Besuch von 53 Frauen - Vertreterinnen von vierzehn verschiedenen Komitees - die vom Bund Taten für die Lösung der brennendsten Frauenprobleme fordern. Auf der Forderungsliste stehen namentlich die 10. AHV-Revision, die Mutterschaftsversicherung, die Beibehaltung des Verbots von Nacht- und Sonntagsarbeit, die Revision des Krankenkassengesetzes und der zweiten Säule sowie die Frauenförderung beim Bund. Wie Rita Gassman vom Frauenstreikkomitee erklärte, sollen die vom Bundesrat geäusserten Zielsetzungen nun regelmässig kontrolliert werden, und in einem Jahr wollen sich die Frauen wieder mit Vertretern der Regierung treffen.

LOHNGLEICHHEIT BEI STAATLICHEN AUFTRAGEN

(30.10.) Der Solothurner Kantonsrat hat einen Vorstoss zur Förderung der Lohngleichheit gutgeheissen. Künftig sollen staatliche Aufträge nur noch an Firmen vergeben werden, die weibliche und männliche Angestellte gleich entlohnen. Im Offertformular muss das Unternehmen erklären, ob es das Lohngleichheitsgebot erfüllt.

"ROTE ZORA"-PREIS FUER THEATERGRUPPE "BRUCHSTEIN"

(9.11.) Die erste Gewinnerin des vom Eidgenössischen Büro für Gleichstellung verliehenen Preises "Die Rote Zora" ist die Zürcher Theatergruppe "Bruchstein". Der Kinder- und Jugendmedienpreis "Rote Zora" ist mit 10'000 Franken dotiert und soll jedes Jahr kulturelle Projekte auszeichnen, die das Thema Gleichstellung beinhalten, Rollenverhalten hinterfragen und neue Formen der gemeinsamen Lebensgestaltung aufzeigen. Die Theatergruppe "Bruchstein" wurde für ihr Musiktheater zum Thema Inzest prämiert.

KONTAKTSTELLE FUER OPFER VON SEXUALDELIKTEN

(15.11.) Als erste Schweizer Stadt hat Zürich eine Kontaktstelle für die Hilfe an Opfer von Sexualdelikten eröffnet. Diese Einrichtung des städtischen Sozialamtes wird von der Heilpädagogin Rahel Cherrah geleitet. Das Büro ist allerdings keine öffentliche Beratungsstelle, Gesuche müssen schriftlich eingereicht werden. Opfer von Sexualdelikten sollen durch diese Stelle Beiträge für juristische, medizinische oder psychotherapeutische Hilfe erhalten. (Adresse: Sozialamt der Stadt Zürich, Kontaktstelle Opferhilfe, Postfach, 8026 Zürich).

PREIS FUER ZUERCHER KRANKENSCHWESTERN

(15.11.) Die sechs Zürcher Krankenschwestern, die zwölf Jahre für gleichen Lohn kämpften, haben von den SP-Frauen von Stadt und Kanton Zürich den Gleichstellungspreis erhalten. Dieser Preis von 3000 Franken soll an den Frauentreiktag vom 14. Juni 1991 erinnern. Die Krankenschwestern hatten im Oktober 1990 endlich teilweise Genugtuung vor Gericht erhalten: Die Stadt Zürich wurde zur Nachzahlung von 20'000 Franken verurteilt, was der Lohndifferenz zu den Sanitätsmännern in der Zeitspanne vom 14. Juni 1981 bis zum 15. Mai 1982 (Klageeinreichung) entspricht. Da die Lohndiskriminierungen jedoch bis zur neuen Besoldungsverordnung von 1986 weiter anhielten, wollen jetzt 105 weitere Zürcher Krankenschwestern erneut vor Gericht. Selbst in der neuen Verordnung sind die Krankenschwestern zwei Stufen tiefer eingereiht als die Sanitätsmänner. Erst die neue kantonale Besoldungsverordnung, die am 1. Juli 1992 in Kraft treten soll, wird wohl die faktische Lohnleichheit bringen.

NEUES EHERECHT HAT AUCH NEGATIVE FOLGEN

(16.11.) Das neue Eherecht wirkt sich vor allem bei einer Scheidung oftmals negativ aus für die Frauen. Dies zeigen drei von der Eidg. Kommission für Frauenfragen in Auftrag gegebene Studien. Die Untersuchungen in den Kantonen Zürich, Basel, Waadt und Genf ergaben, dass die Gerichte den Frauen bei der Scheidung unter dem neuen Eherecht nicht nur tiefere, sondern auch kürzere Renten zusprechen. Den Frauen wird rascher als früher eine Erwerbstätigkeit zugemutet, und die Schwierigkeiten beim beruflichen Wiedereinstieg werden vom Gericht offenbar häufig unterschätzt. Zudem wird das Einkommen der Ehefrau bei der Festsetzung von Unterhaltsbeiträgen voll angerechnet, während der Einsatz für die Kinderbetreuung nicht berücksichtigt wird. Dagegen führten jene Bestimmungen, welche die Stellung der Frau stärken, bisher kaum zu Gerichtsfällen, weder die Bestimmung über das angemessene Taschengeld zur freien Verfügung, noch jene über die Auskunftspflicht über die finanziellen Verhältnisse.

INITIATIVE "NATIONALRAT 2000" ZURUECKGEZOGEN

(16.11.) Das Initiativkomitee hat die Volksinitiative "Nationalrat 2000" zurückgezogen. Das anfangs 1991 lancierte Volksbegehren verlangte, dass im Nationalrat gleich viele Sitze von Frauen und Männern besetzt werden. Die im Komitee vertretenen Frauenorganisationen begründeten den Rückzug mit den Schwierigkeiten bei der Unterschriftensammlung und der Mittelbeschaffung.

KONSUMENTINNENFORUM FEIERT 30. GEBURTSTAG

(19.11.) Das Konsumentinnenforum der Deutschschweiz feiert sein 30jähriges Bestehen. Am 1. Dezember 1961 hoben elf Frauenverbände und dreizehn Frauenzentralen das Deutschschweizer Konsumentinnenforum aus der Taufe. Aus einer kleinen Organisation ohne Geld, die von den Wirtschaftsunternehmen zu Beginn als harmloses Hausfrauenkränzli eingeschätzt wurde, ist ein Verein mit 22 Sektionen und einer Geschäftsstelle mit 9 Fachfrauen geworden. Wichtige Marksteine in der 30jährigen Vereinsgeschichte waren 1969 das Erscheinen des ersten Informationsblattes "prüf mit" und 1981 die Annahme der Preisüberwacher-Initiative durch das Volk.

DOCH NOCH FREI WAEHLBARER FAMILIENNAMEN?

(19.11.) Der Bundesrat sieht grundsätzlich keine grösseren Probleme für die freie Wahl des Familiennamens für Ehefrau und Ehemann. In der Beantwortung einer nationalrätlichen Motion aus der LdU/EVP-Fraktion hielt der Bundesrat allerdings fest, dass für die Kinder noch nach einer befriedigenden und praktikablen Lösung gesucht werde.

BALD AUCH MILITAERPILOTINNEN

(21.11.) Ab 1992 dürfen Militärflugzeuge auch von Frauen pilotiert werden. Angehörige des Militärischen Frauendienstes können sich aufgrund einer Verordnungsänderung nun auch zu Miliz-Militärpilotinnen ausbilden. Wie alle MFD-Mitglieder dürfen sie jedoch keine Kampfaufträge erfüllen.

LOHNKLAGE GEGEN MIGROS

(24.11.) Eine 22jährige Migros-Angestellte aus Lausanne hat Klage wegen Lohndiskriminierung erhoben. Sie erhielt einen Stundenlohn von Fr. 14.25, während ihre männlichen Kollegen für die gleiche Arbeit Fr. 16.25 erhielten. Die Migros zahlte der Klägerin den Lohnunterschied noch vor Prozessbeginn aus, worauf das Arbeitsgericht nicht mehr auf die Klage der Angestellten einging, die ihre Stelle zum Zeitpunkt der Klage gekündigt hatte.

JOSI MEIER STAENDERATSPRAESIDENTIN

(25.11.) Die Luzerner CVP-Ständerätin Josi Meier ist als erste Frau an die Spitze der kleinen Kammer gewählt worden. Die neue Ständeratspräsidentin hat den Freiburger Sozialdemokraten Otto Piller als Vizepräsidenten zur Seite.

ERSTE FRAU SCHULTHEISS IN LUZERN

(25.11.) Die Erziehungsdirektorin des Kantons Luzern ist vom Grossen Rat zur ersten Frau Schultheiss, d.h. zur Regierungspräsidentin gewählt worden. Die CVP-Politikerin Brigitte Mürner-Gilli tritt die Nachfolge von Schultheiss Klaus Fellmann 1992 an.

PETITION GEGEN NACHTARBEIT

(28.11.) Eine Petition mit fast 18'000 Unterschriften fordert vom Bundesrat die Beibehaltung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen in der Industrie. Die Petition wurde anfangs Oktober von der Frauenkonferenz der Christlichen Gewerkschaft für Industrie, Handel und Gewerbe lanciert und wendet sich gegen die von der Industrie geforderte Aufkündigung des Uebereinkommens Nr. 89 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO).

43% DER ERWERBSTAETIGEN SIND FRAUEN

(7.12.) Eine Erhebung des Bundesamtes für Statistik zeigt, dass mehr Frauen erwerbstätig sind, als gemeinhin angenommen. Eine Umfrage bei 24'000 Haushaltungen ergab, dass von den Erwerbstätigen in der Schweiz (GrenzgängerInnen und Saisoniers nicht eingerechnet) 43% Frauen sind und 57% Männer. Allerdings leisten mehr als die Hälfte der Frauen (53%) die Lohnarbeit in Teilzeit, während 91% der erwerbstätigen Männer Vollzeit arbeiten. Neben der Haus- und Familienarbeit sind denn auch relativ viele Frauen (13% der erwerbstätigen Frauen) weniger als sechs Stunden pro Woche berufstätig.

REGIERUNGSRAETIN ABGEWAHHLT, NEUE REGIERUNGSRAETIN GEWAEHLT

(8.12.) Die Freiburger FDP-Regierungsrätin Roselyne Crausaz ist im ersten Wahlgang nicht wiedergewählt worden und hat angesichts des schlechten Resultates auf ihre Kandidatur im zweiten Wahlgang verzichtet. Im zweiten Wahlgang wurde die SP-Politikerin Ruth Lüthi gewählt, womit der Kanton Freiburg weiterhin eine Frau in seiner Regierung hat. In den 26 Kantonsregierungen gibt es insgesamt nur fünf Frauen: je eine in Zürich, Solothurn, Schwyz, Luzern und Freiburg.

ZWEITE BUNDESRICHTERIN IN LAUSANNE

(12.12.) Die Vereinigte Bundesversammlung hat die 37jährige Baslerin Kathrin Klett zur neuen Bundesrichterin gewählt. Die von der sozialdemokratischen Fraktion portierte Kathrin Klett wurde 1984 als ausserordentliche Ersatzrichterin gewählt und amtierte seit 1989 als ordentliche Ersatzrichterin. Neben Margrith Bigler-Eggenberger ist sie die zweite Frau am Obersten Gericht in Lausanne.

FRAUENQUOTE FUER HOCHSCHULNACHWUCHS

(12.2.) Der Ständerat hat einen Kredit von 2,3 Milliarden Franken für die Hochschulförderung in den Jahren 1992-95 gutgeheissen. Der vom Nationalrat bereits verabschiedete Kredit ist mit der Auflage verbunden, dass mindestens ein Drittel der damit an Hochschulen finanzierten Stellen durch Frauen besetzt werden muss.

STELLENINSERATE IMMER NOCH GESCHLECHTSSPEZIFISCH

(14.12.) Drei Viertel aller Stelleninserate richten sich ausschliesslich an ein Geschlecht und davon drei Fünftel an das männliche. Eine Untersuchung des eidgenössischen Büros für Gleichstellung von Frau und Mann ergab weiter, dass im übrigen die Frauen desto seltener angesprochen werden, je höher die ausgeschriebene berufliche Position ist. Aber bereits bei den Lehrstellen werden fast 45% ausschliesslich in der männlichen Form ausgeschrieben, während sich etwa 18% nur an Frauen richten.

RUTH KAUFMANN AUF OEKOLOGIE-LEHRSTUHL GEWAHHLT

(19.12.) Die Kinderpsychologin Prof. Ruth Kaufmann-Hayoz ist vom Regierungsrat des Kantons Bern auf den Lehrstuhl für Allgemeine Oekologie der Universität Bern gewählt worden. Sie tritt die Nachfolge von Jost Krippendorf an. Die 1988 neu geschaffene Koordinationsstelle für Allgemeine Oekologie ist keiner Fakultät zugeordnet und soll interdisziplinäre Forschung betreiben.

AUF EVA SEGMUELLER FOLGT CARLO SCHMID

(18.1.) Die erste Parteipräsidentin einer Bundesratspartei ist wieder von einem Mann abgelöst worden. Ständerat Carlo Schmid ist von der Delegiertenversammlung der CVP zum Nachfolger der nach vier Amtsjahren abtretenden CVP-Präsidentin Eva Segmüller gewählt worden.

NATIONALRAT WILL KEINE FRAUENQUOTE

(30.1.) Mit 102 gegen 48 Stimmen hat der Nationalrat eine parlamentarische Initiative der Grünen abgelehnt, welche eine 40-Prozent-Quote zugunsten

der Frauen in der Grossen Kammer forderte. Das gleiche Schicksal war einer Quoten-Initiative im Ständerat beschieden. Im Nationalrat scheiterten zudem zwei Frauen-Postulate, das eine verlangte einen Bericht über die politischen und rechtlichen Konsequenzen von geschlechtsspezifischen Quotenregelungen und das andere einen Bericht über Möglichkeiten einer besseren Frauenvertretung in ausserparlamentarischen Kommissionen.

OEKUMENISCHE FRAUENBEWEGUNG GEGRUENDET

(4.2.) In Thuis haben katholische und evangelische Frauen die "Oekumenische Frauenbewegung Graubünden" gegründet. Die Bewegung will Frauen ermutigen, ihren Platz im Leben, in Kirche und Öffentlichkeit einzunehmen und will einen Beitrag zur Ueberwindung der Benachteiligung von Frauen leisten.

FRAUEN WAEHLTEN ZU WENIG FRAUEN

(6.2.) Eine Vorauswertung der eidgenössischen Wahlen durch das Statistische Amt des Kantons Zürich zeigt, dass andere Wahlkriterien wichtiger waren als die Frauensolidarität. Mit 16 Prozent mehr weiblichen Wahlberechtigten als männlichen hätten es die Frauen im Kanton Zürich in der Hand gehabt, eine Mehrheit von Frauen nach Bern zu wählen. Auch unter den Wählenden waren die Frauen in der Ueberzahl: 183'218 Frauen gingen an die Urne, gegenüber 179'518 Männern. Gewählt wurden aber lediglich 9 Frauen gegenüber 26 Männern.

FRAUENFOERDERUNG IN DER BUNDESVERWALTUNG

(12.2.) Der Bundesrat hat Weisungen zur Besetzung von Stellen erlassen, mit denen die Förderung der Frauen vorangetrieben werden soll. Künftig müssen alle Stellen für Frauen und Männer ausgeschrieben werden, und bei den verlangten Fähigkeiten sollen jene, die eher als weiblich gelten, den eher als männlich eingestuften Eigenschaften gleichgestellt werden. Bei Stellenbesetzungen soll bei gleichwertiger Qualifikation den Frauen der Vorzug gegeben werden, solange innerhalb einer grösseren Verwaltungseinheit noch kein paritätisches Verhältnis besteht. Im weiteren sollen Frauen vermehrt zur Weiterbildung ermuntert werden und Teilzeitarbeit soll auch in höheren Funktionen ermöglicht werden.

CHRONIQUE OCTOBRE 1991 A FEVRIER 1992

par Brigitte Mantilleri

A LA UNE

(12 déc) Une deuxième femme, l'avocate de Bâle-Campagne Kathrin Klett, présentée par le groupe socialiste, a été élue juge au Tribunal fédéral.

(4 janv) Abandonnant en 1930 la quiétude des rives du Léman pour des contrées "interdites aux nomades", Ella Maillart a ramené en cinquante ans de périples de nombreuses photographies, témoins d'un monde aujourd'hui perdu ou en voie de disparition. Un livre sur ses regards: Ella Maillart, "La vie immédiate", textes de Nicolas Bouvier, Editions Payot-24 Heures, Lausanne 1991.

(17 janv) C'est une femme, Annemarie Walther-Roost, qui reprendra les rênes du restaurant zurichois de la célèbre cuisinière Agnès Amberg. Décédée, elle était considérée par les spécialistes comme la seule femme à pouvoir rivaliser avec les grands chefs de la haute gastronomie en Suisse.

CONTRACEPTION

(13 nov) Lancement du préservatif féminin. Ce condom, qui se présente sous la forme d'un fourreau très fin en polyuréthane serti de deux anneaux aux extrémités, doit fournir à la fois une barrière contraceptive et une protection contre les maladies sexuellement transmissibles.

DIVERS

(18 nov) Une robe portée par Marilyn Monroe en 1954 dans le western "La rivière sans retour" a été vendue aux enchères à Degersheim (SG) pour la somme de 60'000 francs...

(20 nov) Les consommatrices tessinoises et romandes ont boudé ostensiblement le 40ème anniversaire du Forum des consommatrices alémaniques à Zurich. Motif, le changement de nom du Forum qui s'érige en organisation nationale.

(21 nov) Un nouveau bastion masculin s'effondre: les femmes pourront bientôt piloter des avions et des hélicoptères militaires. Le Conseil fédéral a encore décidé que les femmes pourraient elles aussi rester dans l'armée au-delà de l'âge limite si elles en font la demande.

(3 déc) Le dérapage a été évité de justesse. Mariette Paschoud, historienne et enseignante vaudoise, connue pour ses thèses révisionnistes depuis qu'elle a mis en doute publiquement, en 1986, l'existence des chambres à gaz nazies ne sera pas promue au rang de major de l'armée suisse.

(23 janv) Hommes et femmes de 21 à 50 ans seront astreints au service du feu dès l'été en Ville de Berne. Sur les 51'000 pompiers et pompières potentiels, seuls 260 le deviendront vraiment. Les autres s'acquitteront à la place d'une taxe allant de dix à 200 francs selon les revenus. La population devra encore se prononcer à ce propos le 17 mai prochain.

EGALITE

(25 oct) Votées à l'unanimité par le Grand Conseil genevois en juin dernier, les nouvelles dispositions destinées à favoriser l'égalité entre hommes et femmes au sein de l'Université sont entrées en vigueur le 27 juillet. Elles sont aujourd'hui l'objet d'un recours de droit public auprès du Tribunal fédéral. L'essentiel de la requête: que le TF annule ces nouvelles mesures dont le recourant, un avocat, estime qu'elles violent la Constitution fédérale.

(26 oct) Onze femmes de l'administration fédérale surveillent le déroulement des études visant à concrétiser l'égalité entre hommes et femmes. C'est le suivi de la conférence des Nations Unies de Nairobi en 1985. Résultat: une foison d'études sur l'égalité à défaut d'actions concrètes.

(14 nov) En Valais, un Bureau de l'égalité devrait voir le jour pour une période limitée à cinq ans. Il sera rattaché à la Chancellerie.

(16 nov) Les applications du nouveau droit matrimonial, entré en vigueur en 1988, soulèvent une série de problèmes qui peuvent avoir des effets défavorables pour les femmes, surtout dans les procédures de divorce. La Commission fédérale pour les ques-

tions féminines estime que les attentes suscitées par le nouveau droit en matière d'égalité entre les sexes n'ont en partie pas été comblées.

(23 janv) Trois jeux créés par le Bureau genevois de l'égalité en collaboration avec ceux de Bâle-Campagne, du Jura et de la Berne fédérale pour promouvoir l'égalité. Ils sont destinés aux enfants de trois à dix ans. Sous la forme traditionnelle du puzzle et du loto, ils sont facilement accessibles. Pour les commander, appelez le 022/27.20.65.

(28 janv) En novembre 1991, le rectorat de l'Université de Lausanne nommait une déléguée pour les questions féminines: Angelika Bischof-Delaloye, privat dozent, agrégée de faculté et médecin-adjoint au CHUV. Cette dernière est bien décidée à agir et à ne pas se contenter d'un exercice de style sur les femmes.

(31 janv) Le Conseil national ne veut pas entendre parler de l'introduction de quotas pour assurer une répartition plus équitable des sexes dans les autorités fédérales. Il a rejeté deux initiatives allant dans ce sens.

ENFANTS

(9 oct) Lausanne, Conseil communal, large consensus obtenu en faveur d'un projet d'accueil de la petite enfance. Il s'agit de renforcer le système de garde d'enfants non-scolarisés au domicile de personnes payées pour cela - mamans de jour - géré par l'Association pour l'entraide familiale.

(5 nov) Lancement d'une campagne contre la prostitution enfantine par les oeuvres d'entraide suisses. Elles se mobilisent contre l'exploitation sexuelle des enfants dans les pays du tiers monde.

(5 nov) La Commission judiciaire du Grand conseil innove et propose de mettre à disposition des parents divorcés des lieux de rencontre où exercer le droit de visite.

(9 janv) Un réseau de mamans de jour s'est récemment créé dans la région de Sainte-Croix, Bullet et Mauborget. Une dizaine de mamans sont déjà prêtes à assurer la garde d'enfants.

(8 fév) Pour mettre en garde les touristes contre l'exploitation des femmes et des enfants dans les pays pauvres, le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes a publié un dépliant qui donne quelques exemples de "tourisme sexuel" et de ses effets.

FEMMES BATTUES

(7 nov) Le nombre des femmes et des enfants qui trouvent refuge dans des maisons pour femmes battues ne cesse de croître. Au moins 1'452 personnes ont logé dans ces établissements l'année dernière en Suisse. Pour échapper à la violence de leurs conjoints, de leurs pères ou de leurs fils, selon une enquête d'Associated Press. 39% de ces femmes maltraitées sont retournées chez leur bourreau.

HARCELEMENT SEXUEL

(15 oct) Lancement d'une vaste campagne contre le harcèlement sexuel par le Comité genevois ainsi que le Collectif vaudois contre le harcèlement sexuel. Cette campagne, parce qu'il importe de lever la chape de silence qui entoure le phénomène, pour qu'il soit dénoncé comme une atteinte à la dignité de la femme et combattu de manière préventive par l'ensemble de la société.

Pendant cette campagne s'est tenu au Tribunal des prud'hommes de Genève un procès pour licencier abusif consécutif à un harcèlement sexuel dans une entreprise genevoise.

LOI

(7 janv) La loi va changer. Dans la révision actuellement en cours du code pénal, la circonstance aggravante de la mise hors d'état de résister en cas de viol sera supprimée. En effet, il est très difficile de tracer la limite entre la violence et les menaces nécessaires pour contraindre une femme à subir un viol simple et celles qui, constituant une mise hors d'état de résister font passer le minimum de la peine applicable d'un à trois ans. Mieux vaut admettre, a estimé la commission parlementaire, que le viol est toujours un crime grave, quelles que soient les raisons pour lesquelles la victime est obligée de se soumettre.

MATERNITE

(3 fév) L'Organisation pour la cause des femmes (OFRA) s'est prononcée contre les manipulations génétiques et exige l'arrêt immédiat de la recherche dans ce domaine. Cette voie prise par la science est une déclaration de guerre à la femme et à la nature. Les femmes risquent à ternie d'être contrôlées et exploitées.

NOBEL

(15 oct) La dirigeante de l'opposition birmane Aung San Suu Kyi qui a reçu le prix Nobel de la Paix 1991 est seulement la huitième femme à avoir obtenu cette distinction depuis la création du prix en 1901. Après Alva Myrdal, le ministre suédois du Désarmement en 1982, Mère Teresa en 1979 et la première, Bertha Sophie Felicita von Suttner, baronne autrichienne auteur d'un livre contre la guerre "Déposez les armes" et présidente honoraire du Bureau permanent pour la paix internationale.

PAUVRETE

(1991) Parution de "Femmes pauvres dans ville riche", une brochure qui donne les résultats d'une étude réalisée par F-information, en collaboration avec le Bureau de l'égalité genevois. Elle a touché 413 femmes domiciliées dans le canton de Genève. Cette enquête a voulu rendre visible la pauvreté qui se cache dans notre cité en apportant des réponses précises aux questions posées. Elle met en évidence la spécificité de la pauvreté féminine, en liant celle-ci aux rapports de pouvoir entre les sexes caractérisant notre société. Edifiant, triste mais stimulant, ce document peut être acheté au Bureau de l'égalité genevois, rue Henri-Fazy 2, case postale 362, 1211 Genève 3.

POLITIQUE

(22 oct) La pilule est amère pour les femmes inscrites dans la course électorale: seuls deux fauteuils de plus seront féminins au National, alors qu'au Conseil des Etats, les députées se retrouvent à quatre, contre cinq il y a quatre ans. Bref, la réalité est bien loin de l'image de la femme promue par la plupart des partis pendant la campagne. On aurait souhaité 30% de femmes élues, elles restent un maigre 15%. Et quatorze cantons n'envoient que des députés mâles à Berne. Intéressant: les listes exclusivement féminines se sont avérées payantes, comme dans le cas de l'élection de la Genevoise Christiane Brunner, issue de la liste-femmes du Parti socialiste.

(28 janv) Initiative originale des femmes de la liste du PS à Genève. Pour informer, répondre aux questions, parler de la cause des femmes, Christiane Brunner, l'unique conseillère nationale genevoise, et ses complices roses donnent rendez-vous tous les dimanches de 17h à 19h, au Café des Belles-Filles à Genève.

RECHERCHE

(15 oct) Le fonds "Marie Heim Voegtlin", nouveau programme du Fonds national suisse de la recherche scientifique destiné à encourager les femmes à reprendre leurs recherches interrompues le plus souvent pour des raisons familiales, a été mis au concours pour la première fois cette année. 11 femmes sur 50 candidates recevront ainsi un appui financier durant un à trois ans.

TRAVAIL

(9 oct) Fin du 7e Management symposium des femmes à Zurich. Quatre jours durant, quelque 200 femmes venues de onze pays- essentiellement de l'espace européen- se sont penchées sur la personnalité et les caractéristiques que devraient développer les leaders de demain.

(5 nov) Les femmes ont une autre approche de l'informatique que les hommes. C'est à partir de cette thèse que s'est construit le projet pilote "F-software", encouragé par le canton de Zurich et divers parrains privés à l'occasion du 700e anniversaire de la Confédération. Initiatrices: Elisabeth Michel-Alder et huit femmes de Zurich, Bienne et Saint-Gall.

(20 nov) Une succursale de la Migros à Lausanne a été prise en flagrant délit d'inégalité salariale. Une auxiliaire, payée 14% de moins qu'un collègue masculin faisant exactement le même travail, a obtenu du géant de l'alimentation qu'il lui rembourse la différence. La jeune femme a décidé en outre de maintenir le cas devant le Tribunal des prud'hommes de Renens (VD).

(13 nov) Selon les nouvelles directives de la Croix-Rouge suisse, la formation des infirmières sera axée davantage sur l'humanisme.

(7 déc) En Suisse, les femmes sont particulièrement nombreuses à travailler: 54% des femmes plus âgées de 15 ans ont une activité professionnelle contre 42% en Allemagne, 46% en France, 35% en Italie et 48% en Autriche. Elles travaillent surtout à temps partiel.

(14 janv) Une centaine de femmes se sont relayées lors d'une veillée aux flambeaux contre le travail de nuit devant le Palais fédéral à Berne. A l'invitation de l'Union syndicale suisse et de comités de la grève du 14 juin 1991, elles ont exhorté le Conseil fédéral à maintenir l'engagement de la Suisse dans la Convention NO 89 de l'Organisation internationale du travail qui interdit le travail de nuit des femmes.

(20 janv) L'OCDE et la Banque mondiale démontrent dans deux récents rapports que les capacités des femmes sont sous-exploitées tant dans les pays en voie de développement que dans les pays industrialisés. Pour mieux mettre leur contribution à profit, un changement fondamental du système et des politiques en la matière s'impose, dans les pays pauvres comme dans les pays riches.

Zeichenerklärung:

Erste Zahl = Ordnungsnummern für die Session

Zweite Zahl = fortlaufende Kontrollnummern der Geschäfte

- N behandelt vom Nationalrat
 S behandelt vom Ständerat
 n Erstbehandlung beim Nationalrat
 s Erstbehandlung beim Ständerat
 D Dringlich
 * neue Geschäfte
 x erledigt

Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung

Wintersession 1991

(1. Tagung der 44. Legislaturperiode)

vom Montag, 25. November bis Freitag, 13. Dezember 1991

Sitzungen des Nationalrates: 25., 26., 27., 28. November, 2., 3., 4., 5., 9., 10., 11. (II), 12. (II) und 13. Dezember 1991 (15 Sitzungen)

Sitzungen des Ständerates: 25., 26., 27., 28. November, 2., 3., 4., 5., 10., 11., 12. und 13. Dezember 1991 (12 Sitzungen)

Sitzungen der Vereinigten Bundesversammlung: 4. und 11. Dezember 1991 (2 Sitzungen)

Standesinitiativen

32/91.304 n Basel-Stadt. Freizügigkeit in der beruflichen Vorsorge, vom 15. März 1991

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, gestützt auf Artikel 93 Absatz 2 der Bundesverfassung, lädt die Eidgenössischen Räte auf Antrag seiner Kommission ein, folgende Standesinitiative für die Einführung der vollen Freizügigkeit zu prüfen:

Die berufliche Vorsorge kann ihren Zweck nur erfüllen, wenn die erworbenen Ansprüche auf eine Altersrente auch im Falle eines Stellenwechsels oder eines vorübergehenden Unterbruchs der Erwerbstätigkeit ungeschmälert erhalten bleiben.

In zahlreichen Vorsorgeeinrichtungen privaten und öffentlichen Rechts wurde die Freizügigkeit in den letzten Jahren in unterschiedlichem Ausmass verbessert. Eine Kasse, die heute volle Freizügigkeit einführt, subventioniert aber in gewissen Fällen Vorsorgeeinrichtungen mit schlechten Freizügigkeitsregelungen. Dieses Problem kann eine einzelne Kasse nicht lösen.

Die zuständige Kommission des Basler Grossen Rates musste bei den Beratungen für ein neues Pensionskassengesetz feststellen, dass eine gerechte Regelung der Freizügigkeit nur möglich ist, wenn der Bund mittels Revision des Obligationenrechts Lösungen stipuliert, an denen sich alle Kassen gleichermassen beteiligen müssen. Die finanzielle Belastung der Kassen bleibt gering, wenn die höheren Austrittschädigungen von den Versicherten beim Wiedereintritt in die neue Kasse eingebracht werden.

Im einzelnen soll das schweizerische Obligationenrecht wie folgt revidiert werden:

1. Die Freizügigkeit soll rasch und allgemein für sämtliche Vorsorgeeinrichtungen des privaten und des öffentlichen Rechts verbessert werden.
2. In Kassen nach dem Beitragsprimat soll die Freizügigkeit die Summe der einbezahlten Sparbeiträge zuzüglich Zins und Zinseszinsen umfassen. In Kassen nach dem Leistungsprimat soll sich die Freizügigkeit am individuellen Altersleistungsziel und den Beitragsjahren orientieren. Den Leistungs- und Finanzierungsplänen der Kassen ist dabei Rechnung zu tragen. Als Mindestgarantie beim Stellenwechsel soll in allen Fällen das Doppelte aller laufenden Arbeitnehmerbeiträge samt Zins und Zinseszins nach Abzug der Risikokosten gelten.
3. Die Regelung der Freizügigkeit soll einfach, transparent und für die Versicherten nachvollziehbar statuiert werden.
4. Die Barauszahlung von Freizügigkeitsleistungen ist auf Fälle zu beschränken, in denen der Vorsorgeschutz in Form eines gebundenen Vermögens erhalten bleibt. Insbesondere ist die Barauszahlung an verheiratete oder vor der Heirat stehende Frauen zu unterbinden.

Initiatives des cantons

32/91.304 n Bâle-Ville. Libre passage dans le cadre de la prévoyance professionnelle, du 15 mars 1991

Le Grand Conseil du canton de Bâle-Ville, se fondant sur l'article 93, 2^e alinéa, de la Constitution fédérale, invite les Chambres fédérales, sur proposition de sa commission, à examiner l'initiative suivante visant à l'instauration du libre passage intégral en matière de prévoyance professionnelle:

La prévoyance professionnelle ne peut remplir son objectif que si les droits constitués en vue de l'obtention d'une pension sont maintenus intégralement, même en cas de changement d'emploi ou d'interruption temporaire de l'activité lucrative.

De nombreuses institutions de prévoyance de droit public ou privé ont plus ou moins amélioré le libre passage au cours des dernières années. Mais une caisse qui accorde aujourd'hui le libre passage intégral subventionne dans certains cas des institutions de prévoyance moins libérales. La solution de ce problème ne peut être laissée au bon vouloir de chaque caisse.

La commission compétente du Grand Conseil de Bâle-Ville a constaté, lors de ses délibérations au sujet d'une nouvelle loi sur les caisses de pension, qu'il ne serait possible d'instaurer une réglementation adéquate du libre passage que si la Confédération, par le biais d'une révision du code des obligations, prévoyait des solutions auxquelles toutes les caisses seraient tenues. Les caisses ne subiraient qu'une charge financière minimale si les montants élevés des indemnités de sortie étaient reversées par les assurés à leur nouvelle caisse.

Dans le détail, le code des obligations devrait être modifié comme il suit:

1. Le libre passage devrait être amélioré rapidement et de façon générale pour toutes les institutions de prévoyance de droit public ou privé.
2. Pour les caisses appliquant la primauté des cotisations, le libre passage doit comprendre la somme des montants d'épargne versés, y compris les intérêts et les intérêts composés. Pour les caisses qui appliquent la primauté des prestations, le libre passage doit être calculé en fonction de l'objectif individuel de prestation-vieillesse et des années de cotisation. Ce faisant, il doit être tenu compte des plans financiers et de prestations des caisses. En cas de changement d'emploi, la garantie minimale doit, dans tous les cas, comprendre le double de toutes les cotisations courantes du travailleur, y compris les intérêts et les intérêts composés, déduction faite des coûts du risque.
3. La réglementation du libre passage doit être simple, transparente et applicable à tous les assurés.
4. Le paiement en espèces des prestations de libre passage doit être limité aux cas pour lesquels la protection de prévoyance est maintenue sous la forme d'une fortune affectée à ce but. Il convient notamment d'interdire le paiement en espèces des prestations aux femmes mariées ou qui sont sur le point de se marier.

5. Erworbene Freizügigkeitsleistungen sind bei Wiedereintritt in eine andere Kasse vollumfänglich einzubringen. Soweit sie nicht für Einkäufe oder Nachzahlungen Verwendung finden, hat die Gesetzgebung diese in Form einer persönlichen Gutschrift sicherzustellen.

N/S Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit

Parlamentarische Initiativen

53/89.249 n Lohngleichheit für Mann und Frau. Beweislastregel (Nabholz), vom 13. Dezember 1989

Artikel 343 OR sei folgendermassen zu ergänzen:

«Hat im Streitfalle die klagende Partei Tatsachen dargelegt, die die ungleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit als glaubhaft erscheinen lassen, trifft die beklagte Partei die volle Beweislast für den Gegenbeweis».

N Kommission für Rechtsfragen

Bericht der Petitions- und Gewährleistungskommission vom 19. November 1990

1991 18. März. Beschluss des Nationalrates: Der Initiative wird Folge gegeben.

61/90.240 n Lohngleichheit (Hafner Ursula), vom 20. Juni 1990

Gestützt auf Artikel 21^{bis} des Geschäftsverkehrsgesetzes verlange ich mit einer parlamentarischen Initiative in Form der allgemeinen Anregung die Ausarbeitung gesetzlicher Grundlagen für die wichtigsten im Lohngleichheitsbericht des EJPD vom Oktober 88 vorgeschlagenen Massnahmen, insbesondere

- die Einrichtung von Vermittlungsstellen zur aussergerichtlichen Streiterledigung
- die Umkehr der Beweislast bei Glaubhaftmachen der Lohndiskriminierung
- das Klage- und Beschwerderecht für Organisationen
- den Kündigungsschutz
- die Unterstützung von Gleichstellungsprogrammen
- ein gesetzliches Diskriminierungsverbot
- den Ausbau des Eidg. Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann.

N Kommission für Rechtsfragen

62/90.241 n Frauen-Quote für Bundesbehörden (Leutenegger Oberholzer), vom 20. Juni 1990

Gestützt auf das Geschäftsverkehrsgesetz Artikel 21^{bis} unterbreite ich eine parlamentarische Initiative in der Form der allgemeinen Anregung.

Um eine dem Bevölkerungsanteil der Geschlechter angemessene Vertretung der Frauen in den eidgenössischen Behörden zu gewährleisten, sind die notwendigen Änderungen in der Bundesverfassung und in der Gesetzgebung vorzunehmen, damit bis zum Jahr 2001 gesichert ist, dass in den eidgenössischen Räten (National- und Ständerat), im Bundesrat, im Bundesgericht sowie in den ausserparlamentarischen Kommissionen des Bundes kein Geschlecht mit weniger als 40 Prozent vertreten ist.

5. En cas d'entrée dans une nouvelle caisse, les prestations de libre passage reçues doivent être versées intégralement à celle-ci. Dans la mesure où ces prestations ne sont pas utilisées pour couvrir une somme de rachat ou des paiements rétroactifs, la loi doit prévoir leur mise en réserve sous forme d'un crédit personnel.

N/E Commissions de la sécurité sociale et de la santé

Initiatives parlementaires

53/89.249 n Egalité des salaires masculins et féminins. Fardeau de la preuve (Nabholz), du 13 décembre 1989

L'article 343 CO doit être complété comme il suit:

«Lorsqu'en cas de litige, la partie plaignante présente des faits qui laissent supposer de manière vraisemblable que l'égalité des salaires n'est pas respectée pour un travail de valeur égale, il incombe à la partie adverse de prouver le contraire.»

N Commission des affaires juridiques

Rapport de la commission, du 19 novembre 1990

1991 18 mars: Le Conseil national décide de donner suite à l'initiative.

61/90.240 n Egalité des salaires (Hafner Ursula), du 20 juin 1990

En vertu de l'article 21^{bis} de la loi sur les rapports entre les conseils, je prie le Conseil fédéral, par le biais d'une initiative parlementaire sous la forme d'une demande conçue en termes généraux, de faire élaborer les bases légales nécessaires à la concrétisation des mesures les plus importantes qui sont proposées dans le rapport du DFJP sur l'égalité des salaires entre hommes et femmes publié en octobre 1988, à savoir notamment:

- créer des offices de conciliation en vue d'un règlement extrajudiciaire des litiges;
- inverser le fardeau de la preuve pour la partie qui doit rendre vraisemblable l'existence d'une discrimination salariale;
- instaurer la qualité pour agir des associations;
- renforcer la protection contre le licenciement;
- soutenir les programmes promouvant l'égalité;
- introduire dans la législation l'interdiction de toute discrimination;
- développer le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes.

N Commission des affaires juridiques

62/90.241 n Proportion minimale de femmes au sein des autorités fédérales (Leutenegger Oberholzer), du 20 juin 1990

En vertu de l'article 21^{bis} de la loi sur les rapports entre les conseils, je dépose une initiative parlementaire sous la forme d'une demande conçue en termes généraux.

Afin que les femmes soient équitablement représentées au sein des autorités fédérales en fonction de leur importance numérique dans la population; le gouvernement est chargé d'apporter les modifications nécessaires dans la constitution et la légis-

N Aubry, Aguet, Caccia, Daepf, Danuser, Diener, Eggly, von Felten, Goll, Grendelmeier, Haering Binder, Hildbrand, Kühne, Müller, Nabholz, Philipona, Scheidegger, Stamm Judith, Suter (19)

Bericht der Kommission des Nationalrates vom 16. Januar 1991

63/90.242 n Mehr Frauen ins Parlament (Sozialdemokratische Fraktion), vom 20. Juni 1990

Der Bericht der Eidgenössischen Frauenkommission «Nehmen Sie Platz, Madame» vom Frühjahr 1990 zeigt auf, dass die Frauen rund 20 Jahre nach Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechtes in allen Parlamenten sehr schlecht repräsentiert sind. 1987 haben von insgesamt 2400 Bewerbungen für den Nationalrat 706 Frauen kandidiert, was 29% entspricht. Der Erfolg war aber eher bescheiden: 29 Frauen, das heisst knapp 15% wurden in den Nationalrat gewählt. In der Schweiz leben rund 51% Frauen und 49% Männer. Unser Parlament repräsentiert also mit einem Verhältnis von 15% Nationalrätinnen und 85% Nationalräten keineswegs die Schweizer Bevölkerung. Der Anteil der Frauen im eidgenössischen Parlament hat sich seit 1971 nur sehr langsam vergrössert. Für die nächsten Jahre ist nicht zu erwarten, dass sich diese Situation ändert, wenn nicht Massnahmen zur Frauenförderung getroffen werden.

Eine durch das Prinzip der Proporzahlen seit langem bekannte Massnahme ist die Quotenregelung.

Aus diesen Grunde unterbreiten wir in der Form einer allgemeinen Anregung die folgende parlamentarische Initiative:

1. Im Nationalrat ist ein Geschlecht mit höchstens 60% vertreten.
2. Diese Forderung soll bis zum Jahre 2003 erfüllt sein. Für die Wahlen in den Jahren 1995 und 1999 gelten Übergangsbestimmungen.

Sprecherin: Danuser

N Aubry, Aguet, Caccia, Daepf, Danuser, Diener, Eggly, von Felten, Goll, Grendelmeier, Haering Binder, Hildbrand, Kühne, Müller, Nabholz, Philipona, Scheidegger, Stamm Judith, Suter (19)

Bericht der Kommission des Nationalrates vom 16. Januar 1991

79/91.400 n Männer-Quoten im Ständerat (Minderheit der Kommission 89.253), vom 15. November 1990

Bundesbeschluss für Männer-Quoten im Ständerat vom

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Prüfung einer parlamentarischen Initiative,

nach Einsicht in den Bericht einer Kommission des Nationalrates vom 24. Januar 1991 und in die Stellungnahme des Bundesrates vom ..., beschliesst:

lation, de manière à ce que, d'ici l'an 2001, la proportion de personnes d'un sexe donné ne soit pas inférieure à 40 pour cent dans les Chambres fédérales (Conseil national et Conseil des Etats), au Conseil fédéral, au Tribunal fédéral et dans les commissions extra-parlementaires.

N Aubry, Aguet, Caccia, Daepf, Danuser, Diener, Eggly, von Felten, Goll, Grendelmeier, Haering Binder, Hildbrand, Kühne, Müller, Nabholz, Philipona, Scheidegger, Stamm Judith, Suter (19)

Rapport de la commission du Conseil national du 16 janvier 1991

63/90.242 n Davantage de députées au Parlement (Groupe socialiste), du 20 juin 1990

Le rapport «Prenez place, Madame» de la commission fédérale pour les questions féminines, paru au printemps 1990, montre que les femmes restent très peu représentées dans tous les parlements, et ce 20 ans après l'introduction du droit de vote et d'éligibilité des femmes. En 1987, 706 femmes se sont présentées aux élections du Conseil national, représentant 29% des 2400 candidates et candidats. Leur succès est toutefois resté modeste: 29 femmes, soit à peine 15%, ont été élues. La Suisse compte environ 51% de femmes contre 49% d'hommes; notre Parlement, regroupant 15% de conseillères nationales et 85% de conseillers nationaux, ne représente donc aucunement la composition de la population suisse. La proportion des femmes siégeant au Parlement n'a que très lentement évolué depuis 1971, et il serait vain d'attendre de grands changements durant les années à venir si des mesures ne sont pas prises en faveur de la promotion de la femme.

La réglementation des quotas est une mesure que le système proportionnel connaît de longue date.

Pour ces raisons, nous déposons l'initiative parlementaire suivante, conçue en termes généraux:

1. La proportion de femmes ou d'hommes au Conseil national ne peut excéder 60%.
2. Ce principe sera intégralement respecté en 2003. Des dispositions transitoires s'appliqueront aux élections de 1995 et 1999.

Porte-parole: Danuser

N Aubry, Aguet, Caccia, Daepf, Danuser, Diener, Eggly, von Felten, Goll, Grendelmeier, Haering Binder, Hildbrand, Kühne, Müller, Nabholz, Philipona, Scheidegger, Stamm Judith, Suter (19)

Rapport de la commission du Conseil national du 16 janvier 1991

79/91.400 n Introduction de quotas pour les membres masculins du Conseil des Etats (Minorité de la commission du Conseil national 89.253), du 15 novembre 1990

Arrêté fédéral sur l'introduction de quotas pour les membres masculins du Conseil des Etats du

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu une initiative parlementaire; vu le rapport du 24 janvier 1991 de la commission du Conseil national; vu l'avis du ... du Conseil fédéral, arrête:

I
Artikel 80 der Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 80

Der Ständerat besteht aus 46 Abgeordneten der Kantone. Jeder Kanton wählt zwei Abgeordnete, in den geteilten Kantonen jeder Landesteil einen Abgeordneten. In den Abordnungen ungeteilter Kantone müssen beide Geschlechter vertreten sein.

II

Dieser Beschluss untersteht der Abstimmung des Volkes und der Stände:

N *Eggy, Aguet, Aregger, Aubry, Baumberger, Bundi, Daepf, Ducret, Etique, Fischer-Seengen, Frey Walter, Gross Andreas, Haller, Heberlein, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Meier Hans, Stamm Judith* (19)

Bericht der Kommission des Nationalrates vom 24. Januar 1991 (BBl I, 1151)

Stellungnahme des Bundesrates vom 8. Mai 1991 (BBl II, 907)

88/91.411 n Leistungen für die Familie (Fankhauser), vom 13. März 1991

Gemäss Artikel 21^{bis} des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 30 des Geschäftsreglementes des Nationalrates reiche ich folgende Initiative in der Form der allgemeinen Anregung ein:

1. Für jedes Kind besteht Anspruch auf eine Kinderzulage von mindestens 200 Franken. Dieser Ansatz orientiert sich an den zur Zeit höchsten Beträgen der kantonalen Kinderzulagen und sollte regelmässig an den Index angepasst werden. Die Durchführung einer solchen Bundeslösung soll den bestehenden Ausgleichskassen der Kantone, der Verbände und des Bundes übertragen werden, wobei ein gesamtschweizerischer Lastenausgleich zu verwirklichen ist.
2. Für Familien mit Kindern im betreuungsbedürftigen Alter, insbesondere für alleinerziehende Eltern, besteht Anspruch auf Bedarfsleistungen, welche analog zur Ergänzungsleistung ausgestaltet sind.

N *Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit*

Bericht der Kommission für soziale Sicherheit vom 20. August 1991

102/91.429 n Programm zur Förderung von Gleichstellung und Partnerschaft (Baerlocher), vom 25. September 1991

Mit dem formalrechtlichen Bekenntnis zur Gleichstellung und mit dem partnerschaftlichen Ehe-Leitbild ist die Diskriminierung der Frauen nicht beseitigt worden. Die Umsetzung beider Prinzipien kommt nur schleppend voran und die Ungeduld der Frauen wächst. Dies zeigt der landesweite Frauenstreik vom 14. Juni.

Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei: Die Frauen wollen Taten sehen. Und damit haben sie völlig recht. Mit der Veränderung von Ideen und Verfassungstexten sind jene strukturellen Barrieren noch nicht beseitigt, die auch beim Vorliegen besten Willens zu oft reale Gleichstellung und vor allem partnerschaftliche Arbeitsteilung verhindern.

Gestützt auf Artikel 21^{bis} GVG reiche ich folgende parlamentarische Initiative in Form einer allgemeinen Anregung ein.

Der Bund erstellt ein spezielles Programm, das Gleichstellung und Partnerschaft fördert, in dem es bei den strukturellen Verhinderungen und individuellen «Behinderungen» der Männer ansetzt.

I
L'article 80 de la constitution fédérale est modifié comme il suit:

Art. 80

Le Conseil des Etats se compose de 46 députés des cantons. Chaque canton nomme deux députés; dans les cantons partagés, chaque demi-Etat en élit un. Dans les députations des cantons non partagés, les deux sexes doivent être représentés.

II

Le présent arrêté est soumis au vote du peuple et des cantons.

N *Eggy, Aguet, Aregger, Aubry, Baumberger, Bundi, Daepf, Ducret, Etique, Fischer-Seengen, Frey Walter, Gross Andreas, Haller, Heberlein, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Meier Hans, Stamm Judith* (19)

Rapport de la commission du Conseil national du 24 janvier 1991 (FF I, 1103)

Avis du Conseil fédéral du 8 mai 1991 (FF II, 884)

88/91.411 n Prestations familiales (Fankhauser), du 13 mars 1991

Me fondant sur l'article 21^{bis} de la loi sur les rapports entre les conseils et l'article 30 du Règlement du Conseil national, je dépose l'initiative suivante conçue en termes généraux:

1. Chaque enfant donne droit à une allocation pour enfant d'au moins 200 francs. Ce montant est fixé en fonction du montant maximum actuel des allocations cantonales pour enfant et devra être adapté régulièrement selon l'indice des prix à la consommation. La mise en œuvre d'une telle solution fédérale doit être confiée aux caisses de compensation des cantons, des associations professionnelles et de la Confédération; la péréquation des charges devant s'effectuer à l'échelon national.
2. Les familles dont les enfants sont à un âge où il faut s'occuper d'eux, plus particulièrement les familles monoparentales, ont droit, en cas de besoin, à des prestations analogues aux prestations complémentaires.

N *Commission de la sécurité sociale et de la santé*

Rapport de la commission de la sécurité sociale du 20 août 1991

102/91.429 n Egalité des sexes et partenariat (Baerlocher), du 25 septembre 1991

La reconnaissance formelle de parité des sexes et la mise sur pied d'égalité des conjoints dans le droit matrimonial n'ont pas mis fin à la discrimination des femmes. La lenteur avec laquelle les deux principes sont mis en pratique impatiente maintes femmes, comme en témoigne leur grève nationale du 14 juin 1991.

Le temps des promesses verbales est passé. Les femmes veulent des actes. Et elles ont pleinement raison. L'évolution des idées et la révision de la constitution ne suffisent pas pour éliminer les barrières structurelles qui empêchent encore, même avec la meilleure volonté, une réelle égalité des deux sexes et un partage vraiment équitable des tâches.

C'est pourquoi, me fondant sur l'article 21^{bis} de la loi sur les rapports entre les conseils, je dépose la présente initiative parlementaire conçue en termes généraux.

La Confédération élabore un programme spécial destiné à éliminer les entraves structurelles et les «handicaps» des hommes afin de promouvoir l'égalité entre l'homme et la femme et le partenariat dans le couple.

Dieses Programm müsste umfassen:

- Elternurlaub: Von Gemeinschaft getragen, im Sinne einer Elternversicherung. Elternurlaub auf Mann und Frau zu je 50 Prozent verteilt und eventuell verfallend, wenn Mann Elternurlaub nicht bezieht.
- Teilzeitarbeit: Im Arbeitsrecht festgelegte Möglichkeit des 6-Stunden-Tages für Betreuungspflichtige (Betreuungsaufgaben/-arbeit von Angehörigen), oder Beschränkung auf 6 Stunden für Familienpflichtige (im Sinne der «Standeschutzbestimmungen» für Frauen). Teilzeitstellen für Männer in leitenden und hochqualifizierten Stellen.
- Infrastruktur:
 - Steuerliche Begünstigung von Firmen, die Betreuungsplätze bereitstellen.
 - Berücksichtigung von Firmen bei staatlicher Auftragsvergabe, welche 1. Männerteilzeitarbeit und 2. Kinderbetreuung am Arbeitsort ermöglicht.
- Armee: Familienväter, welche Betreuungsarbeit übernehmen, werden freigestellt.
- Sozialversicherung: Berücksichtigung von Betreuungsarbeit in allen Teilen der Sozialversicherungen (AHV, IV, BVG, ALV).

N Kommission für Rechtsfragen

Persönliche Vorstösse

Nationalrat

197/90.314 M Grüne Fraktion – 10. AHV-Revision. Taggeld (6. Februar 1990)

Der Bundesrat wird beauftragt im Rahmen der 10. AHV Revision gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit pflegebedürftigen Betagten, die zu Hause von Angehörigen oder andern Betreuungspersonen betreut werden und dadurch einen Pflegeheim- oder Spitalaufenthalt vermeiden können, ein angemessenes Taggeld ausbezahlt werden kann.

Sprecherin: Diener

241/91.3036 P I Kommission 90.241/242 des Nationalrates – Frauen in ausserparlamentarischen Kommissionen (16. Januar 1991)

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, wie analog der Weisungen über die Vertretung der sprachlichen Gemeinschaften in der allgemeinen Bundesverwaltung vom 12. Januar 1983 in den Richtlinien für die Bestellung, Arbeitsweise und Kontrolle von ausserparlamentarischen Kommissionen vom 3. Juli 1974 eine Regelung zugunsten der Frauen vorzusehen ist.

242/91.3037 P II Kommission 90.241/242 des Nationalrates – Geschlechtsspezifische Quotenregelungen (16. Januar 1991)

Der Bundesrat wird eingeladen, den Eidgenössischen Räten einen Bericht über die Möglichkeiten der Einführung von geschlechtsspezifischen Quotenregelungen und deren politisch und rechtlichen Konsequenzen in den eidgenössischen Behörden, bis Ende 1991 vorzulegen.

Ce programme portera notamment sur les points suivants:

Congé parental: il sera couvert par une «assurance parentale» supportée par la collectivité, applicable à la femme et à l'homme à parts égales, et devenant éventuellement caduc si l'homme n'en fait pas usage.

Travail à temps partiel: possibilité, établie dans le droit de travail, de la journée de 6 heures pour les personnes ayant la garde d'enfants (y compris pour celles qui s'occupent de proches), ou journée de travail limitée à 6 heures pour toutes les personnes ayant charge de famille (dispositions de «protection du statut de la femme»); création d'emplois à temps partiel pour les hommes, y compris les cadres et les collaborateurs hautement qualifiés.

Infrastructures: allègements fiscaux en faveur des entreprises qui offrent des possibilités de garderie; préférence donnée lors de l'adjudication de tâches publiques aux entreprises qui facilitent:

1. le travail à temps partiel pour les hommes;
2. la garde des enfants au lieu de travail.

Armée: les pères qui ont garde d'enfants sont libérés des obligations militaires.

Sécurité sociale: prise en considération des tâches liées à la garde des enfants par toutes les branches des assurances sociales (AVS, AI, prévoyance professionnelle, assurance chômage).

N Commission des affaires juridiques

Interventions personnelles

Conseil national

197/90.314 M Groupe écologiste – 10^e révision de l'AVS. Indemnités journalières (6 février 1990)

Dans le cadre de la 10^e révision de l'AVS, le Conseil fédéral est chargé de créer les bases légales nécessaires pour que des indemnités journalières appropriées soient versées aux personnes âgées nécessitant des soins, qui sont prises en charge par des proches ou d'autres personnes et peuvent ainsi éviter le séjour dans un home médicalisé ou un hôpital.

Porte-parole: Diener

241/91.3036 P I Commission 90.241/242 du Conseil national – Présence des femmes au sein des commissions extraparlamentaires (16 janvier 1991)

Le Conseil fédéral est invité à examiner comment il faut prévoir, en faveur des femmes, une réglementation analogue aux instructions concernant la représentation des communautés linguistiques dans l'administration générale de la Confédération du 12 janvier 1983, dans les Directives touchant l'institution et le mode de travail des commissions extraparlamentaires du 3 juillet 1974.

242/91.3037 P II Commission du Conseil national – Présence des femmes au sein des autorités fédérales. Quotas (16 janvier 1991)

Le Conseil fédéral est invité à présenter aux Chambres fédérales, avant la fin de l'année 1991, un rapport sur les possibilités d'imposer l'introduction de quotas spécifiques, et sur les conséquences politiques et juridiques y relatives pour les autorités fédérales.

266/91.3365 M (Baerlocher)-von Felten – Partnerschaftliche Teilung der Betreuungsarbeit. Impulsprogramm (4. Oktober 1991)

In Anlehnung an die parlamentarische Initiative wird der Bundesrat beauftragt, ein Impulsprogramm beim Bund zu lancieren. Dieses Impulsprogramm des Arbeitgebers Bund müsste auch Kaderstellen einbeziehen. Zudem ist zur Erfüllung der Förderung der partnerschaftlichen Teilung der Betreuungsarbeit die Quotierung unerlässlich. Das Impulsprogramm müsste zudem folgende Punkte umfassen:

- Recht auf Reduktion der Arbeitszeit auf Grund von Betreuungsaufgaben von Angehörigen (6-Stunden-Tag);
- Überzeitverbot für Betreuungspflichtige;
- Elternurlaub;
- Krankenurlaub bei Krankheit von Angehörigen;
- Militärisches Weitermachen darf nicht freigestellt werden.

1991 28. November: Frau von Felten übernimmt die Motion.

282/91.3111 M Bircher Peter – Ergänzungsleistungen als Erziehungs- und Betreuungsbonus für Familien und Alleinerziehende (22. März 1991)

Der Bundesrat wird eingeladen, ein einkommens- und betreuungsabhängiges Ergänzungsleistungs-System für Familien und Alleinerziehende in wirtschaftlichen Notlagen auszuarbeiten.

Mitunterzeichner: Blatter, Columberg, Darbellay, Dormann, Engler, Grossebacher, Hildbrand, Keller, Meier Samuel, Paccolat, Ruckstuhl, Rychen, Schnider, Seiler Rolf (14)

1991 21. Juni: Die Motion wird aus der Mitte des Rates bekämpft; die Diskussion wird verschoben.

362/90.922 P Fankhauser – Menschenhandel mit Frauen aus der Dritten Welt (10. Dezember 1990)

Der Bundesrat wird eingeladen, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Privatorganisationen wie zum Beispiel dem Fraueninformationszentrum «FIZ» Massnahmen zur Bekämpfung der Ausbeutung von Frauen aus der Dritten Welt zu ergreifen und dem Rat darüber zu berichten.

Mitunterzeichner: Aguet, Bäumlins Ursula, Bodenmann, (Braunschweig), Brügger, Bundi, Carobbio, Danuser, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Herczog, Hubacher, Jeanprêtre, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Longet, Mauch Ursula, Rechsteiner, Ruffy, Stappung, Ulrich, Vollmer, Zbinden Hans, Züger (26)

365/91.3425 P Fankhauser – Vermarktungspraktiken der Hersteller von Muttermilchersatzprodukten (13. Dezember 1991)

Der Bundesrat wird beauftragt, in Sache Vermarktungspraktiken der Hersteller von Muttermilchersatzprodukten

- die Einhaltung des WHO-Kodexes in der Schweiz zu überprüfen,
- den WHO-Kodex in eine gesetzliche Regelung zu überführen, welche diesem mindestens gleichkommt, mit Vorteil in Zusammenarbeit mit Betroffenen wie ÄrztInnen, Hebammen und KonsumentInnenorganisationen,
- das Bundesamt für Aussenwirtschaft und die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zu veranlassen, eigene Recherchen anzustellen betreffend Einhaltung der WHO-Empfehlungen über die Vermarktung von Muttermilchersatzprodukten durch die Schweizer Exportwirtschaft.

266/91.3365 M (Baerlocher)-von Felten – Programme d'impulsions dans l'administration fédérale. Juste partage des tâches de garde (4 octobre 1991)

Me référant à l'initiative parlementaire que j'ai déposée, je charge le Conseil fédéral de lancer un programme d'impulsions dans l'administration fédérale, programme dont les cadres devront aussi bénéficier. Pour promouvoir le partage de la garde des proches entre les deux parents, il instituera un système de quotas. Le programme d'impulsions comprendra en outre les points suivants:

- droit à horaire de travail réduit (six heures par jour) pour les personnes chargées de s'occuper de leurs proches;
- heures supplémentaires interdites pour les personnes devant s'occuper de leurs proches;
- congé parental;
- congé en cas de maladie d'un proche;
- les personnes faisant une carrière militaire ne pourront être exemptées du service.

1991 28 novembre: La motion est reprise par M^{me} von Felten.

282/91.3111 M Bircher Peter – Prestations complémentaires aux familles monoparentales et biparentales dans la gêne (22 mars 1991)

Le Conseil fédéral est chargé de mettre au point un système permettant de verser des prestations complémentaires aux familles monoparentales et biparentales dans la gêne, sur la base de leur revenu et des tâches éducatives qui leur incombent.

Cosignataires: Blatter, Columberg, Darbellay, Dormann, Engler, Grossebacher, Hildbrand, Keller, Meier Samuel, Paccolat, Ruckstuhl, Rychen, Schnider, Seiler Rolf (14)

1991 21 juin: La motion étant combattue, la discussion est renvoyée.

362/90.922 P Fankhauser – Traite des femmes du Tiers-Monde (10 décembre 1990)

Le Conseil fédéral est invité, en collaboration avec les cantons et des organisations privées telles que le FIZ, le Centre d'information pour les femmes du Tiers-Monde, à prendre des mesures pour lutter contre l'exploitation des femmes du Tiers-Monde et à présenter un rapport à ce sujet au Parlement.

Cosignataires: Aguet, Bäumlins Ursula, Bodenmann, (Braunschweig), Brügger, Bundi, Carobbio, Danuser, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Herczog, Hubacher, Jeanprêtre, Lanz, Leuenberger-Soleure, Leuenberger Moritz, Longet, Mauch Ursula, Rechsteiner, Ruffy, Stappung, Ulrich, Vollmer, Zbinden Hans, Züger (26)

365/91.3425 P Fankhauser – Commercialisation du lait maternisé (13 décembre 1991)

Le Conseil fédéral est prié de prendre les mesures suivantes concernant les pratiques des producteurs de lait maternisé en matière de commercialisation:

1. contrôler l'application en Suisse du code international de commercialisation des substituts de lait maternel, élaboré par l'OMS en la matière;
2. transposer ce code en normes légales au moins aussi contraignantes, de préférence en collaboration avec des médecins, des sages-femmes et des organisations de consommateurs;
3. engager l'Office fédéral des affaires économiques extérieures et la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire à faire eux-mêmes des recherches sur le respect, par les exportateurs suisses, des recommandations de l'OMS relatives à la commercialisation du lait maternisé.

403/90.959 I Haering Binder – Frauenvertretung in NFP
(13. Dezember 1990)

In der Öffentlichkeit wurde verschiedentlich kritisiert, dass im Rahmen der Nationalen Forschungsprogramme wenig Projekte von Forscherinnen und kaum Projekte, welche Frauen- oder Gleichstellungsfragen thematisieren, bewilligt werden. Der NF selbst jedoch schreibt in seinem Vademecum NFP, dass etwa bei den Expertengruppen, welche die einzelnen Forschungsprogramme fachlich begleiten, auf eine «angemessene Vertretung von Frauen» geachtet werde.

Aus den Publikationen des Nationalfonds geht indessen leider nicht hervor, was der Nationalfonds unter einer angemessenen Vertretung versteht und für welche Gremien dies gelten soll: weder enthalten die Veröffentlichungen diesbezügliche Statistiken, noch ist aus den Namenslisten immer zu erkennen, bei welchen Personen es sich um Frauen handelt, da oft keine Vornamen angegeben sind. Aus diesen Gründen möchten wir folgende Fragen stellen:

1. Wie gross ist der Frauenanteil (heute, und seit Beginn der NFP)
 - a. in den verschiedenen Gremien und Abteilungen des Nationalfonds allgemein?
 - b. in den ExpertInnenkommissionen der Nationalen Forschungsprogramme?
 - c. bei den ProgrammleiterInnen?
 - d. bei den ProjektleiterInnen?
 - e. bei den GesuchstellerInnen?
2. Wie gross ist der Anteil der bewilligten Projekte, welche die Stellung der Frauen beziehungsweise das Verhältnis der Geschlechter zum Thema haben? Wieviele Projekte wurden/werden von Frauen geleitet/durchgeführt? Ist es möglich, eine Liste dieser Projekte zu erhalten?
3. Die Tatsache, dass Wissenschaftlerinnen aufgrund ihrer oft nicht so gradlinigen Karriere seltener in den universitären Institutionen tätig sind, macht es ihnen oft schwer, Projekte einzureichen, oder sich als Expertinnen zur Verfügung zu stellen. Ist sich der NF dieser strukturellen Probleme bewusst, und welche Massnahmen gedenkt er dagegen einzusetzen?
4. Bei mindestens drei Nationalen Forschungsprogrammen, welche von ihrer Thematik her Frauen besonders stark betreffen, musste der Kredit nachträglich aufgestockt werden, um doch noch ein paar Frauenprojekte zu bewilligen. Wie kann gewährleistet werden, dass bei der Konzeption und Durchführung von Nationalen Forschungsprogrammen der Frauenaspekt von Anfang an voll integriert ist?

Mitunterzeichner: Ammann, Baerlocher, Bär, Bäumlins Ursula, Bodenmann, Borel, (Braunschweig), Bundi, Carobbio, Danuser, David, Diener, Fankhauser, Gardiol, Hafner Ursula, Haller, Jeanprêtre, Lanz, Ledergerber, Leuenberger-Solothurn, Leutenegger Oberholzer, Longet, Mauch Ursula, Nabholz, Rechsteiner, Reimann Fritz, Stamm, Stappung, Stocker, Ulrich, Vollmer, Zölch (32)

1991 21. Juni: Diskussion verschoben.

431/91.3085 P Hildbrand – Ergänzungsleistungen für Nicht-AHV/IV-Rentner (20. März 1991)

Der Bundesrat wird beauftragt, die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage zu prüfen, welche

1. eine generelle Aufhebung der Beschränkung des Anspruches auf Ergänzungsleistungen (EL) auf AHV/IV-Rentenbezüger oder
2. eine Ausdehnung der Anspruchsberechtigung auf weitere einkommensschwache Gruppen wie Alleinerziehende, Ausgesteuerte, Arbeitslose usw. vorsieht.

Mitunterzeichner: Bircher Peter, Columberg, Darbellay, Dormann, Keller, Meyer Theo, Schmidhalter (7)

1991 21. Juni: Das Postulat wird aus der Mitte des Rates bekämpft; die Diskussion wird verschoben.

403/90.959 I Haering Binder – Organes et projets du Fonds national. Représentation féminine (13 décembre 1990)

A diverses reprises, des critiques sont montées du public parce que seul un petit nombre de projets présentés par des chercheuses, et encore moins de projets qui s'intéressent aux questions féminines ou aux questions d'égalité sont acceptés dans le cadre des programmes nationaux de recherche. Or, le Fonds national de la recherche scientifique (FNRS) écrit dans son vademecum PNR que l'on veille à ce que les femmes soient représentées de façon équitable au sein des groupes d'experts qui suivent le déroulement de chaque programme de recherche.

Les publications du FNRS ne permettent malheureusement pas de déterminer ce que signifie pour lui une représentation équitable des femmes, ni de savoir à quels organes cette représentation s'applique. Ces textes ne contiennent en effet aucune statistique sur la question, et comme les prénoms ne sont pas mentionnés, il est souvent impossible de deviner quelles personnes sont de sexe féminin. C'est pourquoi nous souhaitons poser les questions suivantes:

La plupart des demandeurs d'asile entrent illégalement dans notre pays. De longs tronçons de nos frontières sont mal gardés et donc aisément franchis, aussi bien par des réfugiés que par des immigrants clandestins et des éléments criminels. Il ne faut tout de même pas que la surveillance des frontières soit tournée en dérision.

Même des émigrants d'Europe de l'Est, auxquels le statut de réfugié est généralement reconnu, peuvent passer illégalement la frontière. Or, à en croire les médias, il faut s'attendre à une énorme vague d'immigration. Dans ces conditions, il est préférable d'améliorer la surveillance des frontières, plutôt que de recourir aux pénibles procédures de renvoi.

C'est pourquoi je prie le Conseil fédéral d'examiner les possibilités suivantes:

1. renforcement du corps des gardes-frontière, compte tenu du fait que le coût de ce renforcement pour le budget fédéral sera négligeable par rapport à celui que représente l'accueil des réfugiés, soit plus de 500 millions de francs par an;
2. recours à la troupe pour renforcer la garde des frontières en cas d'afflux intense et durable d'immigrants, comme l'a déjà fait l'Autriche;
3. installation de dispositifs techniques de surveillance des frontières.

Cosignataires: Allenspach, Aregger, Auer, Bonny, Cavadini, Cincera, Eppenberger Susi, Fäh, Fischer-Seengen, Früh, Giger, Houmard, Loeb, Loretan, Mauch Rolf, Mühlemann, Müller-Meilen, Schüle, Spälti, Spoerry, Stucky, Weber-Schwyz (22)

1991 21 juin: Le postulat étant combattu, la discussion est renvoyée.

431/91.3085 P Hildbrand – Extension du droit aux prestations complémentaires (20 mars 1991)

Le Conseil fédéral est invité à examiner l'opportunité d'élaborer un projet de loi visant

1. à abroger la règle voulant que seuls les bénéficiaires de rentes AVS et AI aient droit aux prestations complémentaires ou
2. à étendre le droit aux prestations complémentaires à d'autres groupes de la population disposant d'un revenu modeste, tels que les familles monoparentales, les personnes en fin de droits, les chômeurs, etc.

Cosignataires: Bircher Peter, Columberg, Darbellay, Dormann, Keller, Meyer Theo, Schmidhalter (7)

1991 21 juin: Le postulat étant combattu, la discussion est renvoyée.

468/90.569 P (Leutenegger Oberholzer)-Robert – Frauenforschung an den Eidgenössischen Technischen Hochschulen (19. Juni 1990)

Der Bundesrat wird eingeladen, an der ETH Zürich und an der EPF Lausanne je einen Lehrstuhl für Frauenforschung einzurichten. Der Lehrstuhl soll insbesondere auch der Auseinandersetzung mit der Stellung der Frau im technisch-naturwissenschaftlichen Komplex dienen.

Mitunterzeichner: Antille, Aubry, Baerlocher, Bär, Bäumlín Ursula, Bircher Silvio, Bodenmann, Danuser, David, Diener, Dormann, Gardiol, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Herczog, Jaeger, Jeanprêtre, Loeb, Longet, Nabholz, (Ott), Pitteloud, Scheidegger, Seiler Rolf, Stamm, Stocker, Uchtenhagen, Vollmer, Zbinden Hans (31)

1990 5. Oktober: Das Postulat wird aus der Mitte des Rates bekämpft; die Diskussion wird verschoben.

1991 28. November: Frau Robert übernimmt das Postulat.

473/91.3122 P (Leutenegger Oberholzer)-Bär – Schweizer Pass für Schweizerinnen (22. März 1991)

Der Bundesrat wird eingeladen, im Schweizer Pass dem Gleichstellungsartikel der Bundesverfassung vollumfänglich Rechnung zu tragen, indem er durchwegs eine korrekte, das weibliche Geschlecht nicht diskriminierende Sprache gewährleistet. Dazu sind insbesondere die Texte auf Seite 1 und Seite 3 des Passes («der Inhaber dieses Passes ist Schweizerbürger...», bzw. «Unterschrift des Inhabers») entsprechend zu ändern.

Mitunterzeichner: Bär, Bäumlín Ursula, Diener, Dormann, Fankhauser, Gardiol, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Heberlein, Jeanprêtre, Leemann, Nabholz, Pitteloud, Stamm, Stocker, Uchtenhagen, Ulrich (19)

1991 21. Juni: Das Postulat wird aus der Mitte des Rates bekämpft; die Diskussion wird verschoben.

1991 28. November: Frau Bär übernimmt das Postulat.

475/91.3264 M (Leutenegger Oberholzer)-Haering Binder – ZGB Revision. Familienname (21. Juni 1991)

Der Bundesrat wird eingeladen, eine Änderung des Zivilgesetzbuches einzuleiten, die die Namensregelung bei Eheschliessung in dem Sinne ändert, dass Artikel 4 Absatz 2 der Bundesverfassung und damit der gleichen Rechte der Geschlechter beachtet wird. Die Revision des ZGB soll dahingehen, dass eine möglichst grosse Wahlfreiheit der Eheleute gewährleistet ist. Als Familienname sollen sie sowohl den Namen des Ehemannes als auch der Ehefrau bestimmen können; ebenso sollte der Verzicht auf einen gemeinsamen Familiennamen möglich sein.

Mitunterzeichner: Bär, Gardiol, Grendelmeier, Stocker (4)

1991 28. November: Frau Haering Binder übernimmt die Motion.

628/91.3304 P Wanner – Paritätslohnanspruch in der Landwirtschaft. Bewertung der Frauenarbeit (19. September 1991)

Der Bundesrat wird beauftragt, die Verordnung über den Paritätslohnanspruch der Landwirtschaft in dem Sinne zu ändern, dass die Bewertung der Frauenarbeit mit jener der Männer gleichgesetzt wird.

Mitunterzeichner: Nussbaumer (1)

468/90.569 P (Leutenegger Oberholzer)-Robert – EPFL et EPFL. Recherche sur la condition féminine (19 juin 1990)

Le Conseil fédéral est invité à instituer deux chaires de recherche sur la condition féminine dans les écoles polytechniques fédérales de Lausanne et de Zurich afin notamment de promouvoir l'étude de la situation des femmes dans le monde de la technique et des sciences.

Cosignataires: Antille, Aubry, Baerlocher, Bär, Bäumlín Ursula, Bircher Silvio, Bodenmann, Danuser, David, Diener, Dormann, Gardiol, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Herczog, Jaeger, Jeanprêtre, Loeb, Longet, Nabholz, (Ott), Pitteloud, Scheidegger, Seiler Rolf, Stamm, Stocker, Uchtenhagen, Vollmer, Zbinden Hans (31)

1990 5 octobre: Le postulat étant combattu, la discussion est renvoyée.

1991 28 novembre: Le postulat est repris par M^{me} Robert.

473/91.3122 P (Leutenegger Oberholzer)-Bär – Passeport des Suissesses (22 mars 1991)

Le Conseil fédéral est invité à faire appliquer l'article constitutionnel sur l'égalité entre femmes et hommes dans la formulation des textes figurant dans le passeport suisse et de faire rédiger ceux-ci dans une langue correcte qui ne discrimine pas les femmes. Il convient en particulier de modifier ceux qui se trouvent aux pages 1 et 2 («le titulaire de ce passeport est citoyen suisse» et «signature du titulaire»).

Cosignataires: Bär, Bäumlín Ursula, Diener, Dormann, Fankhauser, Gardiol, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Heberlein, Jeanprêtre, Leemann, Nabholz, Pitteloud, Stamm, Stocker, Uchtenhagen, Ulrich (19)

1991 21 juin: Le postulat étant combattu, la discussion est renvoyée.

1991 28 novembre: Le postulat est repris par M^{me} Bär.

475/91.3264 M (Leutenegger Oberholzer)-Haering Binder – Nom de famille. Révision du CC (21 juin 1991)

Le Conseil fédéral est chargé de réviser les articles du code civil réglementant le choix du nom de famille lors du mariage afin de faire respecter l'égalité entre femmes et hommes fixée à l'article 4, 2^e alinéa, de la constitution. Cette révision devrait laisser aux conjoints la liberté de choisir comme nom de famille soit le nom de l'épouse, soit le nom de l'époux ou encore de renoncer à un nom commun.

Cosignataires: Bär, Gardiol, Grendelmeier, Stocker (4)

1991 28 novembre: La motion est reprise par M^{me} Haering Binder.

628/91.3304 P Wanner – Rétribution équitable comparable dans l'agriculture. Evaluation du travail féminin (19 septembre 1991)

Le Conseil fédéral est invité à modifier la législation sur la rétribution équitable comparable dans l'agriculture, de sorte que le travail des femmes soit mis sur un pied d'égalité avec celui des hommes.

Cosignataire: Nussbaumer (1)

Adressen der Autorinnen und Autoren

Jutta Bahr-Jendges
Rechtsanwältin und Notarin
Osterdeich 13, D-2800 Bremen 1

Peter Balscheit
Dr.iur. Bezirksgerichtspräsident
Bezirksgericht Sissach/Gelterkinden, 4450 Sissach

Verena Bräm
Oberrichterin, Obergericht des Kantons Zürich
Hirschengraben 15, 8001 Zürich

Laura Cardia-Vonèche
sociologue
Institut de médecine sociale et préventive, Uni de Genève
Rue Michel Cervet 1, 1211 Genève 4

Elisabeth Freivogel
lic.iur., LL.M., Rechtsanwältin
Hauptstrasse 11, 4102 Binningen

Thomas Geiser
PD Dr.iur., Assistent am Bundesgericht Lausanne
Matterstrasse 10, 3006 Bern

Cyril Hegnauer
Prof.Dr.iur.
Rötiboden, 8820 Wädenswil

Katrin Holenstein
Politologin
Viktorarain 7, 3013 Bern

Elisabeth Kästli
Journalistin BR
Postfach 15, 7516 Maloja

Brigitte Mantilleri
journaliste libre RP
34, rue de la Gabelle, 1227 Carouge

Ursula Nordmann-Zimmermann
dr en droit, avocate
Av. de la Gare 27, C.P. 3389, 1003 Lausanne

Ruth Reusser
Dr.iur., Vizedirektorin Bundesamt für Justiz
Bundesgasse 32, 3003 Bern

Elisabeth Ryter
Historikerin
Seidenweg 24, 3012 Bern